

Die Erosion des ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas und offene Entfaltungsmöglichkeiten ethnischer Gruppen im Rahmen politisch-gesellschaftlicher Liberalisierungsansätze in der Türkei im 20. Jh. (Teil 2: 1980-1999)

Christoph GIESEL*

The Erosion of the Ethno-political Homogenisation Dogma and Public Development Possibilities for Ethnic Groups as Part of Political and Social Liberalisation Processes in Turkey in the 20th Century (Part 2: 1980-1999)

Abstract

Contrary to the perception of many European political scientists and media, the political and social liberalisation processes and the dilution of the homogenisation dogma issued by the Kemalist-nationalist government in Turkey did not result from the beginning EU-membership negotiations in 1999 and the initial policy of reform pursued by the AKP in the years after 2000 only. Already in the second half of the twentieth century - despite the consistent implementation of a Kemalist Ethnic nationalism - some ethno-political relaxations could be observed which were divided into several developmental phases. They were related to partial processes of political and social liberalisation and caused by social as well as domestic and international political impulses. At this time, the EU/EC was not as important as it is today. The transformation processes in the 21st century are ultimately results of these gradual and multiphase developmental processes in the 20th century. The purpose of the paper at hand is to analyse and discuss these processes in detail. It is the second of two parts of a bigger study and will focus on occurrences between 1980 and 1999.

Key Words: Kemalism, Turkish Nationalism and Assimilation, Multi-ethnicity, Ethnic Revival, Social-political Liberalization Processes, Civil Rights, Authoritarianism

Türkiye’de 20. Yüzyılda Etnik Siyasal Mütecanisleştirme Dogmasının Erozyonu ve Etnik Grupların Siyasal Toplumsal Liberal Yaklaşımlar Çerçevesinde Serbest Gelişim İmkânları (II. Bölüm:1980-1999)

Özet

Birçok Avrupalı siyaset bilimci ve medya organının savunduğunun aksine Türkiye’de başlatılan siyasal ve sosyal liberalleşme süreçleri ile Kemalist ulusal hükümetler tarafından izlenen mütecanisleştirici dogmatik politikanın sulandırılması, 1999 yılında Brüksel ve Ankara arasında başlatılan tam üyelik görüşmelerinden değil, bilâkis AKP’nin 2000’li yıllarda başlattığı reform politikalarından kaynaklanmaktadır. Kemalist etnik ulusçuluğun ısrarlı gayretlerine rağmen hâlihazırda 20. yüzyılın ikinci yarısında dönemsel bazda cereyan eden bazı siyasal ve etnik açılımlar gözlemlenmiştir. Kısmen siyasal ve sosyal liberalleşmeye bağlı olan bu gelişmelerin aynı zamanda sosyal alan ile iç ve uluslararası kamuoyunda yansımaları olmuştur. Söz konusu dönemde AT/AB günümüzde olduğu kadar önemli bir aktör değildi. Esasında 21. yüzyılda yaşanan dönüşüm süreci, 20. yüzyılda kademeli ve çok aşamalı olarak gelişen bir sürecin sonucu olarak ortaya

* Dr. phil., Postdoktorand/Habilitand am DGF-Graduiertenkolleg 1412 „Kulturelle Orientierungen und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in Südosteuropa“ und Lehrbeauftragter am „Institut für Slawistik und Kaukasusstudien“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena/Deutschland, E-mail:ch.gi@web.de

çıkmiştir. Kapsamlı bir çalışmanın ikinci bölümü (1980-1999) olan bu makalenin amacı sözcüğü bu süreçleri ayrıntılı olarak çözümlemektir.

Anahtar Kelimeler: Kemalizm, Türk (Asimilasyoncu) Milliyetçili(ği)k, Çok etnili, Etnisitenin Yükselişi, Toplumsal ve Siyasal Liberalleşme, Vatandaşlık Hakları, Otoriterlik

Einleitendes Kapitel

Vorbemerkungen

Bei den aktuellen Problemlösungsversuchen im Hinblick auf die Flüchtlingskrise, die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und die internationale Bedrohung durch den radikalislamistischen Terror kommt der Türkei eine besondere Schlüsselrolle zu. Durch die Tatsache, dass die Türkei in ihrer außenpolitischen Bedeutung momentan nicht nur mit außenpolitischen sondern auch ernsthaften innenpolitischen Turbulenzen zu kämpfen hat, rückt gerade in diesen Tagen auch die gesellschaftliche und politische Verfassung der Türkei wieder stärker in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit. Ein wichtiger, viel beachteter Teilaspekt ist dabei neben dem Kurdenkonflikt die Auseinandersetzung zwischen der kemalistisch orientierten Opposition und dem islamisch-konservativ bis islamistisch orientierten Regierungslager. Als wichtiger Streitpunkt erweist sich in diesem Kontext unter anderem der stark zunehmende autoritäre und islam(ist)ische Regierungsstil der AKP, die die ursprünglich selbst initiierten politischen und gesellschaftlichen Liberalisierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen der 2000er Jahre schrittweise wieder aushöhlt.

Die analytische Auseinandersetzung mit diesen Gegebenheiten und den daraus resultierenden Konflikten zeigt dabei, dass die Betrachtung des Verhältnisses zwischen beiden Gruppen nicht ausschließlich auf die jeweiligen politisch-ideologischen Differenzen beschränkt werden kann. Unter Berücksichtigung historischer und aktueller Aspekte lassen sich aus einem anderen Blickwinkel auch einige grundlegende Gemeinsamkeiten und Interferenzen zwischen großen Teilen der Kemalisten und der sogenannten „gemäßigten“ Islamisten feststellen. Das betrifft nicht nur marginale Positionen von Randgruppen der beiden jeweils gruppenintern facettenreich ausdifferenzierten Strömungen, die im Gegensatz zum Gruppenmainstream in einigen Bereichen Verbindungspunkte zueinander aufweisen, sondern auch grundlegende politische Aspekte und Paradigmen, die z.T. miteinander verflochten sind.

So eint z.B. beide politischen Strömungen, wenngleich auch nicht in der selben Intensität, eine (tradierte) Bindung anpolitische Elementen des Autoritarismus und des türkischen Nationalismus, auch wenn diese Ausprägungen sich beim kemalistischen Lager tendenziell abgeschwächt haben und dort bestimmte Teile versuchen, sich davon ganz zu emanzipieren (oftmals ohne eine offene, kritische Vergangenheitsbewältigung zu wagen). Beim islamisch-konservativen Lager haben sich diese Ausprägungen in den letzten Jahren (oftmals auch aus politisch strategischen Gründen) hingegen überwiegend verstärkt, wobei gerade der Nationalismus hier anfänglich (und im Gegensatz zu heute) einen wesentlich geringfügigeren Stellenwert inne hatte als bei den Kemalisten. Von den Formen und Elementen des Autoritarismus und Nationalismus abgesehen, wurden bedeutende Teile des heutigen islamisch-konservativen Lagers des Weiteren auch mehr oder weniger durch den kemalistischen Republikanismus und Gedanken des Modernismus beeinflusst.

Weitere Gemeinsamkeiten, die nicht zuletzt auch Verbindungen zu den vorangegangenen Aspekten aufweisen, finden sich bei den politischen Selbstbildern. So sehen sich beide Gruppen im Gegensatz zu ihrem jeweiligen Gegner (zumindest offiziell) als „wahre Verfechter“ einer Demokratisierung der Türkei, wobei die Kemalisten kritisch

auf die aktuellen autoritären Politikelemente der AKP-Regierung, AKP-Vertreter und ihr politisches Umfeld hingegen auf die autoritäre Tradition der kemalistisch geprägten Türkei vor dem Regierungsantritt der AKP verweisen.

Eine andere Parallele im Selbstbild beider politischer Lager lässt sich interessanterweise auch im Hinblick auf die Toleranz multiethnischer Vielfalt in der Türkei feststellen. Unter dem Rückgriff auf gesellschaftlich-politische Paradigmen der Osmanenzeit kritisiert ein Großteil der AKP-Politiker und ihrer Sympathisanten den kemalistischen assimilatorischen Ethnonationalismus, weil dieser gegen den „Willen Gottes“ gerichtet sei, da es sich bei der ethnischen Vielfalt um eine bewusste göttliche Schöpfung handeln würde. Daneben wird der undemokratische und autoritäre Charakter des kemalistischen Nationalismus konzeptuell kritisiert und auf die Erfolge eigener politischer Liberalisierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen verwiesen. Von bestimmten Ausnahmen abgesehen, führten diese ab den 2000er Jahren zu überwiegend freien nichttürkischen ethnokulturellen Entfaltungsmöglichkeiten und der offenen Thematisierung multiethnischer Vielfalt in der türkischen Öffentlichkeit (wobei es nichtsdestotrotz bis heute zur Diskriminierung von verschiedenen, sowohl muslimischen als auch nichtmuslimischen Gruppen kommt). In Konfrontation zum traditionellen kemalistischen Nationalismus paradigma betont die AKP-Regierung zudem, dass nicht die ethnische Zugehörigkeit sondern türkische Staatsbürgerschaft das primäre Bindeglied der türkischen Nation sei. Auf diese Konzeption eines staatsbürgerlichen Nationalismus greifen seit den 1990er, insbesondere jedoch seit den 2000er Jahren auch zunehmend gemäßigte und reformierte Teile des kemalistischen Lagers zurück. Im Zuge der gesellschaftlich-politischen Transformationsprozesse kam es innerhalb des kemalistischen Lagers teilweise zu einer Sensibilisierung und paradigmatischen Öffnung im Hinblick auf die Bewertung und Akzeptanz von Multiethnizität und –religiösität in der Türkei. In diesem Zusammenhang wird versucht, den kemalistischen Nationalismus als eine moderate Form des Nationalismus zu interpretieren und dementsprechend darzulegen. Hierbei wird z.B. auf den kemalistischen Republikanismus und die unter Atatürk dementsprechend ausgestaltete erste Republikverfassung von 1924 verwiesen, die allen türkischen Staatsbürgern unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit Gleichberechtigung zusichert, solange sie sich zur türkischen Staatsbürgerschaft bekennen und sich in diesem Sinne als Türken bezeichnen. Abgesehen davon, dass dieser betreffende Verfassungsartikel in der Praxis in ethnopolitischer Hinsicht nicht umgesetzt und durch andere Gesetze ausgehöhlt wurde, kommt es im Zuge dieser Wahrnehmung jedoch zur Ausklammerung, Relativierung oder Verharmlosung des starken Primats der assimilatorischen kultur- und ethnonationalistischen Komponente des politischen Kemalismus, die die staatsbürgerliche Nationalismus-Komponente bereits unter Atatürk stark überlagert und zunehmend marginalisiert hat.

Die Akzeptanz bzw. das Vorhandensein positiver Einstellungen gegenüber der multiethnischen Verfasstheit der Türkei bezieht sich sowohl bei den Kemalisten als auch bei den Islamisch-Konservativen in erster Linie überwiegend auf die ethnisch nichttürkischen Gruppen mit islamischen Hintergrund. Nichtmuslimische Gruppen werden in ihrem Stellenwert aus historischen, ethnischen und / oder religiösen Gründen dabei oftmals als Bürger zweiter Klasse oder teilweise sogar als „negative Elemente“ der Gesellschaft empfunden.¹ Der vorangegangene Aspekt hängt schließlich auch eng mit der

¹In diesem Zusammenhang sollte es einerseits nicht unerwähnt bleiben, dass nichtmuslimischen bzw. nichtsunnitischen Gruppen unter der AKP-Regierung trotz weiterhin bestehender Diskriminierungen aus religiös-historischen und politisch-taktischen Gründen deutlich mehr Rechte zugestanden wurden, als unter

Thematik der Stellenwert des Islams bei den beiden politischen Fraktionen zusammen, der bei den Islamisch-Konservativen bzw. gemäßigten Islamisten zweifelsohne von primärer Bedeutung ist. Der Fakt, dass das Prinzip des Laizismus (der vom Gros des islamisch-konservativen Lager abgelehnt wird) zu den Kernelementen des politischen Kemalismus zählt, darf jedoch nicht über die (in diesem Kontext widersprüchliche) Tatsache hinwegtäuschen, dass die Auffassung vom Primat der islamischen Herkunft bzw. Zugehörigkeit als einer wesentlichen Kernkomponente des Türkentums wichtiger Teil eines bis heute unter vielen Kemalisten feststellbaren, tradierten Nationalismus verständnisses ist.

Letztlich verdeutlichen diese repräsentativen Beispiele anschaulich, dass die politische und gesellschaftliche Situation in der Türkei durch viele Turbulenzen, komplexe und widersprüchliche Gegebenheiten und Konflikte sowie auch unberechenbare Entwicklungen geprägt ist. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um aktuelle Phänomene, sondern um Erscheinungen, die -ausgehend von der Republikgründung- auch charakteristisch für die politische und gesellschaftliche Situation in der Türkei im 20. Jh. waren. Im Rahmen der Darlegung, Reflexion Analyse und Bewertung der allgemeinen sowie aktuellen politisch-gesellschaftlichen Situation und Dynamiken und im Zuge der Suche nach der Ursache bestehender Konflikte in der Türkei konzentriert sich besonders der Fokus des Mainstreams der westlichen Medien, Politiker und Wissenschaftler oftmals recht einseitig auf das 21. Jh. Von einigen Ausnahmen abgesehen werden dabei Aspekte, die das 20. Jh. betreffen und einen Bezug zur aktuellen Situation aufweisen, tendenziell eher selten herangezogen und in diesem Rahmen häufig nur grundlegend oder oberflächlich aber weniger in ihrer Tiefe betrachtet.

Im Zusammenhang mit den in der heutigen internationalen Politikwissenschaft konzentriert stattfindenden Betrachtungen der Entwicklungen und Probleme der politisch-gesellschaftlichen Transformations- bzw. Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse in der Türkei des 21. Jh. werden insbesondere die Jahre 1999 (Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen) und 2003 (Regierungsantritt der AKP) als initiale Wendepunkte betrachtet, die zu gravierenden und im Allgemeinen als positiv empfundenen Veränderungen geführt hätten. Diese Herangehensweise erweckt oftmals den Eindruck, dass diese Zeitpunkte dabei als eine Art „Stunde null“ der politisch-gesellschaftlichen Demokratisierungs- und Liberalisierungsentwicklungen empfunden werden und letztlich die EU der Hauptmotor für diese (gewesen) sei. Die vorangegangenen Jahrzehnte des 20. Jh. werden in diesem Kontext tendenziell als eine Zeitphase wahrgenommen, in der es sich bei Demokratisierungs- und Liberalisierungsfragen aufgrund der gesellschaftlichen, politischen und militärischen Dominanz des Kemalismus eher um politische Tabuaspekte gehandelt hätte. Daher gilt insbesondere die zweite Hälfte des 20. Jh. im Rahmen politikwissenschaftlicher und medialer Betrachtungen zur Demokratisierung der Türkei als weniger relevant und wirkt hierbei teilweise wie ein weißer Fleck auf der politisch-zeitlichen Landkarte. Dabei sind gerade in der zweiten Hälfte des 20. Jh. politische und gesellschaftliche Grundlagen entstanden, auf die die weiterführenden Transformationen des 21. Jh. nicht nur aufbauen konnten, sondern ohne die sich die politischen und gesellschaftlichen Prozesse der 2000er Jahre in dieser Form auch nicht hätten entwickeln können. Um die sozialen und politischen Gegebenheiten,

den kemalistisch orientierten Vorgängerregierungen. Andererseits suchen auch zunehmend Vertreter des gemäßigten Flügels der Kemalisten eine Annäherung zu den nichtmuslimischen Minderheiten. Letztlich werden sowohl die AKP als auch die kemalistische CHP von Angehörigen nichtmuslimischer Gruppen gewählt und stellenweise auch aktiv politisch unterstützt.

Dynamiken, Prozesse, Konflikte, Unberechenbarkeiten und Widersprüche bzw. die gesamte gesellschaftlich-politische Verfasstheit der Türkei im 21. Jh. besser ergründen, verstehen und bewerten sowie Perspektiven für Problemlösungen erarbeiten zu können, ist es jedoch auch notwendig, die Vorbedingungen und Grundlagen des 20. Jh. stärker aufzuarbeiten bzw. in Betracht zu ziehen. An dieser Stelle setzt die vorliegende Studie an, die einen Beitrag zum besseren Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Verfasstheit der Türkei durch die Fokussierung dementsprechender Erscheinungen, Bedingungen und Entwicklungen im 20. Jh. leisten soll.

Angaben zur vorliegenden Gesamt- und Teilstudie

Beim vorliegenden Aufsatz handelt es sich um die Fortsetzung und den gleichzeitigen Abschluss einer zweiteiligen Studie. Der erste Teil, der bereits 2015 in der „Elektronischen Zeitschrift für politikwissenschaftliche Studien“ publiziert wurde, befasst sich zum einen mit der Genese des kemalistischen ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas und den daraus resultierenden Folgen für (sub-) ethnische Gruppen nichttürkischen Hintergrunds. Zum anderen werden dort die Zusammenhänge zwischen politisch-sozialen Liberalisierungsansätzen und der Erosion des ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf offene Entfaltungsmöglichkeiten ethnischer Gruppen in der kemalistisch geprägten Türkei im Zeitraum von 1946 (Einführung des Mehrparteiensystems in der Türkei) bis zum Militärputsch von 1980 thematisiert.² Hierbei handelt es sich um eine erste größere zeitliche Entwicklungsphase begrenzter, partieller (ethno-) politischer und gesellschaftlicher Liberalisierungen, in der eine maßgebende Grundlage für Weiterentwicklungen in den darauffolgenden Zeitphasen geschaffen wurde.

Mit der sich anschließenden, zweiten zeitlichen Entwicklungsphase von 1980 bis 1999 befasst sich der hier vorliegende zweite Teil der Gesamtstudie. Ebenso wie im ersten Teil wird sich hier hauptsächlich auf die ethnokulturellen und ethnopolitischen Entwicklungen und ihre Folgen konzentriert, die repräsentativ die Dynamik und Wirkung der allgemeinen gesellschaftlich-politischen Liberalisierungsprozesse dieser Zeitphase widerspiegeln, die in der vorliegenden Arbeit ebenfalls ausführlich erörtert und mit der allmählichen Erosion des kemalistischen ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas in einen Zusammenhang gesetzt werden. Das Jahr 1999 stellt dabei nicht nur eine rein zeitliche Zäsur dar. Bei den in diesem Jahr begonnenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei handelt es sich um einen ersten von mehreren katalytischen Faktoren, die weitere politisch-gesellschaftliche und ethnopolitische Liberalisierungen in der Türkei im 21. Jh. erwirkten. Somit markiert das Jahr 1999 den Anfangspunkt einer dritten Weiterentwicklungsphase, die in der vorliegenden Gesamtstudie zum 20. Jh. jedoch weitgehend unberücksichtigt bleibt.³ Im Rahmen der begrenzten Kapazitäten dieser Untersuchung beschränkt sich diese in ihrem Kern explizit auf die thematische Aufarbeitung des 20. Jh. Dadurch soll unter anderem eine Grundlage für weitere, inhaltlich daran anknüpfende Untersuchungen geschafft

² Vgl. Giesel, Christoph (d) 'Genese und Erosion des ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas sowie offene Entfaltungsmöglichkeiten ethnischer Gruppen im Rahmen politisch-gesellschaftlicher Liberalisierungsansätze in der Türkei im 20. Jh. (Teil 1: 1919-1980)' in: *Elektronik Siyaset Bilimi Araştırmaları Dergisi / Electronic Journal of Political Science Studies* 11 (Vol. 6, Nr. 2), 1-44, www.esbadergisi.com/images/sayi11/aufsatz_giesel_esba_1_teil_2015.pdf, (23.04.2016).

³ Zu den Weiterentwicklungen im 21. Jh. vgl. z.B. Giesel, Christoph (a), Facetten von Multiethnizität und Multireligiosität in der Türkei. Historische Entwicklungslinien und aktuelle Bedingungen im Rahmen politisch-gesellschaftlicher Transformationen, in: Lisse, Olaf (Hg.), *Die Türkei im Wandel – Innen- und außenpolitische Dynamiken*, Baden-Baden 2013, S. 319-364, hier: S. 355-359 u.v.a.

werden, die in das 21. Jh. bis zum heutigen Zeitpunkt hineingreifen. Im abschließenden Kapitel kommt es neben der Zusammenfassung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse zum 20. Jh. des Weiteren jedoch auch zur Darlegung von ausgewählten Parallelen und Vergleichen zwischen themenrelevanten politischen Erscheinungen und Entwicklungen im 20. und 21. Jh. sowie zur Bewertung der aktuellen gesellschafts- und ethnopolitischen Situation und zu Ausblicken und Prognosen im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen in der Türkei.

In diesem Kontext soll durch die Studie unter anderem aufgezeigt werden, dass die politisch-gesellschaftlichen Transformationen und damit einhergehenden ethnopolitischen Liberalisierungen sowie die Erosion, relative Marginalisierung und partielle Liberalisierung des politischen Kemalismus, die für den Zeitraum der 2000er und 2010er Jahre feststellbar sind, nicht allein auf den Einfluss der Politik der EU und der AKP-Regierung sondern auch maßgeblich auf innen- und außenpolitische Dynamiken und Entwicklungen im 20. Jh. zurückzuführen sind. Daneben weist die Untersuchung darauf hin, dass bestimmte politische Prozesse und Paradigmen, die heute oftmals als Spezifikum der Ära der AKP unter Regierungschef Erdoğan wahrgenommen werden, stellenweise bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jh. zum Tragen kamen bzw. eine große politische sowie gesellschaftliche Relevanz besaßen und dabei (in mehr oder weniger intensiver und konsequenter Ausprägung) auch bereits Teil der politischen Agenda einiger früherer türkischer Regierungen im 20. Jh. waren. In Bezug auf den politischen Kemalismus lassen sich hierbei wiederum nicht nur allmählich partielle Erosionserscheinungen im Hinblick auf das Nationalismusprinzip bzw. das ethnopolitische Homogenisierungsdogma sondern auch hinsichtlich weiterer kemalistischer Kernprinzipien feststellen.

Letztlich beabsichtigt die Studie des Weiteren, den in den Politikwissenschaften und Medien vorherrschenden, zentrierten Blick auf die Ethnizitäts-, Religions- und Minderheitenproblematik in der Türkei von der Kurden-, Armenier- und Alevitenfrage auch auf die Situation und Perspektiven der mehrere Dutzenden anderen ethnischen Gruppen zu verlagern, die in der Türkei leben. Hauptaugenmerk gilt hierbei besonders den zahlreichen (sub-) ethnischen Gruppen mit einem muslimisch-sunnitischen Hintergrund, die in ethnischer Hinsicht keine oder nur entfernte Verbindungen zum Türkei-Türkentum aufweisen. Die meisten dieser Gruppen werden in der vorliegenden Untersuchung trotz des Vorhandenseins bestimmter ethnischer Unterschiede zu den ethnischen Türken unter der Berücksichtigung sozialpsychologischer Betrachtungsweisen im Kontext ihrer gesellschaftlichen und politischen Einbettung in der Türkei nicht als (soziale) Minderheiten betrachtet, was bereits im ersten Teil der Studie begründet wurde.⁴

Weiterführende Angaben zu Entstehung, Hintergründen, Methoden, Herangehensweisen und zur Materialbasis der vorliegenden Gesamtstudie sowie zur im Rahmen dieser Arbeit zugrunde gelegten Definition und Interpretation der sozialen Phänomene *Ethnizität* und *Minderheit* finden sich im ersten Teil der Studie in ausführlicherer Darlegung.⁵ Eine fragmentarisch-selektive und somit inhaltlich und

⁴Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 4f.

⁵ Vgl. ebd., S. 4-8. Der Großteil der Inhalte der vorliegenden Untersuchung setzt sich aus einem Mosaik zahl- und facettenreicher mündlicher und schriftlicher Quelleninformationen zusammen, die seit 2007 bis heute sowohl im Rahmen privater Untersuchungen als auch verschiedener Forschungsprojekte zu ethnischen und religiösen Gruppen in der Türkei und anderen Regionen des postosmanischen Raums gewonnen wurden. Hierbei ist insbesondere ein an der HU Berlin von 2010 bis 2013 durchgeführtes Forschungsprojekt hervorzuheben, welches im Rahmen des Förderschwerpunkts „Islam, moderner Nationalstaat und Transnationalismus“ von der Gerda-Henkel-Stiftung finanziert wurde und in dessen Verlauf es unter anderem zur Gewinnung eines besonders hohen Anteils an Informationen und Erkenntnissen zur vorliegenden

analytisch eingrenzte Zusammenfassung der beiden deutschsprachigen Teile dieser Studie wurde mittlerweile auch in Form eines englischsprachigen Aufsatzes publiziert.⁶

Ausgangssproblematik (Ausgewählte Grundaspekte aus dem 1. Teil der Studie)

Der politische Kemalismus bestimmte seit der Gründung der Türkischen Republik 1923 jahrzehntelang maßgebend das politische, soziale und wirtschaftliche Geschehen in der Türkei. Aufgrund seines stark autoritären, z.T. totalitären, korporatistischen, patrimonialen und zentralistischen Staats- und Regierungsverständnisses erwies er sich dabei jahrzehntelang als ein entscheidendes Hindernis für eine Demokratisierung von Politik und Gesellschaft im Land. In diesem Kontext führte dabei besonders die kemalistische Synthese aus westlichem Modernismus, Autoritarismus und rigidem türkischen (Assimilations-) Nationalismus unter Rückgriff auf die islamische Herkunfts- bzw. Zugehörigkeitskomponente zwangsläufig zu Widersprüchlichkeiten und Konflikten.

Diese Problematik verdeutlicht sich anschaulich am Beispiel der Umsetzung des kemalistischen Nationalismus-Prinzips bzw. des ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas. Das führte nach der Gründung der Türkischen Republik als Nachfolgerin des Osmanischen Reiches letztlich zu einer langwierigen, rigiden, diskriminierenden Minderheiten-, Ethnizitäts- und Türkisierungspolitik zur Unterdrückung und Beseitigung der ethnischen Vielfalt in der Türkei, die im 20. Jh. durch schwere Menschenrechtsverletzungen und die Verwehrung demokratisch definierter Grundrechte charakterisiert war.

Trotz dieser nationalistischen und autoritären paradigmatischen Grundbedingungen, die das politische und gesellschaftliche Geschehen in der Türkei im 20. Jh. bestimmten, setzte nach der Einführung des Mehrparteiensystems im Jahre 1946 allmählich ein langfristiger Wandel ein. Mit dem 1950 erfolgten Regierungsantritt dervormalig oppositionellen Demokratischen Partei (DP) unter Ministerpräsident Adnan Menderes beginnend, kam es in den folgenden Jahrzehnten zur Herausprägung und zum Ausbau von partiellen bzw. relativen politischen und gesellschaftlichen Liberalisierungserscheinungen. Das führte phasenweise auch zu einer partiellen Abschwächung bestimmter kemalistischer Kernprinzipien wie dem Etatismus, Laizismus und Nationalismus. In diesem Kontext setzte ab 1950 schrittweise eine vorerst eher bescheidene Erosion des kemalistisch-nationalistischen Homogenisierungsdogmas ein, die - trotz des weiterhin dominierenden kemalistischen Primats des türkischen Assimilationsnationalismus - im weiteren Verlauf des 20. Jh. situations-, orts- und zeitabhängig eine zunehmende Steigerung erfahren hat. Das trifft auch auf die Jahre nach den Militärputschen von 1960 und 1970 zu, wobei gerade die Verfassungsänderung von 1961 sowohl allgemeine gesellschaftlich-politische als auch ethnopolitische Liberalisierungstendenzen förderte. In der Praxis wirkten sich diese Entwicklungen dabei in erster Linie auf die Möglichkeiten von Teilen einiger (sub-)ethnisch nichttürkischer und turkstämmiger (aber in ethnischer Hinsicht nicht genuin Türkei-türkischer) Gruppen mit sunnitischen Hintergrund auf, sich ethnokulturell in (halb-)offener Form in beschränktem

Thematik kam. Trotz der Fülle an hier dargelegten Inhalten und Aspekten bestehen im Rahmen der Studie weiterhin thematische Lücken und offene Fragen. Daher unterliegt die Untersuchung trotz ihrer aktuellen Publikation weiterhin einem Materialfindungs-, Ergänzungs- und Erweiterungsprozess, wodurch auch zukünftige, überarbeitete und erweiterte Publikationen zum hier behandelten Thema zu erwarten sind.

⁶Vgl. Giesel, Christoph (g), The Erosion of the Kemalist Dogma of Ethno-Political Homogeneity in the Context of Partial Socio-political Liberalisation Processes in Turkey in the second Half of the 20th Century, in: Bardakçı, M. / Freyberg-Inan, A. / Leisse, O. (Hg.), Growing Together, Growing Apart. Turkey and the European Union Today, Baden-Baden 2016, S. 71-97.

Maße zu entfalten bzw. organisieren zu können. Anderen ethnischen Gruppen mit sowohl muslimischem als auch nichtmuslimischem Hintergrund kamen diese Entwicklungen wiederum jedoch nur kaum oder überhaupt nicht zugute.

Bei den phasenweise feststellbaren politisch-gesellschaftlichen Liberalisierungsansätzen handelte es sich in der Zeitperiode von 1950 bis 1980 (sowie auch danach) mehr oder weniger um beschränkte und instabile Demokratisierungsansätze im Vergleich zum heutigen normativen Verständnis von einer politisch liberalen, parlamentarischen Demokratie. Das verdeutlicht sich auch am Beispiel der Entwicklung der ethnokulturellen und ethnopolitischen Situation ethnisch nichttürkischer Gruppen, die in der Praxis immer wieder durch Schwankungen, Rückschlägen, Widersprüchlichkeiten, Paradoxa und Inkonsequenzen gekennzeichnet war. In diesem Zusammenhang stellten die damaligen ethnopolitischen Lockerungen keine handfeste politisch und rechtlich manifestierte Liberalisierung im Kontrast zum kemalistischen Nationalismus prinzip dar. Dieses nationalideologische assimilatorische Homogenisierungsdogma wurde zwar ab 1950 stellenweise nur noch inkonsequent durchgesetzt aber von keiner Regierung grundsätzlich aufgegeben, was immer wieder zu paradoxen Erscheinungen führte. Bei diesen hier als „ethnopolitische Liberalisierungen“ bezeichneten Erscheinungen handelte es sich in erster Linie um eine begrenzte Gewährung, Akzeptanz und Duldung von bestimmten offenen multiethnischen Entfaltungsmöglichkeiten, die nichtsdestotrotz einer staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle und Kanalisierung unterlagen. Diese Möglichkeiten konnten im Rahmen allgemeiner Liberalisierungstendenzen und -prozesse orts-, zeit-, situations- und gruppenabhängig realisiert aber auch wiederum eingeschränkt und bekämpft werden und hatten (von seltenen Ausnahmen abgesehen) i.d.R. keinen offen konfrontativen, ethnopolitischen oder antikemalistischen Charakter. Doch trotz vielfältiger problematischer Aspekte und Inkonsequenzen stellten diese Gegebenheiten und Entwicklungen während der Mehrparteienherrschaft bis zum Ende der 1970er Jahre einen politischen Fortschritt gegenüber der Situation während der Einparteienherrschaft in der Türkei dar. Im Rahmen der schrittweisen Herausprägung und des Ausbaus politisch-gesellschaftlicher und ethnopolitischer Liberalisierungsansätze in der Türkei im 20. und 21. Jh. handelt es sich beim Zeitraum von 1950 bis 1980 dabei um eine erste größere zeitliche Entwicklungsphase, in der eine maßgebende Grundlage für Weiterentwicklungen in den darauffolgenden Zeitphasen geschaffen wurde.⁷ Mit der zweitgrößeren Zeitphase der langfristigen gesellschaftlich-politischen und ethnopolitischen Transformationsprozesse in der Türkei, die sich auf den Zeitraum von 1980 bis 1999 datieren lässt, befassen sich die nun folgenden Darlegungen ausführlicher.

Innen- und globalpolitische Hintergründe gesellschaftlich-politischer Transformationen in der Türkei in den 1980er und 1990er Jahren

Die Folgen des Militärputsches: politische-gesellschaftliche Situation und Entwicklungen in der ersten Hälfte der 1980er Jahre

Die innenpolitische Situation der Türkei war in der ersten Hälfte der 1980er Jahre durch 1.) den politisch stark rechts-kemalistisch orientierten Militärputsch von 1980, der einen aggressiven Nationalismus förderte, und 2.) die nicht zuletzt auch dadurch katalysierte gewaltsame Eskalation des Kurdenkonfliktes ab 1984 geprägt. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die unter der Militärdiktatur 1982 erfolgte Änderung der türkischen Verfassung (die bis heute in Kraft ist), in der liberale Elemente

⁷Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 38-41.

der Verfassung von 1961 geändert bzw. gestrichen, weitere restriktive autoritäre Bestimmungen implementiert und der türkische Ethnonationalismus stärker verankert wurden.⁸ In diesem Zusammenhang kam es neben dem Verbot von unzähligen Parteien, Organisationen, Vereinen und Medien und der Verfolgung ihrer Mitarbeiter 1983 auch zu einem Verbot der kurdischen Sprache und der Veräußerung anderer kurdischer Kulturelemente (s.u.), was sich wiederum katalytisch auf die militärische Eskalation des Kurdenkonfliktes auswirkte.

So paradox es auf den ersten Blick erscheinen mag, kann dabei jedoch folgendes festgestellt werden: Die Synergieeffekte beider fataler, durch zügellose Gewalt und Autoritarismus charakterisierter, politisch-militärischer Großereignisse auf Teile der türkischen Gesellschaft und Politik schafften langfristig Impulse für die Grundlagen einer Förderung allmählich einsetzender politisch-sozialer Liberalisierungen und eine damit einhergehende stärkere Erosion des kemalistischen Nationalismus dogmas in der Türkei.

Die besonders starken Verbots-, Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen durch die Militärjunta ab 1980⁹ und die Schwächung der politischen und gesellschaftlichen Bürgerrechte durch die Verfassung von 1982 steigerten das Demokratisierungsbedürfnis sowohl unter nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung als auch bei betroffenen politischen Akteuren und Intellektuellen verschiedener politischer Strömungen. Das betrifft in erster Linie das vom politischen Betätigungsverbot erfasste gesamte linke Spektrum, deren Akteure sich nach den Wahlen von 1983 trotz der autoritär rechtsnationalistisch geprägten politischen Atmosphäre zunehmend bemühten, durch die bescheidenen, legalen Möglichkeiten in die gesellschaftspolitischen Debatten einzugreifen. Von Politik- und Parteiverboten waren in der ersten Hälfte der 1980er Jahre jedoch auch bestimmte Politiker aus dem bürgerlichen, konservativen und nationalistischen Spektrum (z.B. Demirel und Ecevit) betroffen, die den Weg in die Militärdiktatur geebnet haben und beim Militär aus verschiedenen Gründen in Ungnade gefallen sind. In Reaktion auf die politischen Zwangsmaßnahmen kam es auch aus diesen Reihen zu Kritik an der Militärdiktatur und zu Forderungen nach Gewährung bestimmter demokratischer Freiheiten.¹⁰ Hierbei spielten auch die Erfahrungen der (wenn auch begrenzten) demokratischen, zivilgesellschaftlichen und ethnokulturellen Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen der partiellen gesellschaftlich-politischen Liberalisierungen zwischen 1950 und 1980 eine wichtige Rolle, die bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung der Türkei ein dementsprechendes politisches Bewusstsein und Bedürfnis prägten. In diesem Gesamtkontext bildeten sich im Zusammenspiel mit innen- und außenpolitischen Umwälzungen sowie ökonomischen Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren gesellschaftliche und politische Potenziale und Entwicklungen heraus, die zur Weiterentwicklung von demokratischen und ethnopolitischen Liberalisierungsprozessen in der Türkei führten.¹¹

⁸ Vgl. ebd., S. 37.

⁹ Neben dem Verbot aller Parteien sowie von zahlreichen Vereinen, Studentenorganisationen, oppositionellen Gewerkschaftskonföderationen, Zeitungen und Zeitschriften kam es zu Massenentlassungen politisch unliebsamer Personen aus dem öffentlichen Dienst, zu Massenverfahren vor Militärgerichten sowie zu umfangreichen, willkürlichen Straf-, Folter- und Erschießungsmaßnahmen, von denen in erster Linie hunderttausende von linken Aktivisten und Intellektuellen aber auch Teile politisch nationalistisch und islamistisch ausgerichteter Fraktionen betroffen waren (vgl. Cengiz, Günay, Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute, Wien u.a. 2012, S. 254; Çağlar, Gazi, Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im Osmanischen Reich, Frankfurt am Main 2000, S. 62).

¹⁰ Vgl. Çağlar, op. cit., S. 62-64.

¹¹ Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 37-41.

Dem Bedürfnis und der Bereitschaft bestimmter Akteure, aktiv an einer Re-Implementierung und Weiterentwicklung der partiellen (demokratisch-) politischen und (zivil-) gesellschaftlichen Errungenschaften der Zeit vor 1980 mitzuwirken, konnte letztlich auch nicht die Militärjunta durch ihre rigiden politischen und exekutiven Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen entgegenwirken sondern lediglich konkrete Aktivitäten verhindern. Doch bereits kurz nach dem Ende der Militärjunta und den Wahlen von 1983 begann sich, trotz einer weiterhin autoritären politischen Atmosphäre, allmählich eine rege, sich zunehmend in die Öffentlichkeit verlagernde, kemalismus kritische Zivilgesellschafts- und Demokratisierungsdebatte zu entwickeln. Diese wurde im linken und linksliberalen Diskurs initiiert, erweiterte sich im Verlaufe der 1980er und 1990er Jahre und griff letztlich auch auf das liberale, neokonservative, islamistische und auch kemalistische Spektrum über.¹²

Der zeitlich dazu parallel erfolgte Ausbruch und die jahrelange Eskalation des militärischen Konflikts zwischen der PKK und dem türkischen Staat förderten wiederum einerseits bei Teilen der türkischen Gesellschaft einen radikalen Nationalismus (ebenso wie den kurdischen Nationalismus) sowie politisch autoritäres Gedankengut. Andererseits führte der Kurdenkonflikt zwangsläufig zu einer stärkeren Thematisierung ethnisch nichttürkischer Existenzen in der Türkei. Grundsätzlich konnte sich in der Türkei trotz der problematischen politisch-gesellschaftlichen Bedingungen und der (partiellen) Wirkung der rigiden kemalistischen Assimilationspolitik langfristig weiterhin eine gewisse multiethnische und -religiöse Vielfalt, ein gesellschaftliches Bewusstsein über diese Tatsache und eine weitgehend friedliche soziale Balance zwischen vielen Gruppen bis in die 1980er Jahre hinein bewahren¹³. Dabei steigerte sich auch zunehmend das Bedürfnis nach einer politischen und öffentlichen Enttabuisierung der multiethnischen Beschaffenheit in der Türkei, da es sich hierbei um Tatsachen und Problemaspekte handelte, die man in diesem Rahmen nicht länger ignorieren oder verleugnen wollte und konnte und auch (von der Kurdenfrage einmal ganz abgesehen) nicht immer unbedingt als Gefahr für die nationale Sicherheit sowie territoriale Integrität der Türkei betrachtete. Durch die gehäufte Thematisierung der Kurdenproblematik im öffentlichen Diskurs wurde dabei schon in den

¹² Die Debatten fanden im spezifischen Kontext der jeweiligen politischen Strömungen statt und wurden aus ganz unterschiedlichen politischen Motivationen und Interessen heraus geführt. In diesem Rahmen wurden Aspekte wie Pluralismus, Dezentralisierung, Demokratisierung Zivilgesellschaft unterschiedlich aufgefasst und bewertet. Dementsprechend gestalteten sich die Definitionen dieser Phänomene spektrenübergreifend oftmals als diffus (vgl. Çağlar, op. cit., S. 61-140; Mert, Nuray, Sivil toplum Tartışmaları, in: Toplum bilim, Nr. 8 / Juni 1998, S. 37-41; Steinbach, Udo, Die Türkei im 20. Jahrhundert, Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach 1996, S. 437).

¹³ In diesem Zusammenhang weisen Andrews / Benninghaus (Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989, S. 18) Ende der 1980er Jahre auf folgende Erkenntnis hin: "The popular view in Turkey is in fact quite realistic: 'Türkiye'de yetmiş-iki buçuk millet var', goes the saying, "in Turkey there are seventy-two and a half peoples". The word 'millet' here is the old Ottoman denomination by which the semi-autonomous minorities were known, rather than 'nation' in the modern sense. Practical sense demands recognition, even in the complex urban society of Istanbul, that the housekeeper's mother is a Yörük, that the sailor down the road is a Laz, the tailor an Armenian, and the household 'help' a Kurd; indeed none of them has any hesitation in saying so. They have a sense of their place in society, as Turkish nationals, but also a strong sense of their own group identity in a particular locality. So long as they are recognised for what they are, and can co-exist, there is no reason for tension". An anderer Stelle fügt sie hinzu: "The past populations of Turkey did not, of course, disappear. Some were absorbed, while some persisted and adapted themselves. Multiple ethnicity is thus inherent in the country" (ebd., S. 41).

1980er Jahren das tradierte Tabu, ethnisch nichttürkische Zugehörigkeiten offen zu benennen, allmählich aufgeweicht und auf längere Zeit schließlich durchbrochen.¹⁴

Innenpolitische und gesellschaftliche Situation und Entwicklungen nach dem Ende der Militärdiktatur unter der Regierung des Ministerpräsidenten Özal

Die zunehmend offeneren politischen Debatten, die sich schließlich aus den Problemaspekten des Militärputsches und des bewaffneten kurdischen Aufstandes ergaben, wirkten sich dabei auch auf die weitere staatliche Politik aus. Die weiter oben geschilderten, auf breiter Basis vorhandenen politischen und gesellschaftlichen Stimmungen und Bedürfnisse sind auch der neuen Regierung nicht verborgen geblieben und erforderten die Schaffung einer bestimmten Balance bzw. eines politischen Interessenausgleichs, um einer erneuten Destabilisierung des Landes vorzubeugen. In diesem Kontext wurden partielle Demokratisierungs- und ethnopolitische Liberalisierungsaspekte paradoxerweise gerade von Turgut Özal aufgegriffen. Dieser agierte als führender Wirtschaftspolitiker für die rechtsnationalistische, stark autoritäre Militärjunta und wurde infolge der Wahlen von 1983, durch die die aktive Phase der Militärdiktatur beendet wurde, zum türkischen Ministerpräsident gewählt. Das weitläufige politische Umfeld seiner siegreichen Mutterlandspartei (ANAP) setzte sich politisch aus dem weitläufigen Umfeld rechtsorientierter, konservativer, proislami(sti)scher, wirtschaftsliberaler und industriefreundlicher Kreise zusammen, die auch nach den Wahlen enge Verbindungen zum Militär unterhielten. Dementsprechend führte er einerseits antidemokratische Maßnahmen aus der Zeit der Militärdiktatur fort. Andererseits bemühte er sich, verschiedene politisch-gesellschaftliche Strömungen zu vereinen und ihre Bedürfnisse nach politischen Liberalisierungen zu berücksichtigen. Ein wichtiges Anliegen seiner im Laufe der 1980er Jahre allmählich in Gang gesetzten Reformpolitik war dabei auch, die angeschlagene Ökonomie durch eine entfesselte Marktwirtschaft neoliberalen Zuschnitts zu stärken, das durch den Militärputsch international (besonders jedoch in der westlichen Welt) beschädigte Image der Türkei zu verbessern und das Land langfristig zu einem „global player“ zu entwickeln.¹⁵ Diese Maßnahmen zielten dabei letztlich auch darauf ab, eine schnellstmögliche Aufnahme der Türkei in die EG zu erwirken. Der 1987 eingereichte Antrag auf EG-Vollmitgliedschaft der Türkei führte 1988 zwar unter anderem auch zur erneuten Inkraftsetzung des (1982 infolge des Militärputsches ausgesetzten) Ankara-Abkommens, wurde jedoch 1989 aufgrund mangelnder wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen unbefristet zurückgestellt. Dadurch erhöhte sich z.T. der Druck zur Durchführung weiterer politisch-gesellschaftlicher (aber auch wirtschaftlicher) Reformen bzw. Liberalisierungen in der Türkei. In diesem Kontext ist auch eine (ursprünglich vom Großunternehmer Sakıp Sabancı angeregte) Initiative Özals Ende der 1980er zu verorten, Angehörige der nichtmuslimischen Minderheiten verstärkt in öffentliche und politische Positionen zu integrieren.¹⁶

¹⁴ Vgl. Giesel (a), op. cit., S. 355f.; Giesel, Christoph (e), Die muslimischen Georgier in der Türkei zwischen Assimilation und „ethnicrevival“-Ein allgemeiner Überblick, in: Reineck, Natia / Rieger, Ute (Hg.), Kaukasiologie heute. Festschrift für Prof. Heinz Fähnrich, Greiz 2016, S. 111-154, hier: S. 139; ZfT, op. cit., S. 7.

¹⁵ Vgl. Cengiz, op. cit., S. 264-275; Çağlar, op. cit., S. 109-117, 534-541, 546; Hoffmann, Judith, Aufstieg und Wandel des politischen Islam in der Türkei, Berlin 2003, S. 27f., 38f. sowie weiterführende Ausführungen und Quellenbelege des vorliegenden Teilkapitels.

¹⁶ Vgl. ZfT (Zentrum für Türkeistudien), Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland, Münster 1998, S. 30.

Ein wichtiger Faktor, der sich stark auf die öffentliche Wahrnehmung und Diskussion politischer und gesellschaftlicher Problemthemen auswirkte, stellte im Kontext der radikalkapitalistisch neoliberal ausgerichteten Reformierung der türkischen Wirtschaft die ab Mitte der 1980er Jahre unter Özal vorangetriebene starke Privatisierung und Kommerzialisierung der türkischen Medienlandschaft dar. Die profitausgerichtete Umgestaltung des türkischen Medienmarktes führte dabei nicht nur Gründung von privaten Radio- und Fernsehsendern sondern auch zu einem Konzeptionswechsel bei der inhaltlichen Gestaltung und Ausrichtung der Printmedien, die sich von einer vormals produktorientierten zu einer geschäfts- bzw. verkaufsquotenorientierten Konzipierung wandelte. Letztere bestimmte konsequenterweise auch die Ausrichtung der neuen audiovisuellen Medien. Dadurch veränderte sich der türkische Medienmarkt (bis heute) grundlegend. In erster Linie profitierten davon insbesondere die Konzerne von Dinç Bilgin, Aydın Doğan sowie der Uzan-Familie, wobei die Großunternehmer dabei nicht nur zusätzliche Einnahmen durch ihre Medienunternehmen verbuchen konnten. Durch die Möglichkeiten, über ihre öffentlich-mediale Macht sowohl für ihre weiteren Unternehmenssparten als auch für einflussreiche Politiker zu werben, verschafften sie sich weitere wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Vergünstigungen (z.B. Staatsaufträge und lukrative Kredite). Im Rahmen dieser umstrittenen wirtschaftlich-politischen Dynamiken, Verflechtungen und Entwicklungen ergab sich jedoch auch ein starker Nebeneffekt, der sich katalytisch auf weitere gesellschaftlich-politische Liberalisierungs- bzw. Demokratisierungsprozesse in der Türkei auswirkte. So entstand durch die neugeschaffene Medienvielfalt und die quotenorientierte Ausrichtung politischer Medienformate allmählich auch wieder ein bestimmter, öffentlich in Erscheinung tretender Meinungspluralismus, der an die Verhältnisse in den 1970er Jahren anknüpfte. In diesem Kontext rückten (insbesondere in TV-Formaten der Privatsender, s.u.) auch gesellschaftlich-politische Problemthemen und vormalige Tabus wie der Kurdenkonflikt und Demokratisierungsfragen verstärkt in den Fokus öffentlicher Diskussionen.¹⁷ Inwiefern die eigentlich rechtsnationalistische und autoritär-militärrefine Regierung im Rahmen ihrer (z.T. kemalismus kritischen) zukunftsorientierten Reformwilligkeit diese bedeutenden Nebenentwicklungen von vornherein vorhergesehen, beabsichtigt oder zumindest in Kauf genommen hat, oder ob sie davon überrascht bzw. dadurch letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt wurde und diesen Nebeneffekt aufgrund seiner Weiterentwicklungsdynamiken und der zu wichtigen Bedeutung der Umsetzung der allgemeinen Neoliberalisierungsprogrammatisik aber letztlich toleriert und dabei versucht hat, daraus politisches Kapital zu schlagen, bleibt hierbei äußerst fraglich und umstritten. Letztlich hat aber auch die mit der türkischen Regierung seinerzeit immer noch recht eng verflochtene kemalistische Zivil- und Militärbükratie nicht ausschließlich restriktiv auf diese Entwicklungen und Erscheinungen reagiert, wenngleich auch je nach Ermessen und Einzelfall gegen bestimmte Beiträge, Verantwortliche, Personen und vertretene Einzelmeinungsvorgegangen wurde, die als staatsgefährdend, antikemalistisch, terrorverherrlichend oder politisch unliebsam gewertet worden sind.

Globalpolitische Transformationen nach dem Ende des Kalten Krieges und ihre Auswirkungen auf die Türkei

Die Weiterentwicklung der bis hierher festgestellten (partiellen) Transformationsprozesse in der Türkei vollzog sich ab diesem Zeitpunkt vor dem

¹⁷ Vgl. Gottschlich, Jürgen, Pressefreiheit in der Türkei. Erkaufte Freundschaften, taz online-Ausgabe, 03.05.2016, taz.de/Pressefreiheit-in-der-Tuerkei/!5299190.

Hintergrund umfassender globaler Veränderungen, bedingt durch das Ende des Kalten Krieges, den Zusammenbruch des politischen Blocksystems und den damit einhergehenden, partiellen Demokratisierungs- und gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesse in Ost- und Mitteleuropa sowie anderen Staaten der SU. Diese Neuerungen spielten sich in unmittelbarer Nachbarschaft bzw. innerhalb geographischer, kultureller und historischer (potenzieller) Interessensphären der Türkei ab und entwickelten durch ihre politische und psychologische Strahlkraft bestimmte Synergieeffekte, die auch die türkische Gesellschaft und Politik erfassten. Die Grenzöffnung zur Sowjetunion bzw. zu Russland wirkte sich zudem auf ethnicrevival-Prozesse bei den Gruppen aus, die ursprünglich aus dem Raum der ehemaligen Sowjetunionstammten. Im Zusammenhang mit der zeitgleich einsetzenden Verstärkung von Globalisierungserscheinungen wurden diese Entwicklungen und Prozesse in noch stärkerem Maße gefördert, wobei sich hier insbesondere die Zunahme grenzübergreifender Transport-, Reise-, Warenaustausch- und elektronischer Kommunikationsmöglichkeiten als katalytisch erwies (s.u.).¹⁸ Kaya argumentiert hierbei, dass die Diaspora-Identität der Tscherkessen in der Türkei gerade durch die Globalisierung gestärkt wurde, da sie zu starken und vielseitigen Verbindungen der Gruppe zwischen der Türkei als ihrem „hostland“ und dem Nordkaukasus als ihrem „homeland“ geführt hätte und dadurch ein globales bzw. transnationales Netzwerk einer Diaspora-Bewegung entstanden sei, die er als „*globalizationfrombelow*“-*movement* bezeichnet.¹⁹

Auf eine Verbindung zwischen den ethnicrevival-Prozessen in der Türkei der 1990er Jahre und der Globalisierung wird unter Berücksichtigung des Einflusses grundlegender Veränderungen in der Weltpolitik aus einer anderen politischen Betrachtungsperspektive auch von marxistisch orientierten Autoren hingewiesen, so z.B. von Aytekin, der die globalen Bedingungen des Kapitals als treibende Kraft (hierbei im Sinne einer „Globalisierung von oben“) hinter der neuen Ethnizitätspolitik und den damit verbundenen ethnicrevival-Prozessen in der Türkei sieht.²⁰ Diese These greift als alleinige Erklärung zwar zu kurz, da es eine Reihe verschiedener Faktoren dafür gibt und die ethnicrevival-Prozesse unter den Bedingungen der 1990er Jahre auch auf eine Basis zurückgreifen konnten, die schon Jahrzehnte zuvor Bestand hatte (siehe Teil 1 der vorliegenden Studie). Dass diesem Erklärungsansatz jedoch trotzdem eine bestimmte

¹⁸ Vgl. dazu auch die Abschnitte „Die Zunahme ethnokultureller Aktivitäten im Kontext partieller gesellschaftspolitischer Lockerungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre“ und „Die Tscherkessen als Sonderfall: ethnopolitische Attitüden und Aktivitäten im Kontext der starken Ausprägung einer Diaspora-Identität“ des vorliegenden Aufsatzes.

¹⁹ Vgl. Giesel (a), op. cit., S. 355f.; Giesel, Christoph (b), Status and Situation of the Jews in Turkey. Historical Lines of Development and contemporary Circumstances in the Context of socio-political Transformations, in: Elektronik Siyaset Bilimi Araştırmaları Dergisi / Electronic Journal of Political Science Studies Nr. 9, Vol. 5/2, Juni 2014, S. 1-32, www.esbadergisi.com/images/sayi9/jews_in_turkey_giesel.pdf, hier: S. 13; Giesel, Christoph (c), Status and Situation of the Jews in Turkey: Historical Lines of Development and contemporary Circumstances in the Context of socio-political Transformations, in: Bali, Rifat N. / Mallet, Laurent-Olivier (Hg.), Turkish Jews in Contemporary Turkey, Istanbul 2015, S. 23-81, hier: S. 44f.; Giesel (e), op. cit., S. 138f.; Kaya, Ayhan, Political Participation Strategies of the Circassian Diaspora in Turkey, in: Mediterranean Politics 9:2 (2004), S. 221-239, hier: S. 226f., 230, 236; ZfT, op. cit., S. 7, 101f., 107, 109-111 sowie die Abschnitte „Ethnopolitische Entwicklungen und multiethnische Entfaltungsmöglichkeiten in den 1980er Jahren“ und „Die gesteigerte Erosion des kemalistischen Nationalismus prinzipiell in den 1990er Jahren“ in diesem Aufsatz (siehe unten).

²⁰ Vgl. Aytekin, N., 1990'larda Türkiye'de Gürcü Kimliği'nin Yeniden İnşası Süreci ve Gürcü 'Entellektüeller', in: Çeneburi 38 (2000), S. 2-7, hier S. 2f.

Relevanz zukommt²¹, zeigt sich aber speziell im türkischen Kontext jedoch unter anderen anhand der im Folgenden dargelegten Aspekte bzw. Entwicklungen.

Der Zusammenhang zwischen innenpolitisch-gesellschaftlichen Transformationsprozessen und der Konzeption einer neuen außenpolitischen Agenda unter der Ägide Özals am Anfang der 1990er Jahre

Unter dem Eindruck der veränderten globalen Bedingungen, weckten die neuen außenpolitischen und wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten auch Begehrlichkeiten und Euphorie unter den Eliten der türkischen Politik. Der bis 1991 als Ministerpräsident amtierende Özal bezeichnete in diesem Zusammenhang die weltpolitischen Transformationen als einmalige historische Chance, die Allah den Türken geschenkt habe und entwickelte die Vision, eine sogenannte „Grüne Transversale“ vom Balkan bis nach Zentralasien zu schaffen. Dahinter steht ein panturkistisches und panislamisches Anliegen, die muslimische und türkische Welt nach Auflösung der bipolaren Weltordnung unter Federführung der Türkei zur dominanten globalen Kraft im 21. Jh. zu formen.²²

Als Grundvoraussetzung für die langfristige Umsetzung dieser außenpolitischen Zielsetzung wurden von Özal und seinem politischen Umfeld umfangreiche innenpolitische Reformen bzw. Transformationen als unabdingbar betrachtet. In Anknüpfung an die politisch-soziale Agenda der Regierungspolitik 1980er Jahre stellt die daraus resultierende, weiterentwickelte Programmatik eine facettenreiche Synthese aus Aspekten bzw. Werten des politischen und wirtschaftlichen (Neo-) Liberalismus, des traditionellen und neuen Konservatismus, Modernismus, Nationalismus, Islamismus und Neosmanismus (z.B. auch in ethnopolitischer Hinsicht) dar. Politischer Leitgedanke war dabei die Vorstellung einer engen Symbiose bzw. einem Kausalverhältnis zwischen den Aspekten *Demokratie*, *Zivilgesellschaft* und *Wirtschaft* bzw. *freie Marktentfaltung* nach neoliberalen Verständnis. Grundsätzlich wurde in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, dass die angeschlagene türkische Wirtschaft nur durch eine politisch demokratischere Grundlage gefördert werden und im Rahmen der Globalisierung expandieren könne und die radikale Durchliberalisierung der türkischen Wirtschaft dabei wiederum eine Voraussetzung für die Herausbildung eines rechtsstaatlich verfassten demokratischen Systems mit einer Zivilgesellschaft (primär in Verkörperung eines freien, staatlich nicht beschränkten Unternehmertums) sei.²³

In diesem Zusammenhang wurde der Etatismus der kemalistischen Militär- und Zivilbürokratie mit ihren verkrusteten Strukturen kritisiert, der folglich als Hemmnis für die Produktivitätsentwicklung und somit auch für Demokratie und Zivilgesellschaft verantwortlich gemacht wurde. Weitere wichtige Kritikpunkte waren einerseits der als undemokratisch empfundene, kemalistische Laizismus, der den Islam unterdrücke, andererseits der „enge Nationalismus“ des Kemalismus. Dieser wurde dabei als Hindernis für eine Erweiterung der Türkei bzw. des türkischen Einflusses auf nichttürkische muslimische Gebiete sowie für eine Anerkennung der muslimischen Kurden empfunden.

²¹ Vgl. dazu auch Giesel (e), op. cit., S. 138.

²² Vgl. Çağlar, op. cit., S. 109; Özal, Turgut, 3. İzmir İktisat Kongresindeki konuşmaları, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara 1993, S. 15-31, hier S. 24, 31.

²³ Hierbei spielt die bereits oben erläuterte, ursprünglich wirtschaftlich motivierte Liberalisierung bzw. Privatisierung und damit verbundene (Meinungs-) Pluralisierung des türkischen Medienmarktes, die ab Mitte der 1980er Jahre erfolgte, eine zunehmend wichtigere Rolle (vgl. Gottschlich, op. cit.). Besonders ab Beginn der 1990er Jahre erwies sie sich als symbolhaftes Beispiel einer Agenda, mit der versucht wurde, radikal marktwirtschaftlich neoliberale Aspekte mit Elementen einer gelenkten Demokratisierung bzw. gesteigerten (aber nichtsdestotrotz kontrollierten und kanalisierten) Meinungsfreiheit zu verknüpfen.

Die Adaption dieser Standpunkte steht dabei eng in einem Zusammenhang mit der Herausbildung eines politischen Neosmanismus²⁴ im politischen Umfeld Özals, der 1993 verstarb. Hierbei wurde die gesellschaftlich-ethnopolitische Beschaffenheit des Osmanischen Reiches (bzw. das dortige friedliche Zusammenleben verschiedener ethnischer und religiöser Gemeinschaften) als historisch-traditioneller Orientierungspunkt zur Förderung der Demokratiekultur in der Türkei aufgegriffen.²⁵

Andererseits kam im Rahmen der politisch-gesellschaftlichen Gesamtkonzeptionen der politischen und intellektuellen Eliten um Özal, die sich allen Entwicklungen zum Trotz nach wie vor auch im Dunstkreis des Rechtskonservatismus bzw. –nationalismus bewegten, wiederum auch dem türkischen Nationalismus unter Anreicherung imperialistischer, panturkistisch-panislamischer und neosmanistischer Elemente eine tragende Funktion zu. Das beinhaltete z.B. eine verklärende historisch-nationale Überhöhung des Türkentums, aus der auch der Anspruch auf eine zukünftige globale Führungsrolle der Türken abgeleitet wurde. Als legitimatorische Grundbasis für dieses Paradigma galt in diesem Zusammenhang der „nationale Wille“ bzw. das Interesse des Erhalts und der Erweiterung der türkischen Nation.²⁶ Hierbei ergeben sich auch Verbindungspunkte zu pan-turkistischen außenpolitischen Paradigmen der rechtsextremen MHP, die in ihrer Entstehung bereits auf die 1960er und 1970er zurückzuführen sind und ab Beginn der 1990er Jahre durch den Zusammenbruch der Sowjetunion (und der daraus resultierenden Unabhängigkeit der türkisch bzw. turkstämmig dominierten Republiken Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan und Kirgisien) eine Wiederbelebung erfuhr.²⁷

Während in diesem Zusammenhang eine radikal antikurdische Haltung in Reaktion auf die Erstarkung des kurdischen Nationalismus eine weitere wichtige Komponente des panturkistischen Paradigmas der MHP darstellte²⁸, erkannte Özal gerade in einer politischen Annäherung an die Kurden eine Chance, die Umsetzung seiner doktrinären „Vision“ in Angriff zu nehmen. So bot nämlich der Kurdenkonflikt im Zusammenspiel mit seiner nationalen und internationalen Dimension bzw. in Verkettung mit dem ersten Golfkrieg eine erste willkommene Möglichkeit, innen- und außenpolitische Einflüsse und neue Allianzen innerhalb der muslimischen Welt auszubauen. In diesem

²⁴ Eine fragmentarische Form der „Reosmanisierung“ setzte auf politisch-gesellschaftlicher Ebene zeitweise bereits nach der 1946 erfolgten Einführung des Mehrparteiensystems sowohl unter der CHP-Regierung in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre als auch unter der DP-Regierung in den 1950er Jahren ein; vgl. Giesel (d), op. cit., S. 22; Kreiser, Klaus / Neumann, Christoph K., Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2003, S. 424-427.

²⁵ Vgl. Altan, Mehmet, Türkiye'nin bütün sorunu politik devletten liberal devlete geçememesidir, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara 1993, S. 33-59, hier S. 41f., 51; Belge, Murat, Sosyalizm, Türkiye ve Gelecek, Istanbul 1989, S. 111-114, 130; Çağlar, op. cit., S. 71, 87, 96, 109-120, 126, 130-132; Çandar, Cengiz, Özal'ın cenaze töreni kemalizmin cenaze törenine benziyordu, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara 1993, S. 91-114, hier S. 97, 102-104; Göle, Nilüfer, Liberal yanılğı, in: Türkiye Günlüğü 24/1993, S. 12-17; Özal, op. cit., S. 24, 31; Özdemir, Hikmet, Fatih Sultan Mehmet İstanbul'un da da sivil toplum olduğunu iddia ediyorum, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara 1993, S. 69-89, hier S. 79-82.

²⁶ Vgl. Çağlar, op. cit., S. 109, 111, 534f.; Çandar, op. cit., S. 110f. Steinbach, op. cit., S. 261; Özal, op. cit., S. 24; Özdemir, op. cit., S. 79f.

²⁷ Hierbei wurde die historische Idee einer pan-türkischen Union aller durch Türken bzw. Turkvölker besiedelten Gebiete wieder aufgegriffen, deren Umsetzung ungeachtet der Gefahren einer militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion und den möglichen existenzbedrohlichen Folgen für die Türkei vorangetrieben werden sollte. Im Zusammenbruch der Sowjetunion wurde dementsprechend eine besondere historische Chance gesehen, um Gebiete im Kaukasus und Zentralasien zu einer Union mit der Türkei zusammenzuführen. Vgl. Özkırmılı / Sofos, op. cit., S. 140-143.

²⁸ Vgl. ebd., S. 141f.

Zusammenhang beabsichtigte er infolge der „Vertreibung von Hunderttausenden von Kurden durch die irakische Regierung 1991, *die kurdische Frage* auch in der Türkei anerkennen und in den Verhandlungen mit Führern der irakischen Kurden kurdischen Forderungen nach einer eigenen kulturellen Identität (vor allem Publikationen in kurdischer Sprache) nachkommen zu wollen“²⁹. Im Zuge des Wandels der offiziellen Politik gegenüber den Kurden erwies sich Özal, der selbst kurdische Teilwurzeln hatte, dabei auch grundsätzlich als „treibende Kraft einer Politik der Enttabuisierung der Frage anderer, ethnisch nichttürkischer Zugehörigkeiten“³⁰. Dadurch wurden weitere Ethnizitäts- und Minderheiten(rechts)diskurse in der türkischen Öffentlichkeit angeregt, wobei die Diskussion um Minderheitenrechte auch mit Diskussionen um eine Erweiterung demokratische Rechte an sich verknüpft war.³¹ Dabei waren es im Bereich der TV-Medien gerade die privaten, quotenorientierten Fernsehsender, die ab Mitte der 1980er Jahre infolge von Özals Privatisierungsinitiative des türkischen Medienmarktes entstanden sind, die im Gegensatz zum staatlichen TV-Sender TRT derartige Themen in politischen Diskussionsrunden behandelten.³²

Inwiefern Özal jedoch letztlich als „Architekt der Demokratie“³³ bezeichnet bzw. von einer „Demokratisierung der Eliten des Zentrums“³⁴ während seiner Regierungszeit im Sinne des „westlichen“ Demokratieverständnisses gesprochen werden kann, ist letztlich umstritten. So war seine Politik aus einem widersprüchlichen Wechselspiel aus autoritären und bestimmten rechtsnationalistischen Elementen einerseits, sowie aus Maßnahmen zur Stärkung politischer Liberalisierungen bzw. demokratischer Verfahrensweisen andererseits gekennzeichnet. Letztere blieben in Umfang und Wirkung jedoch z.T. beschränkt und Özals Wirtschaftspolitik hat neben gesteigerter Korruption, Bereicherung und Inflation zu starken sozialen Verwerfungen, Polarisierungen und Unterdrückungen geführt, was politische Konflikte auch immer wieder anheizte bzw. katalysierte.³⁵

Nichtsdestotrotz schaffte er Grundlagen für begrenzte demokratische Weiterentwicklungen bzw. trug zu schrittweise erfolgten, gesellschaftlich-politischen Liberalisierungen bei, durch die die Rolle und Wirkung bestimmter kemalistischer Prinzipien (insbesondere des Nationalismus, Laizismus und Etatismus) abgeschwächt wurden. Er agierte dabei im Rahmen der Möglichkeiten in einem nach wie vor durch Nationalismus und Autoritarismus geprägten politisch-sozialem Umfeld, das er wechselseitig mitgestaltete oder zu überwinden versuchte. Im Zuge seiner Reformen stand er dabei vor der Schwierigkeit, nicht zu stark auf Konfrontationskurs mit den Interessen und Bedürfnissen der nach wie vor mächtigen kemalistischen Zivil- und Militärbürokratie zu gehen, um existenzbedrohliche Konsequenzen zu vermeiden. Dadurch war er in seinem reformerischen Wirken auch eingeschränkt. Die Synergieeffekte der gesellschaftlichen und

²⁹ Çağlar, op. cit., S. 109f.

³⁰ ZfT, op. cit., S. 73.

³¹ Vgl. Dazu auch Çağlar, op. cit., S. 111f.; Çandar, op. cit., S. 103f.; Özdemir, op. cit., S. 79f.

³² Vgl. Gottschlich, op. cit.

³³ Steinbach, op. cit., S. 206f.

³⁴ Göle, op. cit., S. 14. In diesem Zusammenhang betrachtet die türkische Soziologin Göle den Machtantritt von Özal im Jahre 1983 als neuen Wendepunkt. Sie sieht die Hauptleistungen seiner Politik unter anderem in der: Entkrampfung der Spannung zwischen Laizismus und Demokratie, Lösung von Problemen durch Ansätze des politischen Liberalismus anstatt durch Verbote und Autoritarismus, Annäherung von politisch-gesellschaftlicher Peripherie und Zentrum, Versöhnung von Kurden und Türken und seiner integrativen Rolle zur Vereinigung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie der Schaffung eines Interessenausgleiches zwischen diesen (vgl. ebd., S. 14-17). Von diesen Prozessen war das politisch linke Spektrum jedoch weitgehend ausgeschlossen.

³⁵ Vgl. Cengiz, op. cit., S. 267; Çağlar, op. cit., S. 110, 114f.; Hoffmann, op. cit., S. 27f. u.v.a.

politischen Entwicklungen haben sich jedoch z.T. auch liberalisierend auf den Kemalismus ausgewirkt, wobei es zu partiellen ideologischen Lockerungen und Absorptionen bestimmter demokratischer Ideen bei Teilen der Kemalisten kam³⁶.

Innenpolitische Entwicklungen in den 1990er Jahren nach dem Ende der politischen Ära Özals

Die Phase nach der Regierungszeit von Özal war durch ein weiteres Wechselspiel aus stetig zunehmenden Liberalisierungen einerseits und autoritären Maßnahmen bzw. Rückschlägen für die Implementierung demokratischer Strukturen und menschenrechtlicher Standards andererseits geprägt.³⁷ Unter dem Eindruck der vorangegangenen internationalen und nationalen politischen Ereignisse und Entwicklungen sowie dem nach wie vor unbefriedigenden Bestand seinerzeitig aktueller Probleme (z.B. politische Gewalt, ungenügender Abbau des politischen Autoritarismus, der ungelöste Kurdenkonflikt u.a.) steigerte sich in den 1990er Jahren das gesellschaftliche Bedürfnis nach einer stringenten Weiterführung von Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozessen noch stärker. Dabei spielten auch die privaten Medien weiterhin eine nicht zu unterschätzende, katalytische Rolle. In diesem Kontext stellt der deutsche Journalist und Türkei-Experte Jürgen Gottschlich fest:

„Da nach dem Tod von Özal in den 90er Jahren überwiegend schwache Regierungen übernahmen, gab es wenig staatliche Zensur. Im Kampf um Einschaltquoten durfte plötzlich sogar offen über die kurdische Frage diskutiert werden. Erstmals zeigte das Fernsehen die gesellschaftliche Vielfalt. Die Grenzen des Journalismus setzten bis auf einige Tabus, wie den Genozid an den Armeniern, nicht mehr der Staat, sondern die ökonomischen Interessen der Unternehmer.“³⁸

Diese Entwicklungen führten teilweise auch auf politischer Ebene zu Reaktionen. So wurden 1995 weitgreifende Veränderungen an der Verfassung von 1982 vorgenommen, die auf eine partielle Abschwächung autoritärer Bestimmungen und die Erleichterung politischer und vereinsorganisatorischer Aktivitätsmöglichkeiten abzielten³⁹, was sich auch positiv auf die weiteren Organisationsmöglichkeiten ethnisch nichttürkischer Gruppen auswirkte.

Ein weiterer bedeutender Katalysator gesellschaftlich-politischer Umwälzungen war in diesem Zeitraum die Intensivierung von politischen Reformanstrengungen, um auf absehbare Zeit eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu erwirken, nachdem die verstärkten EG- Beitrittsversuche der Türkei aus der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vorerst scheiterten.

Als ein Rückschlag auf dem Weg zu demokratischen Weiterentwicklungen wurde der Militärputsch vom 28. Februar 1997 gewertet. Dieser Putsch wird auch als postmoderner Staatsstreich oder „stiller Putsch“ bezeichnet, da unter dem Druck der Militärführung zwar die 1996 gebildete Koalitionsregierung unter dem Ministerpräsidenten

³⁶Vgl. Çağlar, op. cit., S. 139f.; Göle, op. cit., S. 14f.

³⁷ In diesem Zusammenhang vertritt Göle 1993 die Ansicht, dass die Reformfreudigkeit der 1980er Jahre durch einen liberalen Schein ersetzt wurde und die Entwicklung der demokratischen Bedingungen, des Individualismus sowie einer zivilgesellschaftlichen Unabhängigkeit vom Staat zum damaligen Zeitpunkt nicht ausreichen würden (vgl. Göle, op. cit., S. 12f.).

³⁸ Gottschlich, op. cit.

³⁹ Vgl. Hoffmann, op. cit., S. 115.

Necmettin Erbakan der islamistischen *Refah Partisi* (RP) entmachtet wurde, das Parlament jedoch nicht abgesetzt und die Verfassung beibehalten wurde. Mit dem Putsch, von dessen Folgen auch der damalige *Refah*-Politiker und spätere türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan betroffen war, sollte die politisch und gesellschaftlich erstarkende, islamistische Bewegung in der Türkei zurückgeschlagen werden. Dementsprechend kam es zu einer paradigmatischen Abwendung vom in der Verfassung von 1982 verankerten und in den 1980er und 1990er Jahren gesellschaftlich und politisch wegweisenden, staats- und nationalideologischen Prinzip der türkisch-islamischen Symbiose zugunsten einer Rückbesinnung auf den laizistisch orientierten Kemalismus.⁴⁰ In diesem Zusammenhang entstanden zwar auch die Befürchtungen, dass sich die kemalistische Militär- und Zivildbürokratie in Reaktion auf das *ethnicrevival* vieler ethnischer Gruppen wieder verstärkt nach dem kemalistischen Nationalismus prinzipausrichten könnte und dass es daneben grundsätzlich zu einer schleichenden Entdemokratisierung und zur Stärkung eines autoritären Politikstils kommen könnte. Die politisch-gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die sich besonders seit Anfang der 1990er Jahre stetig weiterentwickelten, haben letztlich jedocheine unaufhaltsame Dynamik und einen Entwicklungsstand erreicht, der nur noch schwer bzw. unter der Gefahr starker innenpolitischer Konflikte und Destabilisierungen rückgängig zu machen war. Diese politisch-sozialen Gesamtbedingungen schufen letztlich die Grundlage für die weiteren Demokratisierungsprozesse in der Türkei, die zur Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen ab 1999 führten und in den 2000er Jahren schließlich noch weiter beschleunigt wurden.

Ethnopolitische Entwicklungen und multiethnische Entfaltungsmöglichkeiten in den 1980er Jahren

Vorbemerkungen

Die Wirkung der ab Mitte der 1980er Jahre in der Türkei allmählich in Gang gesetzten und vorerst bescheidenen politisch-sozialen Transformationsprozesse, die sich unter dem Einfluss weiterer innen- und außenpolitischer Entwicklungen und globalpolitischer Veränderungen schrittweise bis Ende der 1990er Jahre verstärkten, verdeutlicht sich besonders beispielhaft anhand der prozessualen Erosion des kemalistischen ethnopolitischen Homogenisierungs dogmas bzw. des Nationalismus prinzip. Unter den sich dabei schrittweise veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen und der Zunahme öffentlich ausgetragener Debatten zu Problemaspekten wie Demokratisierung, Minderheitenrechte und Multiethnizität konnten sich auch einige ethnisch nichttürkische bzw. turkstämmige Gruppen allmählich (wenngleich auch in vorerst begrenztem Umfang) wieder offener organisieren und entfalten. Von den ethnopolitischen Transformationen profitierten bis zur Jahrhundertwende dabei in allererster Linie nur muslimisch-sunnitische Gruppen (und unter diesen insbesondere diejenigen, deren intellektuellen Eliten mit besonderem Nachdruck offen ihre Staatsloyalität zum Ausdruck brachten).

Situation und Entwicklungen infolge des rechtsnationalistischen Militärputsches von 1980

Die ersten Entwicklungen sprachen jedoch vorerst völlig gegen eine derartige Entwicklung. Die Militärjunta und ihr nahestehende rechte Intellektuelle sahen die Ursache

⁴⁰ Vgl. Hoffmann, op. cit., S. 76-79, 103f.; Scheiterbauer, Tanja, Islam, Islamismus und Geschlecht in der Türkei: Perspektiven der sozialen Bewegungsforschung, Wiesbaden 2014, S. 98.

des gesellschaftlichen und politischen Chaos Ende der 1970er in dem Versäumnis der staatlichen Eliten, eine „wahrhaftige“ nationale Politik zu verfolgen. Durch den Militärputsch sah man nun eine herausragende Möglichkeit gekommen, ein allumfassendes Primat der türkischen Kultur politisch und gesellschaftlich stärker zu verankern und dadurch nach Mustafa Kemal die Periode einer zweiten türkischen Renaissance einzuläuten.⁴¹

Letztlich führten diese Entwicklungen grundsätzlich zu gravierenden Einschränkungen zahlreicher ethnokultureller Aktivitäten und Organierungen (insbesondere bei den kaukasischstämmigen Gruppen), die infolge des rechtsnationalistisch orientierten Militärputsches von 1980 vorläufig komplett eingestellt werden mussten bzw. zerschlagen wurden.⁴² Die ersten Folgen für organisierte Angehörige ethnisch nichttürkischer Gruppen zeigten sich unmittelbar nach dem Putsch durch die umfangreiche Verbotspolitik des Militärs. Diese umfasste auch ein Verbot nahezu aller sämtlicher Vereine und Aktivitätsformen, die auch nur irgendwelche Ansätze einer ethnokulturell nichttürkischen Komponente aufwiesen. Das betraf auch die turkstämmigen aber stark in das Türkei-Türkentum assimilierten Gruppen, wobei es in diesem Rahmen auch bestimmte Ausnahmen gab. So konnten die Krimtataren von 1980 bis 1984 nach wie vor und durchgängig ihre Geschichts- und Kulturzeitschrift „Emel“ herausgeben. Auch politische, panturkistisch und antikommunistisch ausgerichtete Publikationen bzw. Periodika der Ostturkestaner mit dem primären Ziel der Unterstützung der uigurischen Unabhängigkeitsbewegung konnten i.d.R. weiterhin erscheinen (z.B. *Doğu Türkistan*).⁴³

Durch das Verbot zahlreicher Medien, von dem auch die ethnokulturellen Publikationen betroffen waren, wurde dem medialen Meinungspluralismus, der sich besonders stark in den 1970er Jahren ausprägte und bereits durch die Verfassungsänderung von 1961 begünstigt wurde, vorerst abrupt ein Ende gesetzt.⁴⁴ Daneben wurde konsequenterweise auch die allgemeine Neugründung von Vereinen, Organisationen und Medien grundsätzlich erschwert oder verhindert.

Einen weiteren Meilenstein zur verstärkten gesellschaftlich-politischen Nationalisierung bzw. Türkisierung stellte die neue Verfassung von 1982 dar, durch die die vermeintlichen „Fehler“ der als zu liberal empfundenen Verfassung von 1961 revidiert werden sollten. Der politische Charakter dieser Verfassung wird durch eine intensive ideologische Erhöhung des türkischen Nationalismus prinzipiell dominiert. Verfassung und Nation werden dabei in einen engen Zusammenhang miteinander gebracht, das soziale Wesen des Staatsbürgers wird primär im Kontext des „Nationalen“ verortet und nichttürkischer Ethnizität im Land faktisch das Recht auf Existenz abgesprochen. In diesem Rahmen lässt sich auch zu eine verstärkte Akzentuierung des nationalideologischen Prinzips der türkisch-islamischen Symbiose und somit eine Abschwächung des Laizismus-Prinzips feststellen. Dadurch sollte nach den Vorstellungen des Militärs ideologischen Zerwürfnissen entgegengewirkt und somit eine stärkere politische Stabilität und nationale

⁴¹ Vgl. Özkırımlı / Sofos, op. cit., S. 62.

⁴² Vgl. Çağlar, op. cit., S. 63f.; Gezin, Ulaş Başar, „That Was When I realized I was Georgian!“. Republican and Post-Republican Responses to New Georgian Nationalism (PhD Proposal), 11. Dezember 2007, http://ulas.teori.org/index.php?option=com_content&task=view&id=640&Itemid=44; Giesel (d), op. cit., S. 37; Giesel (e), op. cit., S. 129f.; ZfT, op. cit., S. 109.

⁴³ Vgl. Emel Kırım Vakfi (Hg.), *Emel Dergisi Arşivi*, www.emelvakfi.org/arsiv.asp, abgerufen am 15.04.2016; Shichor, Yitzhak, *Virtual Transnationalism: Uygur Communities In Europe and the Quest for Eastern Turkestan Independence*, in: Allievi, Stefano / Nielsen, Jørgen S. (Hg.), *Muslim Networks and Transnational Communities in and Across Europe*, Leiden / Boston 2003, S. 281- 311, hier S. 296.

⁴⁴ Vgl. Gottschlich, op. cit.

Solidarität gefördert werden. Als ein besonders wichtiges Element der integrativen Türkisierung diente dabei eine neue, auf den alleinigen Gebrauch des Türkischen ausgerichtete Sprachpolitik. Die Sprachregelungen der Verfassung ermöglichen dabei die Grundlagen für eine Gesetzgebung, die sich gezielt gegen nichttürkische Sprach- und Kulturelemente richten kann. Beispielhaft dafür steht das Sprachverbotsgesetz von 1983, das jegliche Meinungsäußerungen in einer nichttürkischen Sprache (mit Ausnahme der Ethnosprachen der anerkannten Minderheiten) untersagt hat und sich in erster Linie gegen das Kurdische richtete. Dieses sprach- und gleichzeitig auch kulturpolitische Paradigma wurde auch im Artikel 6 des Vereinsgesetzes durchgesetzt, der unter anderem die Verwendung gesetzlich verbotener Sprachen im Rahmen aller schriftlicher, mündlicher und audiovisueller Äußerungen und Veranstaltungen von Vereinen untersagt.⁴⁵

Erste neue ethnopolitische Entwicklungen und deren Hintergründe nach dem Ende der Militärdiktatur

Trotz dieser politischen Entwicklungen und Bedingungen unter der rechtsnationalistisch- kemalistischen Militärdiktatur eröffneten sich nach dem Ende dieser bzw. nach den Wahlen von 1983 erste Möglichkeiten einer ethnisch orientierten (Neu-) Organisierung. Diese Gelegenheiten nutzten überwiegend die Gruppen, die bereits vor 1980 organisiert waren und auch auf dementsprechende Strukturen, Erfahrungen und z.T. auch Privilegien zurückgreifen konnten. Einerseits kam in öffentlichen Darstellungen zwar nach wie vor der hohe Stellenwert der streng nationalistischen Türkisierungsideologie bzw. der forcierten ethnopolitischen Gleichschaltung aller türkischen Staatsbürger zum Ausdruck. So wurde z.B. in der bedeutenden türkischen Tageszeitung *Hürriyet* vom 7. Juni 1984 in einem Kommentar betont, dass es in der Türkei keine Lasen, Tscherkessen, Tataren, Aserbaidschaner, Kurden, Armenier und Juden gebe, sondern nur noch auf ihr „Türkentum“ stolze Türken.⁴⁶

Andererseits wurden im selben Jahr neben den Krim-Tataren auch wieder die nordkaukasischen Tscherkessen⁴⁷ und ostturkestanischen Gruppen in Form von Wiederbelebungen oder Gründungen von Kultur- und Solidaritätsvereinigungen sowie der Herausgabe von Periodika (z.B. *Kafdağı* der Nordkaukasier⁴⁸ und *Doğu Türkistan'ın Sesi* [Die Stimme Ostturkestans])⁴⁹ aktiv. Daneben unterhielten ebenso auch die Hemschinli in

⁴⁵Vgl. Andrews / Benninghaus, op. cit., S. 35f.; Cengiz, op. cit., S. 265f.; Hoffmann, op. cit., S. 23-26; Özkırmırlı / Sofos, op. cit., S. 62; Rumpf, Christian, Minderheiten in der Türkei und die Frage nach ihrem rechtlichen Schutz, in: Zeitschrift für Türkeistudien 2/1993, S. 173-209, hier: S. 191f., 204f.

⁴⁶Zitiert in: Benninghaus, Rüdiger (a), Zur Herkunft und Identität der Hemschinli, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989, S. 475-497, hier: S. 476.

⁴⁷Neben den besonders im urbanen Raum traditionell sehr aktiven Tscherkessen, wurden in den 1980er Jahren auch die kleinen Gruppen der Balkaren und Karatschaier aktiv, die z.B. in einem Dorf bei Konya einen eigenen Kulturverein gründeten; vgl. Andrews / Benninghaus, op. cit., S. 90.

⁴⁸Kafdağı befasste sich inhaltlich weitgehend mit geschichtlichen, kulturellen, und kulturgeographischen Aspekten in Bezug auf die nordkaukasischen Gruppen. Regelmäßig wurden dabei auch Ortschaften vorgestellt, die von Nord-Kaukasierern gegründet wurden und/oder überwiegend besiedelt werden.

⁴⁹Diese Vierteljahreszeitschrift der Ostturkestaner, die auf Türkisch, teilweise aber auch auf Uigurisch und Englisch erschien, befasste sich inhaltlich mit den Themenbereichen Geschichte, Sprache und Kultur der Ostturkestaner und informierte über die aktuelle Situation und Vorkommnisse in Ostturkestan sowie über Aktivitäten der Turkestaner in der Türkei. In diesem Kontext wurde auch an die Tradition der panturkistisch orientierten, trans- bzw. internationalen pro-uigurischen Lobbyarbeit angeknüpft, was mit weiteren publizistischen Tätigkeiten einherging. So wurde das 1979 in Istanbul gegründete Journal „Doğu Türkistan“ z.B. von 1987 bis 1994 zu einer Tages-Zeitung ausgeweitet. Zudem wurde in Istanbul von 1988 bis 1995 die Zeitschrift „Türkistan“ herausgegeben.

den 1980er Jahren verschiedene Vereine, z.B. den Kultur- und Entwicklungsverein in Ankara und den Solidar- und Hilfsverein in Istanbul.⁵⁰

Auch wenn Teile der in diese Tätigkeiten involvierten Akteure persönlich ein bestimmtes ethnisches oder subethnisches Eigenbewusstsein und / oder doppelte bzw. multiple Identitäten aufwiesen, konnten diese Aktivitäten anfänglich nur im Rahmen des offiziellen politischen Selbstverständnisses durchgeführt werden, dass es sich bei all diesen Gruppen um türkischstämmige Gruppen handelt. Hierbei waren zunächst gerade auch staatsnahe Akteure aus den Reihen der jeweiligen Gruppen beteiligt, die die türkisch-nationalistische These zur Herkunft ihrer Gruppen offen adaptierten und / oder aktiv unterstützten und die Aktivitäten der Vereine und Periodika im Sinne der Regierung steuerten, kanalisiert und überwachten. Die Auswirkungen der politischen Verfahrensweise der Militärjunta und ihr nahestehender, „ziviler“ Politiker auf gruppeninterne (ethno-)politische Dynamiken und Diskurse bei ethnisch nichttürkischen Gruppierungen zeigten sich in diesem Kontext dabei besonders anschaulich am Beispiel der Tscherkessen. In den 1970er Jahren wurden die gruppeninternen politischen Diskurse innerhalb dieser traditionell ethnokulturell und ethnopolitisch überdurchschnittlich agilen Gruppe noch stark durch die ideologische Kontroverse zwischen den universalistisch und sozialistisch revolutionär ausgerichteten „Devrimci“ (Revolutionäre) und den tscherkessisch-nationalistisch, partikularistisch aber politisch tendenziell eher links ausgerichteten Dönüşçü (Rückkehrer) dominiert. Ein gemeinsamer Nenner beider Gruppen war zwar die Auffassung, dass es sich bei den Tscherkessen in der Türkei um eine nichttürkische Diaspora-Gruppe handelt. Während letztere Gruppe in diesem Rahmen jedoch eine grundsätzliche Rückkehr der Tscherkessen in ihre ursprüngliche Heimat anstrebte, beabsichtigten Erstere einen Verbleib der in der Türkei unter der Bedingung einer revolutionär herbeigeführten Veränderung der dortigen politischen Zustände. Im Rahmen der allgemeinen, verheerenden Bekämpfungsmaßnahmen gegen die politische Linke durch die rechte Militärjunta kam es konsequenterweise auch zur nachhaltigen, politischen Marginalisierung und Ausschaltung der tscherkessischen Gruppe der „Revolutionäre“. Im Gegenzug dazu führten die neuen politischen Verhältnisse zur Dominanz einer politisch rechts, konservativ, proislamisch und antikommunistisch ausgerichteten Fraktion unter den Tscherkessen, die den politischen Weg der Militärjunta und der Zivilregierung ab 1984 unterstützten und die Tscherkessen bzw. Nordkaskasier gemäß der nationalideologischen Vorgaben kollektiv der Kategorie der „Tscherkessen-Türken“ bzw. „nordkaskasischen Türken“ unterordneten. Diese Gruppe wurde zunehmend auch von tscherkessischen Intellektuellen unterstützt, die vor den 1980er Jahren nicht genuin durch eine Nähe zu diesem politischen Spektrum aufgefallen sind. Zwischen dieser Fraktion der (pro-)türkischen Nationalisten und der verbliebenen Gruppe der tscherkessischen Nationalisten aus den Reihen der „Rückkehrer“ (die noch heute in der Türkei aktiv ist) entwickelte sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre allmählich eine neue politische Kontroverse.⁵¹

Eine weiteres, im Rahmen der Untersuchungsthematik relevantes und interessantes Ereignis, das sich noch auf die erste Hälfte der 1980er Jahre datieren lässt, ist die 1984 erfolgte Einführung eines Alphabets der lasischen Sprache auf Grundlage des

⁵⁰Vgl. Benninghaus (a), op. cit., S. 475f.; Shichor, op. cit., S. 289, 296; ZfT, op. cit., S. 7, 50f., 109.

⁵¹ Vgl. Kaya, op. cit., S. 231f., 236.

türkischen Lateinalphabets.⁵² Diese Maßnahme könnte man zwar als eine Art ethnokulturelle Aktivität werten. Dahinter verbirgt sich jedoch auch ein türkisch-nationalistisch motiviertes Interesse, da das neue, „türkisierte“ laisische Alphabet in Konkurrenz zur georgisch-nationalideologischen Prämisse steht, die Lasen dem Georgiertum zuzuweisen und die laisische Sprache in georgischer Schrift darzustellen.⁵³

Die Zunahme ethnokultureller Aktivitäten im Kontext partieller gesellschaftspolitischer Lockerungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre

Im Rahmen dieser Entwicklungen bzw. der oben geschilderten, erneuten Organisationsmöglichkeiten tritt gerade ab Mitte der 1980er Jahre nun in besonderem Maße die paradoxe Ambivalenz aus einer starken politischen und gesellschaftlichen Verankerung des türkischen Nationalismus und den bestehenden Lücken auf, die eine gewisse ethnokulturelle Organisation bestimmter Gruppen ermöglichten. Diese Prozesse vollzogen sich parallel zur Zunahme der öffentlichen zivilgesellschaftlichen und kemalismus kritischen Debatten, der Reformagenda der Regierung Özal und der (damit im Zusammenhang stehenden) allmählichen Zunahme der Thematisierung und Benennung ethnisch nichttürkischer Gruppen der Türkei in den privaten Medien⁵⁴. Hierbei machten sich die allmählich einsetzenden, leichten politischen Liberalisierungen stellenweise auch auf dem ethnopolitischen Sektor bzw. im ethnokulturellen Bereich bemerkbar. Diese neu begonnenen ethnokulturellen Aktivitäten, die ebenso wie vor 1980 einem Wechselspiel aus Duldung und juristischer Verfolgung ausgesetzt waren, nahmen ab Ende der 1980er Jahre weiter zu.

So gründeten Türkei-Georgier 1987 z.B. den *Verein zur gegenseitigen Unterstützung der Auswanderer aus der Batumi-Region* in Izmit und 1988 ein traditionelles kaukasisches Musikensemble. 1989 gründeten die Krim-Tataren in Ankara schließlich einen Dachverband unter der Bezeichnung *Kırım Tatarları Kültür ve Yardımlaşma Derneği* (Kultur- und Unterstützungsverein der Krim-Tataren) um die Zusammenarbeit der insbesondere in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre landesweit vermehrt entstanden Vereine zu koordinieren. Ab 1989 wurde infolge des Zusammenbruchs der SU und der daraus resultierenden Grenzöffnungen sowohl unter den Krim-Tataren und unter den Nordkaukasiern eine Diskussion um die Zukunft ihrer „Diaspora-Gemeinschaften“ neu entfacht bzw. wieder belebt.⁵⁵ Das schlug sich auch in den Aktivitäten ihrer Vereinigungen nieder, die unter anderem eine Unterstützung ihrer nicht ausgewanderten Gruppenangehörigen in der SU (einschließlich der Kontaktsuche zu dortigen Verwandten), eine vermehrte Beschäftigung mit der Kultur und Geschichte der jeweils eigenen Gruppe und Diskussionen bzw. Vorbereitungen zur eigenen Rückkehr beinhalteten. Dadurch wurden neben einem grenzübergreifenden gruppeninternen

⁵² Vgl. Feurstein, Wolfgang, Mingrelisch, Lazisch, Swanisch. Alte Sprachen und Kulturen der Kolchis vor dem baldigen Untergang, in: Hewitt, George (Hg.), *Caucasian Perspectives*, Unterschleissheim b. München 1992, S. 300 und 325f.

⁵³ Zur laisisch-georgisch-türkischen Zugehörigkeitskontroverse vgl. auch Benninghaus, Rüdiger (b), *The Laz: An Example of Multiple Identification*, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, *Ethnic Groups in the Republic of Turkey*, Wiesbaden 1989, S. 497-502; Giesel (e), op. cit., S. 134.

⁵⁴ Vgl. dazu auch den Abschnitt „Innenpolitische und gesellschaftliche Situation und Entwicklungen nach dem Ende der Militärdiktatur unter der Regierung des Ministerpräsidenten Özal“ des vorliegenden Aufsatzes (siehe oben).

⁵⁵ Vgl. dazu auch Giesel (d), op. cit., S. 28.

Austausch allmählich auch verstärkethnicrevival-Prozesse bei den betreffenden Muhacir-Gruppen in der Türkei gefördert.⁵⁶

Das betrifft insbesondere die Tscherkessen, unter denen sich zahlreiche Gruppenangehörige nach wie voreine starke Diaspora-Identität bewahrt haben. In diesem Rahmen wurde ab Ende der 1980er Jahre ein Prozess in Gang gesetzt, der schrittweise zu einer stärkeren Wahrnehmung tscherkessisch-türkischer Unterschiede und infolgedessen zur Annäherung zwischen der Gruppe der tscherkessischen Nationalisten und Teilen der Tscherkessen führte, die sich bis dato zum Prinzip des türkischen Nationalismus bekannten. Für diesen stellten die neuen Entwicklungen und Aktivitäten eine jedoch erneute Herausforderung und Bedrohung dar. Tscherkessische und andere ethnische Organisationen waren demzufolge auch Ende der 1980er Jahre einer starken staatlichen Überwachung ausgesetzt und konnten ihre Positionen, Bedürfnisse und Forderungen vorerst noch nicht in einem größeren öffentlichen Rahmen artikulieren.⁵⁷

Der Aufstieg des kurdischen Nationalismus wirkte sich in diesem Kontext ambivalent auf die Dynamik von ethnicrevival-Prozessen bei anderen ethnisch nichttürkischen Gruppen aus. Einerseits stärkte er den türkischen Nationalismus innerhalb der türkischen Mehrheitsgesellschaft, darunter auch unter vielen Angehörigen ethnisch nichttürkischer Gruppen, die sich als integraler Teil des türkischen Staats- und Gesellschaftswesens verstanden. Bei Teilen der Angehörigen einiger ethnischer Gruppen wie den Tscherkessen förderte er wiederum zusätzlich das ethnische Eigenbewusstsein und die Bereitschaft, in diesem Sinne ethnokulturell und ethnopolitisch aktiver zu werden.⁵⁸

Infolge der militärischen und politischen Eskalation der Kurdenproblematik, blieben den Kurden selbst offene ethnokulturelle Entfaltungs- und Organisationsmöglichkeiten nicht nur grundsätzlich verwehrt, sondern wurden in besonderem Maße unterdrückt.

Im Zuge der seinerzeitigen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen steigerte sich auch bei Angehörigen anderer ethnisch nichttürkischer Gruppen das Bedürfnis nach ethnokultureller Organisation zunehmend. Unter dem Eindruck der politischen Ereignisse und Bedingungen der vorangegangenen Jahre und Jahrzehnte war einerseits die grundsätzliche Furcht vor staatlichen und gesellschaftlichen Sanktionsmaßnahmen sowie erneuten politisch-gesellschaftlichen Rückentwicklungen zu diesem Zeitpunkt jedoch oftmals noch dermaßen hoch, sodass auf offene Aktivitäten verzichtet wurde. In diesem Kontext stellte auch gerade die strenge Sprach- und Vereinsgesetzgebung der 1980er Jahre einen Bremsfaktor dar. Unter dem Eindruck des Kurdenkonflikts scheuten sich andererseits teillassimierte und an begrenzten ethnokulturellen Organisationsformen interessierte Angehörige ethnisch nichttürkischer Gruppen mit einer prokemalistischen, staatsloylen und antikurdischen Haltung vor der Durchführung von Aktivitäten. Zum einen wollten sie keine Prozesse unterstützen, die eine ungewollte Segregation des türkischen Staatswesens potenziell fördern könnten (s.u.), zum anderen befürchteten sie, zu Unrecht unter Separatismus verdacht zu geraten und juristisch dementsprechend belangt zu werden. Um einen Ausgleich zwischen diesen konträren Bedürfnissen zu finden, kam es in der

⁵⁶Vgl. Giesel (e), op. cit., S. 138f.; Kaya, op. cit., S. 226, 230-233; ZfT, op. cit., S. 7, 41f., 48-50, 89f., 101f., 107, 109, 114 sowie die Abschnitte „Globalpolitische Transformationen nach dem Ende des Kalten Krieges und ihre Auswirkungen auf die Türkei“, „Erste neue ethnopolitische Entwicklungen und deren Hintergründe nach dem Ende der Militärdiktatur“ und „Die Tscherkessen als Sonderfall: ethnopolitische Attitüden und Aktivitäten im Kontext der starken Ausprägung einer Diaspora-Identität“ des vorliegenden Aufsatzes.

⁵⁷Kaya, op. cit., S. 232.

⁵⁸Vgl. ebd.

zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder zur vermehrten Gründung von sozialen Vereinigungen, die zwar keinen äußerlich erkennbaren Ethnobezug aufwiesen, im geschlossenen vereinsinternen Rahmen aber auch bewusst ethnokulturelle Aktivitäten nichttürkischer Prägung durchführten.⁵⁹ Diese Neugründungen ähnelten in ihrer Form und Funktion dabei den bereits im ersten Teil der vorliegenden Studie im Abschnitt „Weiterentwicklungen nach dem Militärputsch von 1960 unter dem Einfluss der Verfassung von 1961“ ausführlich beschriebenen, zumeist landsmannschaftlich und heimatorientierten Vereinsformen, die überwiegend bereits in den 1960er und 1970er Jahren gegründet wurden.⁶⁰ Nichtsdestotrotz gab es aber Fälle von Vereinsgründungen unter bisher weitgehend inaktiv gebliebenen Gruppen, die bereits einen indirekten ethnisch nichttürkischen Organisationsbezug aufwiesen, z.B. der 1989 in Istanbul-Bayrampaşa gegründete „Kulturverein der Einwanderer aus Jugoslawien“.⁶¹

Die anerkannten (ethno-)religiösen Minderheiten verfügten zwar über beschränkte, rechtliche Möglichkeiten einer ethnokulturellen Entfaltung, wurden in der Öffentlichkeit jedoch stark marginalisiert und unterdrückt. Von den in den 1980er Jahren initiierten Bemühungen Özals und Sabancıs, religiöse Minderheiten stärker im öffentlichen und politischen Sektor zu platzieren, um den internationalen Ruf der Türkei zu verbessern⁶², profitierte zu diesem Zeitpunkt z.B. die jüdische Gemeinschaft. So nutzte Ende der 1980er Jahre der relativ staatsnahe und partiell kemalistisch und laizistisch orientierte Teil der jüdischen Elite seine Stellung, Einflüsse und die sich darbietenden Möglichkeiten, um mit staatlicher Genehmigung und Unterstützung umfassende öffentliche Projekte, Veranstaltungen und Feierlichkeiten zum fünfhundertsten Jahrestag der Ankunft der ersten Sepharden im Osmanischen Reich im Jahre 1992 durchführen zu können. Was offiziell unter aktiver staatlicher Beteiligung und politischer Instrumentalisierung zur Darlegung eines positiven, toleranten Türkeibildes als rein historisches Ereignis bzw. Teilaspekt der türkisch-osmanischen Geschichte feierlich begangen wurde, wies nichtsdestotrotz einen ethnisch-kulturellen Bezug zu Aspekten nichttürkischen nichtmuslimischen Lebens auf, was bis zu diesem Zeitpunkt in der Türkei eigentlich noch einer weitgehenden politischen Tabuisierung unterlag.⁶³

Die gesteigerte Erosion des kemalistischen Nationalismus prinzipls in den 1990er Jahren

Der allgemeine ethnopolitische Paradigmenwechsel und Entwicklungen in der türkischen Kurdenpolitik ab Anfang der 1990er Jahre

Ab Anfang der 1990er Jahre setzte, mit der Verstärkung von *ethnicrevival*-Prozessen einhergehend, schließlich eine Welle an ethnokulturellen Aktivitäten seitens

⁵⁹ Diese Vereine befanden sich i.d.R. in Siedlungen bzw. Vierteln mit einer hohen Konzentration ethnisch nichttürkischer Gruppen und konnten sowohl auf eine bestimmte ethnische Gruppe als auch auf mehrere ethnische Gruppen, die aus derselben Region (z.B. Balkan, Jugoslawien, Kaukasus etc.) stammten, abzielen.

⁶⁰ Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 29-32.

⁶¹ Vgl. Giesel, Christoph (f), The Bosniaks in Turkey between Assimilation and Ethnic Revival – Developments of Historical, Social and Political Conditions, Experiences and Attitudes since the Migration from the Balkans until Today, in: Kahl, Thede / Nechiți, Ioana (ed.), Ethnic and Linguistic Diversity in Southeast Europe and the Caucasus, Wien 2016.

⁶² Vgl. dazu auch den Abschnitt „Innen- und globalpolitische Hintergründe gesellschaftlich-politischer Transformationen in der Türkei in den 1980er und 1990er Jahren“ des vorliegenden Aufsatzes (siehe oben).

⁶³ Vgl. Benbassa, Esther / Rodrigue, Aron, The Jews of the Balkans: the Judeo-Spanish community. 15th to 20th centuries, Oxford 1995, S. 8; Giesel (b), op. cit., S. 13; Giesel (c), op. cit., S. 45f.; Gülerüyüz, Naim Avigdor, The Turkish Jews. 700 Years of Togetherness, Istanbul, 2009, S. 6; ZfT, op. cit., S. 30.

vieler ethnisch nichttürkischer Gruppen ein, die sich im Verlaufe der 1990er Jahre zunehmend potenzierte und stetig auf weitere Gruppen übergriff. Eine besondere gesellschaftliche, innenpolitische und internationale Aufmerksamkeit galt dabei den Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik nach dem von Özal eingeleiteten Kurswechsel der türkischen Regierungspolitik ab 1991 (s.o.), die sich auch synergetisch auf das *ethnicrevival* und die offene Ethnisierung und Organisierung bei anderen ethnischen Gruppen auswirkte. Während es auf der einen Seite zu zahlreichen neuen Höhepunkten der gegenseitigen militärischen Eskalation und Unterdrückungsmaßnahmen kam, gab es auf der anderen Seite Impulse zur politischen Lösung und Entschärfung des Kurdenkonflikts, die zu weiteren partiellen ethnopolitischen Liberalisierungen führten. Ein besonders bahnbrechendes Ereignis war in diesem Zusammenhang die nach langwierigen Debatten am 12. April 1991 erfolgte Aufhebung des Sprachenverbotsgesetzes von 1983, das trotz einiger juristischer Strafmaßnahmen in der Vergangenheit praktisch kaum umgesetzt werden konnte.⁶⁴ Diese gesetzliche Neuerung kam zwar in erster Linie den Kurden zugute, hatte aber auch eine Relevanz und Signalwirkung für die Akteure anderer ethnisch nichttürkischer Gruppen mit einem Bedürfnis nach öffentlicher ethnospächlicher Entfaltung.

Die Realität der kurdischen Existenz (und somit auch der generellen Existenz nichttürkischer Ethnien im Lande), die offiziell jahrzehntelang verleugnet wurde, wurde nach dem Ende der politischen Ära Özals auch von den türkischen Nachfolgeregierungen und Vertretern der politischen und administrativen Elite weitgehend anerkannt.⁶⁵ Diese Eindrücke und Veränderungen der 1990er Jahre bestätigt z.B. auch der Journalist Peter Scholl-Latour in seinen Erfahrungsberichten:

„Immer wieder frappiert mich das Bemühen meiner Gesprächspartner, die meist den gehobenen Ständen angehören, den völkisch unterschiedlichen Ursprung ihrer Sippen zu betonen. Saadet zum Beispiel unterstreicht bei jeder Gelegenheit, dass seine Vorfahren kaukasische Tscherkessen waren und dass seine Frau reine Tatarin ist. Schon im März 1994 hatte ich im Außen- und Informationsministerium von Ankara zum Kurdenproblem Thesen vernommen, die mit dem klassischen Kemalismus nur noch schwer vereinbar waren. Während Atatürk die zum Nationalismus bekehrte Türkei als eine Art „rocher de bronze“ definierte, als ein in sich geschlossenes Volk aus einem Guss, dessen Ursprünge auf die kriegerischen Hethiter des Altertums zurückgingen, bekannte man sich neuerdings zur ethnischen Vielfalt. „Betrachten Sie doch unsere Familien“, wurde mir oft gesagt, „unsere Großväter und Großmütter sind zu einem wesentlichen Teil aus dem Balkan, dem Kaukasus, von der Krim nach Anatolien eingewandert oder geflüchtet – in dem Maße, wie das Osmanische Reich an allen Ecken abbröckelte. Wir haben errechnet, dass mindestens zehn Prozent der anatolischen Bevölkerung balkanischen Ursprungs sind. Etwa drei Millionen Nachfahren geflüchteter Bosnier leben bei uns. Daneben gibt es Krim-Tataren, Lasen, Tscherkessen, Albaner, Baschkiren und viele andere. Kemal Pascha selbst wurde in Saloniki geboren, und fast unsere gesamte Oberschicht stammt aus diesen verlorenen Paschaliks des früheren Rumelien. Im Lauf der Geschichte haben Hethiter, Griechen, keltische Galater, Römer, Byzantiner, Araber, Mongolen und natürlich Seldschuken und Osmanen in unserem Land Fuß gefasst und ihre Charakterzüge vererbt. Warum

⁶⁴Vgl. Rumpf, op. cit., S. 205.

⁶⁵Vgl. Giesel (a), op. cit., S. 355f.

beanspruchen da ausgerechnet die Kurden eine Sonderstellung, wo doch alle anderen im Schmelztiegel der modernen Türkei aufgegangen sind?⁶⁶

Diese am Zitatende dargelegten Positionen eines nun moderat interpretierten kemalistischen Nationalismus mit nach wie vor stark assimilatorischem Charakter prägten auch weitgehend die Denkweise der türkischen Regierungen in den 1990er Jahren im Rahmen ihres politischen Umgangs mit der Kurdenproblematik. Dementsprechend war die ethnopolitische Situation der Kurden im letzten Jahrzehnt des 20. Jh. aus einem Wechselspiel von politisch-rechtlichen Versprechen und der Gewährung bestimmter ethnokultureller und –politischer Aktivitäten einerseits und Verboten, Einschränkungen, gewaltsamen Verfolgungen sowie der Nichteinhaltung von Zusagen andererseits geprägt. Die antikurdischen Attitüden und Handlungsweisen seitens des Staates (und der Mehrheitsgesellschaft) wurden dabei durch regelmäßige Gewaltausübungen der PKK gefördert und gestärkt.

Anfang der 1990er Jahre setzten einige Entwicklungen ein, die Hoffnungen auf eine politische Beilegung des Kurdenkonflikts schürten. 1991 wurde das Sprachverbot des Kurdischen aufgehoben und die kurdische Realität von der Regierung Özal offen anerkannt. Diese Anerkennung wurde 1992 von der nachfolgenden Koalitionsregierung unter Demirel und İnönü bekräftigt. 1993 verkündete die PKK wiederum einen Verzicht auf staatliche Separation zugunsten einer kurdischen Autonomie auf Grundlage der politischen Voraussetzungen und der territorialen Integrität der Türkischen Republik. Die in diesem Rahmen vorgeschlagene und politisch stark diskutierte Regionalisierung, wurde dabei auch als Instrument einer weiteren Demokratisierung angesehen. Schon ab 1991 konnten auch landesweit verschiedene kurdische ethnokulturelle Vereinigungen und Stiftungen gegründet werden (z.B. das *Kulturzentrum Mesopotamiens* in Istanbul, Izmir, Mersin, Adana und Diyarbakır), die trotz z.T. langwieriger politischer und juristischer Widerstände früher oder später auch staatlich anerkannt und registriert wurden (wie z.B. die 1991 gegründete aber erst 1995 offiziell genehmigte *Stiftung für kurdische Kultur und Forschung*). Der Radius ihrer Tätigkeiten umfasste dabei z.B. die Thematisierung und Erforschung von kurdischer Geschichte, Kultur und Sprache, Durchführung von Kulturveranstaltungen (Musik, Folklore, Tanz, Theater etc.), Herausgabe von Publikationen und Periodika (z.B. *Jiyona Rewşen* und *Zend*) zu kurdischen Themen u.a. Neben der Notwendigkeit der Verwendung des Türkischen im Rahmen der Durchführung dieser Tätigkeiten konnten auch bestimmte ethnosprachliche Aktivitäten zur Untersuchung, Entwicklung und Weiterverbreitung der kurdischen Sprache durchgeführt werden, z.B. die Gründung eines kurdischen Sprachinstituts (1992), die Erstellung und Publikation kurdischsprachiger Schriften (Zeitschriften, Literaturübersetzungen, Wörterbücher u.a.) und Tonträger sowie die Organisierung von sprachwissenschaftlichen Forschungen, Sprachkursen und kurdischsprachigen Kulturveranstaltungen.⁶⁷

Andererseits wurden verschiedene regierungspolitische Initiativen (1992 und 1996) zur Schaffung eines regionalen staatlichen Fernsehprogramms in Kurdisch und Zaza trotz der Akzeptanz durch die meisten politischen Parteien nicht umgesetzt oder die Etablierung einer kurdischsprachigen Privatschule (die 1996 beantragt wurde) und offiziell anerkannter Kurdisch-Sprachkurse abgelehnt. Das führte unter anderem zu jahrelangen Rechtsstreitigkeiten, die im Verlaufe der 1990er Jahren nicht gelöst werden konnten. Ab

⁶⁶ Scholl-Latour, Peter, Allahs Schatten über Atatürk. Die Türkei in der Zerreißprobe, München 2001, S. 102f.

⁶⁷ Vgl. Özkırmılı / Sofos, op. cit., S. 177; Rumpf, op. cit., S. 201; ZfT, op. cit., S. 73, 75f. u.v.a.

1990 kam es auch durchgehend zur Gründung politischer Parteien und Initiativen durch kurdische Aktivisten, die sich gemäß der geltenden Rechtslage jedoch offiziell nicht explizit als ethnische Parteien definierten. Da diese Organisationen sich in ihrem politischen Wirken hauptsächlich auf die Kurdenfrage konzentrierten und oftmals Verbindungen zum militanten kurdischen Widerstand unterhielten, wurden sie i.d.R. letztlich unter dem Verweis auf ihre nichttürkisch ethnozentrische politische Hauptagenda und dem Vorwurf der Unterstützung von Separatismus und Terrorismus wieder verboten. Im Rahmen ihrer ethnopolitischen Ausrichtung wurden jedoch auch allgemeine Forderungen öffentlich artikuliert, die sich nicht nur allein auf die Belange der Kurden bezogen, z.B. nach weiter führenden Demokratisierungsmaßnahmen, der Aufhebung der ethnisch determinierten Definition der türkischen Staatsbürgerschaft durch Änderungen dementsprechender Gesetze und Verfassungsparagraphen (z.B. §66) und der Dezentralisierung der stark zentralistischen Verwaltungsstruktur.⁶⁸

Auch wenn die in den 1980er Jahren eingesetzten und ab 1991 verstärkten ethnopolitischen und demokratischen Transformationsprozess im Verlaufe der 1990er Jahre immer wieder von Rückschlägen begleitet wurden und sich z.T. als schleppend erwiesen, stellten diese eine wichtige Grundlage für weitere politisch-soziale Liberalisierungen in der Türkei dar. So setzten die Geschehnisse weitere umfassende öffentliche und politische Reflexions- und Diskussionsprozesse in Gang. Das führte neben einer weiteren nationalistischen Radikalisierung bestimmter Bevölkerungsteile parallel dazu aber allmählich auch zu einer zunehmenden Wahrnehmung bzw. Sensibilisierung gegenüber der kurdischen Frage im Speziellen und der ethnopolitischen Problematik im Allgemeinen und zu einer partiellen Akzeptanz bestimmter Forderungen nach ethnopolitischen Reformen im Sinne einer stärkeren Demokratisierung der Türkei (s.o.). „Durch die ständige Thematisierung dieser Frage im öffentlichen Diskurs wurde das Tabu, die ethnischen Zugehörigkeiten zu benennen, aufgeweicht und schließlich durchbrochen.“⁶⁹

Kemalistisch-nationalistische protürkische Attitüden und die Bedürfnisse ethnokultureller Entfaltungen bei Angehörigen und Akteuren ethnischer Gruppen im Kontext der kontroversen politischen Weiterentwicklungen in der Kurdenfrage

Die Synergieeffekte der mit der Kurdenproblematik in einem Zusammenhang stehenden Entwicklungen auf die ethnopolitischen Entfaltungsbedürfnisse bei den Angehörigen anderer ethnisch nichttürkischer muslimischer Gruppen gestalteten sich dabei anfänglich sehr ambivalent. Der Kurdenkonflikt spaltete dabei die nichttürkischen ethnischen Gruppen in ihren Ansichten. Zwar aktivierten und ermunterten die veränderten Bedingungen einen Teil von oftmals system- oder kemalismus kritisch eingestellten Personen ethnisch nichttürkischen Hintergrunds (häufig aus dem linkspolitischen Spektrum) zu ersten offenen Aktivitäten, wobei oftmals auch die ethnopolitischen Eingeständnisse gegenüber den Kurden begrüßt wurden. In dieser Hinsicht erweisen sich in erster Linie wieder die Positionierungen bestimmter Aktivisten und Intellektueller aus den Reihen der kaukasischen Gruppen als auffallend, die als ethnokulturelle und –

⁶⁸ Vgl. ZfT, op. cit., S. 73-75. Eine Kontinuität dieser politischen Agenda lässt sich aktuell (in den 2010er Jahren) auch in der Programmatik der HDP feststellen. Diese Partei ist zwar kurdisch dominiert, versteht sich jedoch auch als Sammelbecken für Angehörige verschiedener linker politischer Strömungen und zahlreicher sozialer (und dabei nicht nur ethnischer und religiöser) Minderheiten und richtet sich dementsprechend nicht mehr nur weitgehend einseitig auf die kurdische Frage aus.

⁶⁹ ZfT, op. cit., S. 7.

politische Akteure innerhalb der türkischen Gesellschaft für die damaligen Verhältnisse vergleichsweise offener und konfrontativer agierten als Vertreter anderer Gruppen.

Bei vielen anderen teillassimilierten Angehörigen von sunnitischen, ethnisch nichttürkischen Gruppen mit staatsloyalen und mehr oder weniger intensiven kemalistischen Einstellungen hemmte das erneute, politisch nun teilgestützte *ethnicrovival* der Kurden jedoch vorerst Motivationen und Bedürfnisse nach ethnokulturellen Aktivitäten. Während ein Teil befürchtete, mehrheitsgesellschaftlich mit den Kurden zu Unrecht als eine nach Separation und Terrorismus strebende Minderheit gleichgesetzt und dementsprechend als Staatsfeinde bzw. Landesverräter betrachtet zu werden, vertrat ein anderer Teil genau diese mehrheitsgesellschaftlichen Ressentiments. Sowohl aus Gründen des Selbstschutzes als auch einer ernsthaften, assimilations- und sozialisierungsbedingten kemalistischen, staatsloyalen Überzeugung blieb eine offene Solidarisierung vieler Angehöriger der meisten übrigen ethnischen muslimischen Gruppen der Türkei mit den Kurden daher weitgehend aus. Ebenso wie es auch heute noch feststellbar ist, fühlten sie sich trotz des Bewusstseins über bestehende ethnokultureller Unterschiede zur ethnischen Titularnation der Türken aufgrund ihrer vollständigen Integration in das bzw. Teilhabe am türkischen Staats- und Gesellschaftswesen nicht als soziale Minderheit und sahen sich mit dem kurdischen Angriff auf das türkische Staatswesen auch selbst angegriffen.⁷⁰ Trotzdem bestand jedoch oftmals die innere Zerrissenheit zwischen dem Bedürfnis und der Pflicht zur bedingungslosen Loyalität gegenüber dem Staat und seiner kemalistischen und nationalpolitischen Prämissen bzw. Anforderungen und dem Bewusstsein einer anderen ethnischen Herkunft sowie dem Bedürfnis, sich in dieser Hinsicht auch stärker offen zu entfalten, ohne die persönliche Sicherheit einerseits und die des türkischen Staates andererseits zu gefährden.⁷¹

Daneben gab es auch gerade aus dem Umfeld der staatsnahen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten Personen ethnisch nichttürkischer Herkunft, die trotz ihrer türkischen und kemalistischen Sozialisierung eine besondere nostalgische Einstellung gegenüber ihrer ethnischen Herkunft bewahrt haben und in einem für den türkischen Staat bedenkenlosen Rahmen bescheidene, kanalisierte Formen einer Kulturpflege durchzuführen wünschten. Mit dem Selbstbewusstsein ihrer kemalistischen staatsloyalen Einstellungen und staatstragenden Verdienste nutzten sie ihre Position und Einflüsse, um dementsprechende nichttürkisch ethnokulturelle Organisationsformen zu

⁷⁰ Aber auch innerhalb der heterogenen kurdischen „Großgruppe“ gab und gibt es zahlreiche (teil-) assimilierte Angehörige, die es vorziehen, sich mit der türkischen Gesellschaft und Politik und somit auch mit dem Kemalismus zu arrangieren (vgl. Bruinessen, Martin M. van, *The Ethnic Identity of the Kurds*, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, *Ethnic Groups in the Republic of Turkey*, Wiesbaden 1989, S. 613-621, hier: S. 613, 615f., 619f., 621; Giesel (a), op. cit., S. 362; Giesel (f), op. cit.). Charakteristisch dafür steht die folgende Aussage des ehemaligen Gouverneurs der kurdischen Großstadt Diyarbakır, Aydın Aslan in einem Interview mit dem Journalisten Peter Scholl-Latour im August 1998: „Was bedeutet schon der Anspruch auf eine >Republik Kurdistan<?“ beteuert der Vali. „Ich stamme doch selbst aus dieser Region, und der Ausspruch Atatürks: >Welches Glück wird dem zuteil, der sagen kann, ich bin ein Türke!< war nicht ethnisch gemeint. Das sollte einen Staatsverband umreißen, in dem viele Völker und Rassen nebeneinander leben. Sie können gar keine völkische Trennungslinie mehr zwischen Türken und Kurden ziehen. Zu viele Vermischungen haben stattgefunden, und zahlreiche Kurden werden Sie in den höchsten Staatsämtern finden“ (vgl. Scholl-Latour, op. cit., S. 102).

⁷¹ Das oben erwähnte zweigliedrige Identitätskonzept bzw. die gedankliche Trennung und Hierarchisierung der staatsbürgerlich-nationalen und (sub-)ethnischen Identitätsebene, das einen Ausweg aus diesem psychologischen Dilemma bot, war bei vielen Angehörigen dieser Gruppen aufgrund der jahrzehntelangen nationalideologisch bedingten Politik einer Gleichschaltung von Ethnie und Nation dabei oftmals noch nicht so klar ausgeprägt (vgl. dazu auch Giesel (d), op. cit., S. 4f. (Fußnote 3)).

initiierten, ihre Tätigkeiten offiziell im Sinne eines Dienstes für den türkischen Staat zu deklarieren oder auch auszurichten und eine offizielle Registrierung zu erwirken. Erste Erscheinungen dieses Phänomens prägten sich dabei bereits in den 1980er Jahren heraus (z.B. bei den Bosniaken⁷²). Das traf insbesondere auf Angehörige von Auswanderergruppen zu, die in erster Linie eine staatsbürgerliche türkische Identität und in zweiter Linie eine dem untergeordnete (sub-) ethnische Identität oder ein regional-kulturell ausgerichtetes, nichttürkisches Herkunftsbewusstsein haben.⁷³

Bei der Betrachtung der Aktivitäten und Vereine, die mehr oder weniger einen (sub-)ethnisch-kulturellen Charakter aufweisen, darf schließlich auch nicht außer Acht gelassen werden, dass es in den 1990er Jahren ebenso wie in den Jahrzehnten zuvor unter einigen Gruppen auch Akteure und Organisationen gab, die ihre „kulturelle“ Gemeinschaft als Untergruppe im Kontext eines ethnisch-nationalen Türkentums betrachteten und ihre kulturellen Aktivitäten somit nicht im Rahmen einer grundsätzlichen ethnischen Separierung vom Türkentum verorteten. Hierbei betrachtet sie ihre Aktivitäten als Pflege lokaler oder regionaler, kulturell türkischer Besonderheiten bzw. weisen diesen höchstens einen subethnischen Charakter zu. Das betrifft neben einer Minderheit an stark assimilierten Angehörigen von Gruppen mit einem eindeutig ethnisch nichttürkischen Hintergrund in erster Linie Teile von turkstämmigen Gruppen wie den Krim-Tataren, den turkstämmigen Kaukasusgruppen (z.B. Balkarier, Karatschaier, Kumüken u.a.) oder den Ostturkestanern.

Die Tscherkessen als Sonderfall: ethnopolitische Attitüden und Aktivitäten im Kontext der starken Ausprägung einer Diaspora-Identität

Bereits in den vorangegangenen Ausführungen ist es mehrfach zum Ausdruck gekommen, dass gerade die tscherkessischen Gruppen zwar in (ethno-)politischer und gesellschaftlicher Hinsicht (ebenso wie die anderen ethnischen Gruppen nichttürkischen Hintergrunds) gespalten sind, es jedoch innerhalb von großen Teile innerhalb der tscherkessischen Großgruppe eine starke, teilweise schon seit Jahrzehnten überdurchschnittlich ausgeprägte Tendenz gibt, sich als Diaspora-Gruppe aufzufassen und sich in besonderem Maße für die eigene ethnokulturelle Entfaltung einzusetzen, wobei die damit verbundenen Aktivitäten oftmals auch eine eindeutige ethnopolitische Dimension aufwiesen. Als politischer Akteur spielten die Tscherkessen dabei auch schon ab Ende der 1940er Jahre eine nicht unwesentliche Rolle bei der Unterstützung der Demokratischen Partei (DP) und ihren Nachfolgeparteien in Reaktion auf den rigiden Homogenisierungsnationalismus der damaligen kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP).⁷⁴

In den 1990er Jahren knüpften die ethnopolitischen und ethnokulturellen Aktivitäten tscherkessischer Akteure nahtlos an die Prozesse und Entwicklungen an, die ab Mitte der 1980er Jahre in Gang gesetzt wurden und durch die den Zerfallsprozess der Sowjetunion ab 1989 einen weiteren intensiven Aufschwung erfuhren (s.o.).⁷⁵ Durch die

⁷² Siehe dazu auch Abschnitt „Ethnopolitische Entwicklungen und multiethnische Entfaltungsmöglichkeiten in den 1980er Jahren“ des vorliegenden Aufsatzes (siehe oben).

⁷³ Vgl. Giesel (a), op. cit., S. 358-362; Giesel (e), op. cit., S. 122-124; Giesel (f), op. cit.; siehe auch Giesel (d), op. cit., S. 4f. (Fußnote 3) sowie weiterführende Ausführungen und Quellenbelege des vorliegenden Teilkapitels.

⁷⁴ Vgl. dazu Giesel (d), op. cit., S. 23f.; ZfT, op. cit., S. 107, 112.

⁷⁵ Vgl. dazu die Abschnitte „Globalpolitische Transformationen nach dem Ende des Kalten Krieges und ihre Auswirkungen auf die Türkei“ und „Die Zunahme ethnokultureller Aktivitäten im Kontext partieller gesellschaftspolitischer Lockerungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre“ des vorliegenden Aufsatzes.

Öffnung der Grenzen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde von den Tscherkessen und anderen nordkaukasischen Gruppen (sowie auch von den Krim-Tataren und Georgiern) aus der Türkei und aus dem Nordkaukasus umgehend die Möglichkeit genutzt, regelmäßige, gegenseitige grenzübergreifende Kontakt-, Kommunikations-, Wirtschafts-, Handels-, Finanz-, Transport- Kultur- und anderweitige Austauschbeziehungen aufzunehmen und auszubauen. Diese intensivierten und erweiterten sich in den Folgejahren stetig. Des Weiteren kam es bei den Türkei-Tscherkessen zu einem vermehrten Konsum tscherkessischer audiovisueller, gedruckter und digital-elektronischer Medien aus dem russischen Nordkaukasus. Neben den Möglichkeiten der zumeist partiell assimilierten tscherkessischen Gruppen der Türkei, sich intensiver mit Sprache, Kultur und Geschichte ihrer Ethnie vertraut zu machen und zu pflegen, konnten sie nach oftmals jahrzehntelanger Unterbrechung auch wieder stärkere verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen aufnehmen, was einen ethnischen Sprach- und Kulturimport verstärkte. Hierbei kam es zu häufigen Besuchen der Heimatgebiete ihrer Vorfahren im Nordkaukasus und zum Auf- und Ausbau vielfältiger Partnerschaften und Netzwerke. Des Weiteren kam es seitens der türkischen Tscherkessen bzw. Nordkaukasier zu humanitären, logistischen, finanziellen und religiösen Unterstützungs- und Aufbaumaßnahmen sowie wirtschaftlichen Investitionen im Nordkaukasus. In diesem Zusammenhang befassten sie sich auch mit politischen und sozialen Fragen und Problemen ihrer Gruppenangehörigen im Kaukasus, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den dortigen Kriegen (s.u.).⁷⁶

Die intensiven und facettenreichen Austausch- und Kontaktbeziehungen und ihre Effekte stabilisierten und verstärkten das ethnische Eigenbewusstsein bei den türkischen Staatsbürgern, die ohnehin schon über eine starke tscherkessische Identität verfügten und setzten bei anderen stark- bis teilassimilierten Tscherkessen umfassende ethnicrevival-Prozesse in. Infolgedessen trat auch wieder die Diskussion um die Diaspora-Identität der Tscherkessen stärker und offener zum Vorschein, wobei es hierbei zu einer Stärkung der tscherkessischen Nationalisten und der „Rückkehrer“-Bewegung kam.⁷⁷ Diese Entwicklungen führten auch zu vermehrten Forschungsaktivitäten unter den Tscherkessen, die sich nun verstärkt mit Aspekten der Geschichte, Traditionen, Kulturen, Sprachen, Migrationsprozessen und des Exil- bzw. Diasporaschicksals ihrer Gruppe(n) befassten. Des Weiteren nahm auch die türkische Presse- und Medienberichterstattung über die tscherkessischen Völker, Kulturen und Geschichten stark zu. Dadurch kamen immer mehr die ethnischen Besonderheiten und Unterschiede der Tscherkessen gegenüber den Türken sowohl in der gruppeninternen als auch öffentlichen Wahrnehmung zum Vorschein, die von tscherkessischen ethnokulturellen und ethnopolitischen Akteuren stark akzentuiert und priorisiert wurden. Das stärkte die Gruppenkohäsion bei den Tscherkessen und forderte die Hegemonie des türkischen Mehrheitsnationalismus heraus.⁷⁸

Letztlich ermutigte das neu aufkommende, demokratische politische Klima der 1990er Jahre, die ethnischen Akteure der Tscherkessen bzw. Nordkaukasier, ihre ethnopolitischen Forderungen hervorzubringen, die stellenweise Merkmale

⁷⁶ Vgl. dazu unter anderem Giesel (e), op. cit., S. 138f., 142; Kaya, op. cit., S. 225, 230, 233-235 sowie den Abschnitt „Die Balkan- und Kaukasus-Kriege der 1990er Jahre als katalytischer Faktor eines „ethnicrevival“ bei Auswanderergruppen“ des vorliegenden Aufsatzes.

⁷⁷ Ab 1989 kam es dabei auch zur „Rückkehr“-Bewegungen von Tscherkessen in den russischen Teil des Nordkaukasus, wobei ein Teil dieser Auswanderer im Verlaufe der Jahre wieder in die Türkei zurückkehrte (vgl. Kaya, op. cit., S. 231).

⁷⁸ Kaya, op. cit., S. 232.

nationalistischen und minderheitenpolitischen Charakters aufwiesen. Bestimmte nordkaukasische Organisationen nutzten dabei einen ethnopolitischen-Minderheiten-Diskurs in Gegenreaktion auf den tradierten, formalen türkischen Staatsnationalismus einerseits und den seit den 1980er Jahren „wiederaufkommenden volkstümlichen Nationalismus“ (Kaya) andererseits, der spontan in Opposition zum kurdischen Nationalismus entstand. In diesem Kontext hält Kaya die Stärkung des kurdischen Nationalismus und die neuen Entwicklungen in der Kurdenpolitik im Falle der Tscherkessen (und im Unterschied zu vielen anderen sunnitischen ethnischen Gruppen, s.o.) nicht für einen Bremsfaktor einer ethnischen Massenmobilisierung, sondern für einen katalytischen Faktor, der das Wiederaufkommen eines tscherkessischen Nationalismus sowie ein tscherkessisches Minderheiten- und Diasporabewusstsein gefördert hat.⁷⁹ Daran anknüpfend, bezeichnet Kaya die Tscherkessen auf Grundlage der Ergebnisse einer von ihm selektiv durchgeführten Studie (von einigen Ausnahmen abgesehen) oftmals und insbesondere im Kontext des 20. Jh. nachdrücklich als Minderheitengruppe. Hierbei setzt er sie stellenweise direkt mit Kurden, Aleviten und nichtmuslimischen Minderheiten wie den Armeniern gleich. Die Zuordnung der Tscherkessen zu den Minderheiten, ihre starke Diaspora-Identität und ihren hohen ethnokulturellen und ethnopolitischen Organisationsgrad begründet Kaya unter anderem mit konsequenten, jahrzehntelangen, ethnisch-nationalistisch motivierten Diskriminierungen, Verfolgungen und Unterdrückungen der Tscherkessen durch den türkischen Staat ab 1923 und dem Gefühl vieler Tscherkessen, nicht sehr gut von der türkischen Mehrheitsgesellschaft aufgenommen worden zu sein. Daher würden sie sich Kayas Erfahrungen zufolge auch zum Zeitpunkt des Wechsels vom 20. zum 21. Jh. mehrheitlich immer noch als expatrierte Gäste in der Türkei fühlen und eine starke Orientierung zu ihrem Heimatland aufweisen, wobei Letzteres wiederum auch durch die ethnicrevival- Prozesse der 1980er und 1990er Jahre, das Ende des internationalen Blocksystems und die Globalisierung gefördert wurde.⁸⁰

Im Rahmen der Betrachtungen der tscherkessischen Großgruppe erweist es sich – trotz der partiellen Relevanz der Ergebnisse von Kaya – jedoch als zu einseitig und pauschal, diese kollektiv als Minderheiten- und Diaspora-Gruppe darzustellen. Auch wenn eine derartige Wahrnehmung von den Tscherkessen das öffentliche Bewusstsein aufgrund des politischen Marketings der oben erwähnten Akteure dominierte und es zu einer Stärkung dieser Fraktion und ihrer Positionen unter den Tscherkessen in den 1990er Jahren kam, war und ist diese Gruppe wesentlich heterogener beschaffen. Das betrifft nicht nur die zahlreichen kulturellen, regionalen und (sub-)ethnischen Gruppen, die dem Tscherkessentum in der Türkei oftmals zugewiesen werden. Auch im Hinblick auf politische und gesellschaftliche Attitüden ist die Großgruppe der Tscherkessen gespalten und deckt hierbei das nahezu gesamte politische Spektrum in der Türkei ab (neben verschiedenen linksorientierten Fraktionen gibt es des Weiteren auch größere Gruppen an kemalistisch, islam(ist)isch-konservativ, nationalistisch-rechtskonservativ u.a. eingestellten Tscherkessen). Hierbei spielt unter anderem der Faktor der türkischen Assimilation eine sehr wichtige Rolle, die sich auch auf die politisch-soziale Ausdifferenzierung der Gruppe

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 232-236.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 221-232. Für die 2000er Jahre stellt Kaya letztlich das Aufkommen einer „postmodernen Identitätspolitik“ unter den Tscherkessen bzw. den Ersatz der (tscherkessischen) „Minderheitenpolitik“ durch die Akzentuierung einer „modernen Diaspora-Identität“ fest, wodurch sich die Opposition zwischen ihnen und dem türkischen Staat weitgehend aufgehoben hätte. Die Gründe führt er unter anderem auf die Entstehung starker transnationaler tscherkessischer Diaspora-Netzwerke infolge der Globalisierung und die sozialen sowie politischen Liberalisierungsentwicklungen in der Türkei zurück (vgl. ebd., S. 233, 236f.).

auswirkte und zu Formen von multiplen, doppelten, wechselnden und schwankenden Identitäten, zur Abschwächung tscherkessischer Identitäten und zum partiellen bis vollständigen Verlust von ethnokulturellen Merkmalen bei tscherkessisch-stämmigen Gruppenangehörigen führte, was wiederum auch schon vor den 1980er Jahren bei den Tscherkessen und anderen ethnischen Gruppen feststellbar war. Für zahlreiche Tscherkessen hat die nationale-staatsbürgerliche türkische Identität oftmals Vorrang vor einer ethnischen oder nur noch subethnischen Identität. Aufgrund der erfolgreichen sozialen und politischen Integration vieler Tscherkessen in die türkische Gesellschaft empfinden sich diese Gruppenangehörigen trotz des Bewusstseins über ihre ethnischen Besonderheiten nicht (oder kaum noch) als Angehörige einer Minderheit und / oder Diaspora-Gruppe, hegen loyale Einstellungen gegenüber dem türkischen Staats- und Gesellschaftswesen und empfinden mittlerweile die Türkei als ihre alleinige Heimat.⁸¹

Allgemeine Entwicklung und Facetten des ethnokulturellen Vereinswesens in der Türkei in den 1990er Jahren

Im Kontext der neuen ethnopolitischen Entwicklungen in der Türkei kam es schließlich seit Anfang der 1990er Jahre in zahlreichen türkischen Städten und Dörfern auch aus den Reihen muslimischer ethnischer Gruppen nichtkurdischen und nichttürkischen Hintergrunds zu ethnokulturellen Aktivitäten und Gründungen dementsprechend ausgerichteter Vereine und Initiativen. Diese konnten sowohl einen offenen ethnischen Bezug aufweisen, als auch (wie schon im Falle vieler Vereinsgründungen in den Jahrzehnten zuvor) in Form von regional markierten und landsmannschaftlichen Organisationen oder von äußerlich nicht explizit ethnisch oder regional bezeichneten Vereinigungen in Erscheinung treten.⁸² Unter den beiden zuletzt genannten Voraussetzungen erwies es sich dabei auch in den 1990er Jahren oftmals als leichter, eine staatliche Anerkennung und Registrierung als Verein (*dernek*) zu erwirken. In diesem Zusammenhang wurden Vereinigungen, die nicht nur genuin auf ethnokulturelle Aktivitäten fokussiert waren, sondern teilweise oder ausschließlich als Solidaritäts-, Unterstützungs- und Fördervereine (z.B. auf dem Sektor der Wohlfahrt, regionalen Wirtschafts- und Entwicklungsförderung, humanitären Hilfe u.a.) agierten, als gemeinnützig anerkannt und konnten sogar verstärkt staatliche Fördermittel in Anspruch nehmen.⁸³ Daneben kam es auch zu vermehrten Gründungen von Stiftungen (*vakfi*) gemäß türkischem Stiftungsrecht.

Während unter zahlreichen Gruppen (z.B. zwischen 1991 und 1996 Lasen, Abchasen, Tschetschenen, Hemschinli, Bosniaken, Albaner, Torbeschen, Pomaken u.a.) erstmalig offene Vereins- und Stiftungsgründungen durchgeführt wurden, die oftmals auch mit der Herausgabe von z.T. nur kurzlebigen Periodika einhergingen, kam es bei bereits seit den 1980er Jahren organisierten Gruppen landesweit zu einem weiteren Ausbau der

⁸¹ Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 4f. und den Abschnitt „Der Dualismus aus förderlichen und hinderlichen Gegebenheiten und Faktoren im Zuge der ethnopolitischen Liberalisierungsprozesse in den 1990er Jahren“ des vorliegenden Aufsatzes.

⁸² Vgl. ebd. sowie den Abschnitt „Ethnopolitische Entwicklungen und multiethnische Entfaltungsmöglichkeiten in den 1980er Jahren“ des vorliegenden Textes.

⁸³ Ein Beispiel dafür ist die Stiftung zur Unterstützung der Bewohner der östlichen Schwarzmeerküste, die in ihrer Bezeichnung zwar keinen ethnischen Bezug aufweist, sich jedoch hauptsächlich auf die Lasen als Referenzgruppe bezieht und sowohl ethnokulturelle Aktivitäten als auch Maßnahmen zur regionalen Wirtschaftsförderung betreibt. Des Weiteren gab es z.B. unter den Lasen auch wiederum ethnisch neutral markierte Vereinsformen, die sich primär dem Glücksspiel oder Sportaktivitäten widmeten (vgl. ZfT, op. cit., S. 92f.).

Vereinsstruktur. So wurden aus den Reihen der Krimtataren bis 1998 20 als gemeinnützig anerkannte Vereine gegründet⁸⁴, von denen 16 im seit 1989 agierenden Dachverband organisiert waren. Im selben Zeitraum bildeten sich zudem mehr als 50 Vereinigungen der Kaukasier heraus, von denen bis 1998 23 Vereine dem Dachverband *Kafkas Derneği* mit Sitz in Ankara angeschlossen waren. Während diese 1993 gegründete, tscherkessisch dominierte Großorganisation einen primär ethnokulturellen sowie auch ethnopolitischen Charakter aufwies, sich besonders um eine Förderung tscherkessischer Identitäten bemühte und als politische und soziale Interessenvertreter der nordkaukasischen bzw. tscherkessischen „Diaspora“-Gruppen in der Türkei agierte (s.o.), waren die 1995 gegründeten Organisationen *Kafkas Vakfı* und *Birleşik Kafkasya Derneği* in erster Linie proislamisch orientiert und unterstützten die Idee der Schaffung einer islamischen Konföderation im nördlichen Kaukasus.⁸⁵

Ebenso, wenn auch nicht in diesem quantitativen Umfang, verstärkten auch die turkestanischen Gruppen ihre Aktivitäten. So war in den 1990er Jahren in Istanbul neben der „Stiftung der kasachischen Türken“ (Kazak Türkleri Vakfı) z.B. auch ein religiös orientierter kasachischer Koran-Verein aktiv, der sich in seiner Namensgebung auf den bedeutenden islamischen Mystiker Ahmet Yesevi bezieht. Kasachisch-turkestanische Hilfs-, Solidaritäts- und Kulturvereine wurden zudem auch in anderen Landesteilen der Türkei (z.B. in der Region Izmir) gegründet. Des Weiteren engagierten sich viele kasachisch stämmige Aktivisten ebenso wie in den Jahrzehnten zuvor auch in uigurisch dominierten Vereinen. Der regionale Hauptschwerpunkt der uigurischen Aktivitäten konzentrierte sich dabei nach wie vor auf Istanbul, wo 1998 insgesamt drei Vereine aktiv waren (darunter als wichtigster Akteur die 1984 gegründete „Ostturkestan-Stiftung“ mit ihrer Zeitschrift „Stimme Ostturkestans“), die sich für die Belange der Ostturkestaner bzw. Uiguren auf nationaler aber auch globaler Ebene einsetzten. Daneben existierte zu diesem Zeitpunkt z.B. auch ein ostturkestanischer Kultur- und Solidaritätsverein in Kayseri, der ab 1994 die Zeitschrift „Gök Bayrak“ (Himmelsfahne) herausgab.⁸⁶ Istanbul hat sich bis zu den 1990er Jahren auch in internationaler Hinsicht endgültig zum Hauptzentrum der transnationalen Aktivitäten uigurischer Exilbewegungen entwickelt. Ein repräsentatives Beispiel dafür ist die dortige Gründung der international ausgerichteten Netzwerkorganisation „Nationales Zentrum Ostturkestan“ (Doğu Türkistan Milli Merkezi), die unter anderem als Reaktion auf die schweren Unruhen und Übergriffe in Nordwestchina im Jahre 1997 und unter maßgeblicher Initiative der drei Istanbulere Vereine entstanden ist. Die Aktivitäten dieser Organisation stehen dabei in ihren Tätigkeitsbereichen und Zielsetzungen in der Tradition der seit den 1950er Jahren in der Türkei durchgehend bestehenden, national und international ausgerichteten, politischen uigurischen Lobbyarbeit.⁸⁷

⁸⁴ Diese befanden sich seinerzeit mehrheitlich in Städten Nordwestanatoliens einschließlich Istanbul, daneben weiter zerstreut in einigen Städten Zentralanatoliens und in Izmir.

⁸⁵ Vgl. dazu auch den Abschnitt „Die Balkan- und Kaukasus-Kriege der 1990er Jahre als katalytischer Faktor eines „ethnicrevival“ bei Auswanderergruppen“.

⁸⁶ Weitere Periodika, die in den 1990er Jahren gegründet wurden, jedoch eine stärkere (außen-)politische, uigurisch-nationalistische Ausrichtung aufwiesen, waren z.B. die 1993 in Ankara gegründete Zeitschrift „Für die Unabhängigkeit Ostturkestans“ und die ab dem selben Jahr regelmäßig in Istanbul erschienene, sechsseitige, uigurischsprachige Zeitung „Doğu Türkistan Yashlari“ (Die Jugend Ostturkestans). Diese richtete sich mit ihren informativ und patriotisch ausgerichteten Inhalten besonders an Uiguren, die ab Anfang der 1990er Jahre aus Nordwestchina geflohen sind und nur auf Uigurisch lesen konnten.

⁸⁷ Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 26-28, 34, 37; Giesel (e), op. cit., S. 132-139; Giesel (f), op. cit.; Shichor, op. cit., S. 296f.; Kaya, op. cit., S. 235; ZfT, op. cit., S. 4, 41f., 48-51, 84, 91-93, 99-102, 109-111 und Abschnitt

Neben der Einzelorganisation von ethnischen Gruppen gab es Anfang der 1990er Jahre auch zahlreiche multiethnisch regional kohäsiv ausgerichtete (Balkan-, Kaukasus- und Ostturkestan-) Vereine (zumeist) von Auswanderergruppen, aus denen sich jedoch zunehmend einzelne ethnische Gruppen bzw. Gruppenakteure lösten, und sich eigenständig organisierten. Unter den Ostturkestanern betrifft das z.B. Teile der Uiguren und Kasachen und unter den Nordkaukasiern z.B. Abchasen und die turksprachigen Balkaro-Karatschaier. Ein Wechselspiel aus herkunftsregional fokussierter, ethnisch übergreifender Organisation und ethnischer Einzelseparierung lässt sich auch bei den balkanstämmigen ethnischen Gruppen beobachten. Neben bosniakischen, albanischen, pomakischen und balkantürkischen Vereinigungen sind auch gesamtbalcanische Organisationen aktiv.⁸⁸ Trotz der Tendenz ethnisch orientierter Einzelabspaltungen, gibt es (insbesondere bei den Nordkaukasiern) nach wie vor Bemühungen, die Aktivitäten verschiedener ethnischer Gruppen mit gemeinsamer regionaler Herkunft im Rahmen eines gemeinsamen Vereines durchzuführen und Spaltungen entgegenzuwirken. In diesem Rahmen kam es stellenweise sogar zu einer Zusammenarbeit zwischen den kartwelstämmigen Georgiern und Lasen⁸⁹

Das Bedürfnis und der Grad ethnischer Organisation differierten bei den einzelnen ethnischen Gruppen auch in den 1990er Jahren stark. Während einige Gruppen auf eine Selbstorganisation weitgehend verzichteten und Vertreter anderer ethnischer Gemeinschaften sich nur zurückhaltend organisierten (z.B. Bosniaken oder Torbeschen, gab es unter anderen Gruppen wiederum sehr rege und umfassende ethnokulturelle Aktivitäten. In vereinzelt Fällen kam es dabei auch zu ethnopolitischen Aktivitäten, z.B. bei den Georgiern und insbesondere bei den Tscherkessen. Aus den Reihen der Georgier aber auch anderer ethnischer Gruppen wurden zudem (ebenso wie im oben beschriebenen

„Ethnopolitische Entwicklungen und multiethnische Entfaltungsmöglichkeiten in den 1980er Jahren“ des vorliegenden Textes.

⁸⁸ Im Rahmen der Einzelorganisation können bei einigen Balkan-Gruppen strukturell-herkunftsgeographische Unterschiede auftreten. Während sich die Bosniaken unabhängig von ihrer ursprünglichen regionalen bzw. lokalen Herkunft einheitlich organisieren, orientieren sich die Vereine der slawischsprachigen mazedonischen Muslime bzw. Torbeschen an ihrer jeweiligen ursprünglichen lokalen Herkunftsregion oder -stadt. Das führt in Istanbul unter anderem dazu, dass im selben Wohnumfeld (z.B. in Bayrampaşa), wo nur ein bosniakischer Verein vertreten ist, mehrere kleine soziale Vereine von Torbeschen aktiv sind. Im Falle der Torbeschen prägte sich in der Türkei auch eine enge organisatorische Anbindung an die Balkan-Türken, daneben sekundär aber auch an die Albaner aus Mazedonien heraus. Das ist wechselweise auf soziale, politische, assimilatorische und historische Gründe zurückzuführen. Viele Torbeschen verfüg(t)en über ein relativ ungefestigtes ethnisches Eigenbewusstsein mit diffusen Grenzen gegenüber dem Albanertum und Türkentum. Aufgrund ihrer islamischen Religionszugehörigkeit wurden sie auf dem Balkan (ebenso wie andere muslimische Gruppen) von der christlichen Bevölkerung oftmals ohnehin pejorativ als Türken bezeichnet. Bei den Vereinen in der Türkei, in denen Torbeschen und Mazedonien-Türken gemeinsam organisiert sind, handelt es sich zumeist um „Türkisch-mazedonische Freundschaftsvereine“, in denen primär die Herkunftsidentität akzentuiert wird. Dort tendieren viele Torbeschen nicht nur aufgrund der türkischen Assimilationsprozesse dazu, sich ethnisch mit dem Türkentum zu identifizieren, sondern auch aufgrund der negativen Konnotation des Begriffes „Torbeş“ unter den Balkanwanderern. Bei den Balkantürken handelt es sich in ethnischer Hinsicht zwar um Türken, unter den nichttürkischen Balkangruppen wird in kultureller Hinsicht jedoch oftmals klar zwischen den Balkan-Türken und den „Anatolien-Türken“ unterschieden. Im Rahmen dieser Differenzierung wird den Balkan-Türken dabei z.T. schon nahezu ein subethnischer Charakter zugeschrieben und ihre stärkere Nähe zu bzw. Symbiose mit den anderen Balkanethnien betont.

⁸⁹ Vgl. Giesel (f), op. cit.; ZfT, op. cit., S. 48f.; 84, 102; 109f.

Falle der Tscherkessen bzw. Nordkaukasier) auch zunehmend Organisationen gegründet, die primär oder ausschließlich auf religiös-islamische Tätigkeiten abzielten.⁹⁰

Die einzelnen Zielsetzungen und Aktivitäten variierten letztlich von Verein zu Verein je nach ethnischer Gruppe, den verschiedenen Motivationen und Interessen der Akteure sowie der jeweiligen politischen Situation und regionalen Lage. In ihrer Gesamtheit betrachtet, gestalteten sich die Tätigkeitsbereiche sehr facettenreich und ähnelten, von ethnopolitischen Maßnahmen weitgehend abgesehen, grundlegend den Aktivitäten der kurdischen Vereine. Die meisten Vereinigungen konnten in den 1990er Jahren anfänglich i.d.R. nur wenige aktive Mitglieder aufweisen, wobei ihre Tätigkeiten, von denen das Gros ihrer potenziellen Adressaten oftmals noch nicht erfasst wurde, sich hauptsächlich auf die Durchführung von Kulturveranstaltungen mit zumeist sprachlicher, musikalischer und folkloristischer Ausrichtung konzentrierte.⁹¹ Die Aktivitäten entfalteten im Verlaufe der 1990er Jahre jedoch schrittweise eine größere Breitenwirkung, die oftmals erst im 21. Jh. einen Höhepunkt fand.⁹²

Ethnokulturelle Publikationen und ethnosprachliche Aktivitäten

Bei Publikations- und ethnosprachlichen Tätigkeiten handelte es sich um besonders wichtige ethnokulturelle Aktivitäten, die aufgrund ihrer (potenziellen) ethnopolitischen bzw. nationalistisch-staatsdogmatischen Brisanz dementsprechend aufmerksam vom türkischen Staat beobachtet und kanalisiert wurden. Neben der Erstellung von Broschüren und Büchern, die im z.B. Falle der Tscherkessen sogar über einen Anfang der 1990er Jahre eigens dafür gegründeten Verlag (Nart) vertrieben wurden⁹³, konzentrierte sich der Kern publizistischer Tätigkeiten auf die Herausgabe von Periodika. Diese befassten sich überwiegend mit Sprache, Geschichte, Kultur, Kulturgeographie und ethnokulturellen Aktivitäten der jeweiligen Gruppen sowie im Falle von Migranten gruppen auch mit Nachrichten aus ihren ursprünglichen Heimatgebieten. Hierbei waren besonders die nordkaukasischen Vereine aktiv, die ab den 1990er Jahren zahlreiche neue Zeitschriften herausgaben, z.B. *Kaf Der Bülden* (Bulletin des Kaukasus-Vereins bzw. Dachverbands), *Özgür Kafkasya* (Freies Kaukasien), *Yedi Yıldız* (Sieben Sterne) u.a. Während sich einige ethnokulturelle Periodika (mit z.T. zeitlichen Unterbrechungen) langfristig bis dauerhaft behaupten konnten (z.B. *Emel* der Krim-Tataren ab 1960, *Kafdağı* der Nordkaukasier und die *Stimme Ostturkestans* ab 1984, *Çveneburi* der Georgier ab 1993 u.a.), konnten andere Zeitschriftenprojekte (oftmals aus finanziellen Gründen) nur phasenweise durchgeführt werden (z.B. *Ogni* der Lasen von

⁹⁰ Vgl. Gezgin, op. cit.; Giesel (e), op. cit., S. 132-139; ZfT, op. cit., S. 99-102. Die Aktivitäten der islamisch ausgerichteten Vereine der Georgier konzentrierten sich dabei hauptsächlich auf die Unterstützung der Muslime im georgischen Adscharien in religiösen Angelegenheiten. Diese Tätigkeiten wurden z.B. aktiv vom staatlichen Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyamet) und dem türkischen Konsulat im georgischen Batumi unterstützt (vgl. Balcı, Bayram, Gibt es Platz für den Islam im christlichen Georgien von Michail Saaakaschwili?, 30.8.2005 (Veröffentlichung), www.caucas.com/home_de/breve_contenu.php?id=71; Giesel (e), op. cit., S. 136f.; ZfT, op. cit., S. 102).

⁹¹ Das trifft selbst auf die Georgier zu, deren Akteure ein sehr breites Spektrum an grundsätzlichen ethnokulturellen Tätigkeiten abdeckten und von Ende der 1980er Jahre bis 1998 landesweit insgesamt 10 Vereine (z.B. in Istanbul, Izmit, Inegöl, Bursa und Ankara) gründeten.

⁹² Vgl. z.B. Giesel (e), op. cit., S. 132-149; Giesel (f), op. cit.; ZfT, op. cit., S. 4, 48f., 73-76, 101f.

⁹³ Kaya zufolge spiegelt sich in dieser Besonderheit die stark ausgeprägte Diaspora-Identität bei den tscherkessischen Gruppen wider (vgl. Kaya, op. cit., S. 225).

1993 bis 1994; *Bülten* der Bosniaken von 1996 bis 1999, Mamuli der Georgier von 1997 bis 1998 u.v.a.).⁹⁴

Dass die Zeitschriften fast ausschließlich auf Türkisch erscheinen und in einigen Fällen höchsten ethnospächliche Fragmente aufwiesen, hat folgende, varierende Ursachen: 1.) der starke assimilationsbedingte Verlust der Ethnosprache oder nicht vorhandene schriftsprachliche Kompetenzen bei Sprechern, 2.) die Erfahrungen und Bedenken hinsichtlich staatlicher Sanktionen bzw. Unterdrückungen, 3.) die Absicht, mit den Inhalten ein breites türkischsprachiges Spektrum außerhalb der eigenen Gruppe zu erreichen und 4.) die bewusste Distanz zu kurdischen Aktivisten und ihren umfangreichen sprachpolitischen Forderungen u.a. Die Aspekte unter 1.) und 3.) führten neben anderen Gründen ab 1994 (bis heute) auch zur Etablierung der türkischsprachigen, politischen Wochenzeitschrift *Agos* durch armenische Aktivisten, was auch eine Reaktion auf die neuen, sich langsam veränderten Bedingungen für ethnisch nichttürkische Gruppen darstellte.⁹⁵

Trotz der komplizierten und widersprüchlichen Situation im Hinblick auf öffentliche ethnospächliche Entfaltungsmöglichkeiten ließ sich auch in diesem Bereich bei einigen Gruppen eine Reihe an umfangreichen Tätigkeiten feststellen, z.B. bei Tscherkessen, Georgiern, Lasen u.a. Diese gestalteten sich, wenn auch nicht in der vergleichbaren Intensität, ähnlich wie bei den Kurden. Bei den Kasachen und Uiguren fand eine ethnospächliche Weitervermittlung sehr stark im privaten aber auch im organisatorischen Rahmen statt.⁹⁶

Die Balkan- und Kaukasus-Kriege der 1990er Jahre als katalytischer Faktor eines „ethnicrevival“ bei Auswanderergruppen

Im Rahmen des Zusammenbruchs des internationalen Blocksystems nach dem Ende des Kalten Krieges und der ethnopolitischen Liberalisierungen in der Türkei wirkten sich mehrere bewaffnete Konflikte ethnisch-religiöser Dimension in Ex-Jugoslawien und der ehemaligen SU förderlich auf *ethnicrevival*-Prozesse bei einigen Gruppen in der Türkei aus.⁹⁷ Das betrifft die Auswanderergruppen der Abchasen, Tschetschenen, Bosniaken und Albaner, deren in ihren ursprünglichen Heimatgebieten verbliebene Gruppenangehörige von diesen Kriegen zwischen 1992 und 1999 direkt betroffen waren. Infolge dieser Konflikte ist dabei das regionale und ethnische Herkunftsbewusstsein bei den in der Türkei

⁹⁴ Vgl. unter anderem: Giesel (e), op. cit., S. 135; Emel Kırım Vakfi, op. cit.; Giesel (f), op. cit.; ZfT, op. cit., S. 7, 41, 50, 92, 97, 99, 101, 109-111 u.v.a.

⁹⁵ Vgl. Dink, Hrant / Cumhuriyet Hafta, Ermenilerin Yeni Haftalık Gazetesi: Agos, in: Cumhuriyet Hafta Nr. 16 vom 12.04.1994, S. 20.

Hierbei handelte es um eine ethnokulturelle und politische Aktivität durch Vertreter einer anerkannten, aber weitgehend diskriminierten und öffentlich stigmatisierten nichtmuslimischen Minderheitengruppe, die bewusst im öffentlichen Bereich eingebettet wurde. Diese Gruppen verfügten im Gegensatz zu den muslimischen Gruppen zwar seit den 1920er Jahren grundsätzlich über rechtlich manifestierte, praktisch jedoch begrenzte ethnokulturelle Entfaltungsmöglichkeiten. Demzufolge bestanden bereits armenisch- und türkischsprachige Zeitungen und Zeitschriften. Diese zielten jedoch ausschließlich auf die gruppeninterne Sphäre ab.

⁹⁶ Vgl. z.B. Akin, Aydın, Megreller ve Lazlar Özdes mi, Benzer mi?, in: Çvneburu 29 (1998), S. 2-3; Çiloğlu, Fahrettin / Özkalkan, Rüya, Deda Ena. Gürcüce Okuma-Yazma Kitabı. Istanbul, 1995; Gezgin, op. cit.; Giesel (e), op. cit., S. 132-138; Halvaşı, Pridon, Bana mı Öğretiyorlar Acaralıların Kim Olduğunu?!, in: Çvneburu 19-21 (1993), S. 3-5; hier S. 3, ZfT, op. cit., S. 45, 47f., 50, 53, 73, 75f., 91f., 99, 101, 113f. u.v.a.

⁹⁷ Im Falle des Zusammenbruchs der ehemaligen Sowjetunion vgl. hierzu auch den Abschnitt „Die Tscherkessen als Sonderfall: ethnopolitische Attitüden und Aktivitäten im Kontext der starken Ausprägung einer Diaspora-Identität“.

partiell bis stark assimilierten Gruppen wieder stärker aktiviert worden. In diesem Rahmen bemühten sich viele Gruppenangehörige auch, Verwandte auf dem Balkan und im Kaukasusausfindig zu machen. Zur Organisierung finanzieller, humanitärer, logistischer und auch militärischer Unterstützungsmaßnahmen einschließlich der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen und Verletzten kam es zur Gründung von zahlreichen als gemeinnützig anerkannten Solidaritäts- und Hilfsvereinen.⁹⁸ Ein weiteres wichtiges Anliegen bzw. Tätigkeitsfeld dieser Organisationen war die (letztlich erfolgreiche) Mobilisierung einer breiten öffentlichen Solidarisierung und Unterstützung für ihre Referenzgruppen in den Kriegsgebieten durch Politik und Gesellschaft in der Türkei. Im Rahmen der Vereinstätigkeiten wurden dabei zudem Periodika veröffentlicht, die hauptsächlich über die Hilfsaktivitäten und die Situation in den nordkaukasischen Kriegsgebieten unter dem Einbezug historisch-politischer Abhandlungen informierten, z.B. die 1993 gegründete Zeitschrift „Alaşara“ der Türkei-Abchasen sowie die türkisch-tschechischen Periodika *Çeçenistan* aus Sivas (ab 1996; zweimonatlich) und *Marşo* aus Ankara (monatlich). Ähnliche Unterstützungstätigkeiten, die jedoch nicht in einen aktuellen, kriegerischen Kontext eingebettet waren, unternahmen zudem die Krim-Tataren. Deren in der ehemaligen Sowjetunion verbliebenen, kollektiv nach Zentralasien zwangsdeportierten Gruppenangehörigen hatten nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Staatenbundes unter sehr schwierigen Bedingungen wieder die Möglichkeit, in ihre ursprünglichen Heimatgebiete auf der damals unter ukrainischer Verwaltung stehenden Halbinsel Krim zurückzukehren. In diesem Rahmen bemühten sich die Krim-Tataren der Türkei um eine vielfältige (zumeist politische, materielle und logistische) Unterstützung der Rückkehrbewegung.

Die dadurch zusätzlich geförderte panislamische (und auch panturkistische) Solidarität innerhalb der türkischen Gesellschaft und die Zunehmende öffentliche Verbreitung von Informationen zu diesen Gruppen beschleunigte die weitere Wahrnehmung und Akzeptanz dieser (und anderer nichttürkisch ethnischer) Gemeinschaften, die infolge ihres ethnischen Mimikry zuvor öffentlich kaum wahrgenommen wurden. In diesem Zusammenhang steigerten sich innerhalb der muslimischen Mehrheitsgesellschaft oftmals auch Neugier und Sympathie gegenüber den betroffenen Gruppen, was teilweise mit Erscheinungen einer positiven Diskriminierung einherging. Das wirkte sich auch unter dem Eindruck der parallel dazu ohnehin verlaufenden ethnopolitischen Liberalisierungen wiederum förderlich auf weitere ethnokulturelle Organisationsmöglichkeiten aus. Im Zuge der (z.T. nur vorläufigen) Beendigungen der jeweiligen Konflikte bzw. der dadurch erfolgten Drosselung der Hilfstätigkeiten konnten die gemeinnützigen Organisationen, die sich neben ihren karitativen Tätigkeiten allmählich auch schon zu Plattformen ethnokultureller Aktivitäten entwickelten, oftmals als staatlich anerkannte Kulturvereine weiter agieren.⁹⁹

Die Reflexion der multiethnischen Vielfalt durch Medien und Wissenschaft in der Türkei

Die im Zuge der veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen verstärkte öffentliche Präsenz von ethnisch nichttürkischen Gruppen erwirkte schrittweise eine breitere Wahrnehmung, Thematisierung und Interessensteigerung im Hinblick auf diese Gruppen und die allgemeine Ethnizitätsfrage in der türkischen Öffentlichkeit, was

⁹⁸ In diesem Kontext entstanden und agierten seit 1995 auch die bereits weiter oben erwähnten, proislamisch und pankaukasisch ausgerichteten Organisationen Kafkas Vakfı und Birleşik Kafkasya Derneği.

⁹⁹ Vgl. Giesel (f), op. cit.; ZfT, op. cit., S. 81, 109-111, 117f.

auch schon in mehreren vorangegangenen Abschnitten thematisiert wurde¹⁰⁰ und an dieser Stelle noch einmal kurz aufgegriffen werden soll. Die mediale Aufmerksamkeit beschränkte sich dabei nicht nur auf die ethnopolitischen Konflikte im In- und Ausland, die eine Referenz zu verschiedenen Gruppen in der Türkei aufwiesen, sondern auch auf zahlreiche andere Einzelgruppen und die allgemeine Thematik der Multiethnizität in der Türkei. Dabei wurden insbesondere kulturelle, soziale, historische und geographische Aspekte sowie öffentliche ethnokulturelle Aktivitäten (besonders kulturelle Festlichkeiten) in Form von Artikeln, Kurzbeiträgen, Reportagen und Serien in zahlreichen türkischen Zeitungen, Zeitschriften und audiovisuellen Medien) dargelegt, wobei jedoch nicht alle Beiträge ausschließlich neutral oder wohlwollend ausgestaltet waren. In diesem Zusammenhang wurde z.T. auch darauf abgezielt, eine eigentliche bzw. ursprüngliche oder entfernte ethnisch türkische Zugehörigkeit dieser Gruppen zu suggerieren und das *ethnicrevival* im nichttürkischen Kontext kritisch bewertet. Neben der medialen Reflexion der Gruppen und Erscheinungen wurden diese auch zunehmend Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und akademischer Abschlussarbeiten, was stellenweise zu einem Boom an in der Türkei publizierten Bücher, Aufsätze, Gutachten, Berichte u.a. führte. Bei den Urhebern vieler Studien und Publikationen handelte es sich oft selbst um Angehörige ethnisch nichttürkischer Gruppen, die sich dabei i.d.R. mit ihren eigenen ethnischen Referenzgruppen befassten.¹⁰¹ Im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Umstände erwies es sich für ausländische Wissenschaftler seinerzeit jedoch noch als schwierig, offene Forschungen zu ethnisch nichttürkischen Gruppen durchzuführen (s.u.).

Des Weiteren gab es in den 1990er Jahren in der Türkei auch ethnische Gruppen, die nur geringfügige, neutrale, verborgene oder keine Organisationsformen aufwiesen, aber spezifische Kulturveranstaltungen und Feste z.T. offen abhielten, die allmählich auch das gelegentliche Interesse türkischer Medien weckten. Das betrifft gerade Gruppen, denen aufgrund spezieller (ethno-) kultureller und sozialer Merkmale und / oder ihrer extrem kleinen Gruppengröße ein gesonderter gesellschaftlicher Status als Außenseiter zugewiesen wird. Hierbei handelt es sich z.B. um die sozial stark stigmatisierten Roma, daneben aber auch um die verbliebenen Reste der in der Türkei kaum noch präsenten Polen, Esten oder (eher subethnisch charakterisierten) Levantiner.¹⁰²

„Der Dualismus aus förderlichen und hinderlichen Gegebenheiten und Faktoren im Zuge der ethnopolitischen Liberalisierungsprozesse in den 1990er Jahren“

Letztlich wurde im weiteren Verlauf der 1990er Jahre der jahrzehntelange Bann bzw. die Tabuisierung von Multiethnizität in der Öffentlichkeit endgültig gebrochen. Trotz langfristiger Erfolge der Assimilation und Adaption nationalideologischer Prämissen hat sich nunmehr auch immer offener gezeigt, dass der Bestand der ethnischen Vielfalt in der

¹⁰⁰ Vgl. die dazu Abschnitte „Innenpolitische und gesellschaftliche Situation und Entwicklungen nach dem Ende der Militärdiktatur unter der Regierung des Ministerpräsidenten Özal“, „Der Zusammenhang zwischen innenpolitisch-gesellschaftlichen Transformationsprozessen und der Konzeption einer neuen außenpolitischen Agenda unter der Ägide Özals am Anfang der 1990er Jahre“, „Innenpolitische Entwicklungen in den 1990er Jahren nach dem Ende der politischen Ära Özals“ und „Die Tscherkessen als Sonderfall: ethnopolitische Attitüden und Aktivitäten im Kontext der starken Ausprägung einer Diaspora-Identität“.

¹⁰¹ Vgl. z.B. Giesel (a), op. cit., S. 358; Giesel (e), op. cit., S. 135f.; Giesel (f), op. cit.; Kaya, op. cit., S. 237; ZfT, op. cit., S. 5-7, 15, 59f., 67f., 73-76, 87-92, 99, 90, 135, 191-201 u.v.a.

¹⁰² Vgl. Johansen, Ulla, Die Esten in Anatolien, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989, S. 538-540, hier S. 540; ZfT, op. cit., S. 130-137.

Türkei weiterhin relativ hoch war und eine gesellschaftliche Relevanz aufwies. Unter diesem Eindruck und im Zusammenwirken mit den seinerzeitigen neuesten gesellschaftspolitischen Entwicklungen begann sich bei weiten Bevölkerungsteilen in der Türkei allmählich eine Form nationalen Selbstbewusstseins herauszubilden, die es ermöglichte, einen Ausgleich zwischen der mittlerweile partiell abgeschwächten Nationalideologie und der weitgehenden Anerkennung ethnischer Vielfalt zu finden.¹⁰³ Dadurch erwies es sich für Politik und Behörden immer schwieriger, bestimmte ethnokulturelle Aktivitäten sowie die öffentliche Thematisierung von Multiethnizität auf Grundlage der Argumentation einer Nichtexistenz ethnisch nichttürkischer Gruppen und eines dementsprechend nicht vorhandenen Organisations- und Thematisierungsbedarfs einzudämmen bzw. gegen sie vorzugehen. Unter der Verwendung derartiger Begründungen wurden z.B. ausländischen Wissenschaftlern jedoch auch noch Ende der 1990er Jahre obligatorische, offizielle staatliche Genehmigungen für Forschungen zu nichttürkisch stämmigen Ethnien i.d.R. verwehrt.

Trotz der im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten gravierenden Verbesserungen der Entfaltungsmöglichkeiten, die im Verlaufe der 1990er Jahre einen gewissen Boom verzeichnen konnten, konnten die ethnokulturellen Aktivistinnen der in den vorangegangenen Abschnitten fokussierten Gruppen ähnlich wie bei den Kurden auch mit Widersprüchen, Problemen und Rückschlägen konfrontiert werden, wobei sich die jeweiligen ethnokulturellen Akteure ihre Möglichkeiten nicht selten beharrlich erkämpfen mussten. Dabei spielten eine nach wie vor spürbare gesellschaftlich-politische Verankerung nationalistisch-kemalistischer Dogmen (ihrer Abschwächung zum Trotz) und damit auch zusammenhängende Rückschläge bei Lösungsprozessen der Kurdenproblematik eine synergetische Rolle. Auf die fast unaufhaltsame Dynamik der stetig zunehmenden öffentlichen Thematisierung und Organisierung von ethnisch nichttürkischen Gruppen reagierten Teile der kemalistischen Bürokratie sowohl auf zentralstaatlicher als auch regional-lokaler Ebene mit verschiedenen Gegenmaßnahmen zur Eindämmung oder Kanalisierung dieser Entwicklungen. Diese wurden gruppen-, zeit- und ortsabhängig eher willkürlich als systematisch durchgesetzt, und führten nicht immer zu den gewünschten Erfolgen. Von den Maßnahmen gegen kurdische Akteure einmal abgesehen, betrifft das bei anderen Gruppen z.B. neben Behinderungsmaßnahmen bei Vereins- und Stiftungsgründungen auch öffentliche Sprachverwendungsverbote (z.B. im Falle des lasisch(sprachig)en Programms des regionalen lasischen Radiosenders „Cixa“ in der Provinz Artvin), die Beschlagnahme von ethnokulturellen Publikationen und Anklagen gegen ethnokulturelle Aktivistinnen wegen „separatistischer Propaganda“. Repräsentativ dafür steht z.B. die Reaktion der Behörden auf die Erstausgabe der lasischen Zeitschrift „Ogni“ im Jahr 1993, wobei die Vorgehensweise auch von türkischen Medien kritisiert wurde und das Verfahren gegen den Chefredakteur 1994 mit einem Freispruch endete.¹⁰⁴

Im Rahmen der spürbaren politischen und gesellschaftlichen Umbrüche und daraus resultierenden Verunsicherungen wurde das Handeln der kemalistischen Zivilbürokratie (abgesehen von grundsätzlichen politisch-ideologischen Beweggründen) von verschiedenen Befürchtungen geleitet. Das betrifft z.B. Bedenken vor dem Heranwachsen weiterer zahlreicher ethnisch-nationaler Separatismusbewegungen, einer Steigerung des politischen Einflusses der Kurden (einschließlich der potenziellen Durchsetzungsmöglichkeit einer Regionalisierung), dem Erstarken des Islamismus bei gleichzeitig fortschreitender Marginalisierung kemalistischer Prinzipien wie Laizismus und

¹⁰³Vgl. Giesel (a), op. cit., S. 359.

¹⁰⁴Vgl. z.B. ZfT, op. cit., S. 73-76, 92 u.v.a.

Nationalismus, dem Abdriften der Türkei in eine destabilisierende Phase des öffentlichen und politischen Chaos‘ mit gewalttätigen Unruhen wie Ende der 1970er Jahre und einem daraus letztlich resultierenden Zusammenbruch und Zerfall des Staates. Im Falle der Blockade und Verfolgung bestimmter ethnokultureller Tätigkeiten von Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen sunnitischen Hintergrunds tritt das demokratiedefizitär und nationalideologisch bedingte Kommunikationsproblem zwischen der autoritären kemalistischen Zivil- und Militärbükratie und bedeutenden Teilen der Gesellschaft offen zutage. Die Behörden brachten hierbei nämlich auch Akteuren von (sub-)ethnischen Gruppen ein starkes Misstrauen entgegen, die sich (bis heute) als konstituierende Säule des türkischen Staats- und Gesellschaftswesens verstehen, im Rahmen ihrer Loyalitätsempfindungen gegenüber dem türkischen Staat auch selbst bedingungslos für eine territoriale Integrität der Türkischen Republik eintreten und trotzdem ein bestimmtes (sub-) ethnisches Eigenbewusstsein bewahrt haben. Dieses stellt die für sie primär relevante nationale Identität als türkische Staatsbürger jedoch nicht ansatzweise in Frage, sodass sich dadurch ihren Empfindungen zufolge ein ausgewogen balanciertes Miteinander aus einer ethnischen (nichttürkischen) und nationalen bzw. staatsbürgerlichen (türkischen) Identität innerhalb eines türkischen Staatswesens auf Grundlage einer moderaten Nationalismus interpretation problemlos verwirklichen lässt. In diesem Rahmen reflektierten ihre Aktivitäten unter anderem auch das Bedürfnis, als Teil eines soziokulturellen Gruppenverbandes über mehr individuelle und kollektive demokratische Entfaltungsrechte zu verfügen. Das trifft z.B. auch auf einen großen Teil der Tscherkessen zu, die sich aufgrund ihres besonders stark ausgeprägten Eigen- und Exilbewusstsein in den vergangenen Jahrzehnten stellenweise offener gegen die türkische Homogenisierungspolitik auflehnten und für sich einen stärkeren Sonderweg suchten als die meisten anderen sunnitischen Gruppen.¹⁰⁵ In den 1990er Jahren verfügten nichtsdestotrotz auch viele Tscherkessen (ebenso wie zahlreiche Angehörige der anderen sunnitischen ethnischen Gruppen) aufgrund ihres mittlerweile gestiegenen türkischen Assimilationsgrades ohnehin nur noch über eine symbolische ethnische Identität.¹⁰⁶

Die unberechenbare Vorgehensweise der Behörden sorgte gruppenübergreifend für große Verunsicherungen bei weiteren potenziellen Interessenten und Akteuren, schreckte diese vor einer Durchführung ethnokultureller Aktivitäten vorerst ab oder sorgte im Rahmen dieser für ein sehr zurückhaltendes, bedachtsames, selbstzensiertes und – kontrolliertes Vorgehen. Die phasenweise politisch instabile Situation, die z.B. in Form eines Wechselspiels aus günstigen sowie ungünstigen politischen Entwicklungen für eine weitere Demokratisierung (z.B. partielle Liberalisierung verschiedener Verfassungsbestimmungen 1995 versus Militärputsch von 1997) und somit auch für eine offenere ethnokulturelle Entfaltungsmöglichkeit zum Ausdruck kam, hat diese Unsicherheiten und Zurückhaltungen dabei bestärkt.

Trotzdem lässt sich im Falle der sunnitischen, ethnisch nichttürkischen Gruppen feststellen, dass sich insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein spürbarer Anstieg von zahl- und facettenreichen, offenen ethnokulturellen Aktivitäten vollzogen hat, die staatlicherseits oftmals akzeptiert, zunehmend genehmigt und in seltenen Fällen sogar

¹⁰⁵ Vgl. dazu den Abschnitt „Die Tscherkessen als Sonderfall: ethnopolitische Attitüden und Aktivitäten im Kontext der starken Ausprägung einer Diaspora-Identität“.

¹⁰⁶ Zu den dementsprechenden Attitüden bei verschiedenen ethnischen Gruppen sunnitischen Hintergrunds vgl. z.B. Giesel (a), op. cit., S. 356f., 360, 362; Giesel (e), op. cit., S. 112, 121-125, 131, 137, 149f.; Giesel (f), op. cit.; Magnarella, Paul J., *The peasant venture: tradition, migration, and change among Georgian peasants in Turkey*, Cambridge Mass. (USA) 1979, S. 115-118; Zft, op. cit., S. 82-84, 114.

(zumeist indirekt) gefördert¹⁰⁷ wurden. In diesem Zusammenhang war es zudem ebenso immer mehr möglich, ethnokulturell und stellenweise sogar ethnopolitisch ausgerichtete Bedürfnisse und Forderungen gegenüber Staat, Gesellschaft und Politik offen zu artikulieren. In diesem Kontext bewertet Gezgin (2007) diese Entwicklungen und Gegebenheiten (hier im spezifischen Hinblick auf die Situation der Türkei-Georgier) als eine neue Ära des staatlichen Entgegenkommens gegenüber nichttürkischen Identitätskonstruktionen.

Nichtsunnitische religiöse und ethnische Gruppe profitierten letztlich von den politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen in den 1990er Jahren je nach Gruppe wesentlich weniger bzw. überhaupt nicht und waren z.T. sogar gravierenden gewaltsamen Übergriffen von radikalen sunnitischen Bevölkerungsteilen und staatlicher Akteure ausgesetzt, die z.B. im Falle der Assyro-Aramäer in Südostanatolien gerade in den 1990er Jahren ihren Höhepunkt erreichten. Diese widrige Situation führte im Falle der muslimischen Aleviten ab der ersten Hälfte zu einer Politisierung und einem *religious revival*, das mit einer stärkeren öffentlichen Organisierung einherging.¹⁰⁸ Derartige Möglichkeiten wurden anderen (ethno-) religiösen Gruppen ohne anerkannten Minderheitenstatus (z.B. Assyro-Aramäer und kurdische Jesiden¹⁰⁹ oder arabische Christen und Alawiten bzw. Nusairier) verwehrt oder von diesen aus Angst vor Repressionen nicht wahrgenommen.¹¹⁰ Dadurch verdeutlicht sich nicht nur, welcher hohen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert die sunnitische Zugehörigkeit in einem offiziell laizistisch ausgerichteten Staatswesen nach wie vor inne hat, sondern – aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive betrachtet – auch die weiteren Grenzen der politisch-gesellschaftlichen Liberalisierungen und der damit einhergehenden Erosion des kemalistischen Nationalismus prinzipiell bis zum Ende der 1990er Jahre.

Zusammenfassung und abschließende Wertungen (Teil 1 und 2 der Gesamtstudie)

Die Genese der Erosion des kemalistischen Dogmas der ethnischen Homogenität setzte bereits Mitte des 20. Jh. nach dem Ende der Einparteienherrschaft fragmentarisch ein. Dieser Prozess, der stellenweise mit allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Teilliberalisierungen einher ging, war im Verlaufe seiner bescheidenen Weiterentwicklung in den 1950er bis 1970er Jahren Schwankungen unterworfen, vollzog sich in einem insgesamt begrenztem Umfang und wurde durch den Militärputsch 1980 abrupt beendet. Unter dem Eindruck der 1.) durch Instabilität, Gewalt und Autoritarismus geprägten innenpolitischen Situation in den 1970er Jahren und während der Militärdiktatur bis 1983, 2.) partiellen Liberalisierungserfahrungen der 1950er bis 1970er Jahre, 3.) schlechten wirtschaftlichen Situation der Türkei sowie unter der 4.) katalytischen Wirkung des

¹⁰⁷ Das betrifft z.B. die Erteilung von Reiseführerlizenzen für Georgisch und andere Ethnosprachen nichttürkischer Gruppen durch türkische Behörden seit 1999 (vgl. Gezgin, op. cit.).

¹⁰⁸ Im Falle der türkisch- bzw. turkstämmigen Aleviten beschränkte sich der Konflikt auf eine politisch-religiöse Ebene. Bei den alevitischen Kurden und Zaza hingegen wird diese Konfliktdimension durch den Faktor Ethnizität ergänzt, was zu einer doppelten Stigmatisierung dieser führte.

¹⁰⁹ Die Gesamtsituation der in Südostanatolien lebenden Assyro-Aramäer und Jesiden, die in die Mühlen des bewaffneten Konflikts zwischen kurdischen und zentralstaatlichen Akteuren gerieten, verschärfte sich sogar in existenziell bedrohlichem Ausmaße bis Ende der 1990er Jahre. Die Verfolgungsmaßnahmen seitens staatsloyaler kurdischer Dorfschützer, islamischer Fundamentalisten und staatlicher Sicherheitskräfte umfassten dabei Tötungen und großflächige Vertreibungen, die den dortigen Bestand dieser Gruppen fast auslöschten.

¹¹⁰ Vgl. z.B. Anschütz, Helga, Christliche Gruppen in der Türkei, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989, S. 454-472; ZfT, op. cit., S. 34-38, 78, 124f. u.v.a.

bewaffneten Kurdenkonflikts ab 1984 steigerte sich bei großen Teilen der Bevölkerung sowie politischer und gesellschaftlicher Akteure in der Türkei das Bedürfnis nach mehr gesellschaftlich-politischer Liberalisierung und Demokratisierung einerseits und einer wirtschaftlichen und außenpolitischen Stärkung des Landes andererseits. In diesem Zusammenhang wuchs auch das Bedürfnis nach einer politischen und öffentlichen Enttabuisierung und Berücksichtigung der gesellschaftlich immer noch relevanten Multiethnizität des Landes. In zunehmend öffentlich ausgetragenen Diskursen wurde dabei schon in den 1980er Jahren Kritik an den kemalistischen Prinzipien des Etatismus, Laizismus und z.T. auch Nationalismus artikuliert, die von bestimmten gesellschaftlichen und politischen Akteuren als Hindernis für den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Fortschritt der Türkei empfunden wurden. Von diesen aus einer innergesellschaftlichen Dynamik heraus entstandenen Entwicklungen blieb auch die türkische Politik sowohl in innen- als auch außenpolitischer Hinsicht nicht unberührt, was sich unter anderem in verschiedenen Reformen und politischen Annäherungsversuchen an die EG niederschlug. Die in diesem Rahmen in den 1980er Jahren eingesetzten, bescheidenen politisch-gesellschaftlichen Transformationen führten dabei auch zu ethnopolitischen Liberalisierungen.¹¹¹

Die politisch-gesellschaftlichen Transformationsprozesse der 1980er Jahre erfuhren durch die globalen Entwicklungen infolge des Zusammenbruchs des internationalen Blocksystems nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Zunahme allgemeiner technischer, politischer und wirtschaftlicher Globalisierungserscheinungen eine extern bedingte, katalytische Verstärkung, die sich im Verlauf der 1990er Jahre intensivierte. Das verdeutlicht sich besonders beispielhaft an der nun stärkeren Erosion des nationalpolitischen Dogmas der ethnischen Homogenisierung bzw. der auf gesamtgesellschaftlicher Ebene spürbaren Aufweichung des kemalistischen Nationalismusprinzips. In diesem Zusammenhang spielte der Kurswechsel in der staatlichen Kurdenpolitik im Kontext der Initiierung einer grundsätzlich neuen, global expansiv ausgerichteten, außenpolitischen Doktrin durch Özal eine wichtige Rolle. Mit der Enttabuisierung und zunehmenden Akzeptanz der multiethnischen Realität in der Türkei wurden dabei eine deutliche Verbesserung offener ethnokultureller Entfaltungsmöglichkeiten und eine weitläufige Thematisierung ethnisch nichttürkischer Gruppen im öffentlichen Bereich erwirkt. Auf praktischer Ebene kommen diese Entwicklungen besonders durch die Etablierung zahlreicher ethnokultureller Organisationsformen und einen Boom an themenspezifischen Publikationen zum Ausdruck, wobei nichtmuslimische Gruppen von diesen Entwicklungen weitgehend ausgeschlossen wurden. Daneben blieb der Versuch der politischen Lösung der Kurdenproblematik in den 1990er Jahren letztendlich jedoch nur in Ansätzen erfolgreich.¹¹²

¹¹¹ Diese Politik wurde maßgeblich durch Turgut Özal geprägt, der eine politisch-gesellschaftliche (in Verbindung mit einer wirtschaftlichen) Liberalisierung bzw. Demokratisierung als Grundvoraussetzung bzw. Mittel zum Zweck für eine umfangreiche außenpolitische und außenwirtschaftliche Expansion der Türkei betrachtete. Gemäß einer durch nationalistische Esoterik beeinflussten Vision Özals sollte dadurch letztlich eine globale Vormachtstellung der Türkei im 21. Jh. erreicht werden.

¹¹² Das ist neben der beidseitigen Weiterführung von militärischen Konfrontationen, Terrorakten insbesondere seitens der PKK einerseits und Übergriffen der Armee auf Teile der kurdischen Zivilbevölkerung andererseits unter anderem auch auf die weiterhin vorhandene Stärke der kemalistischen Militär- und Zivilbürokratie und offene sowie verdeckte gesellschaftliche und politische Widerstände zurückzuführen. In diesem Zusammenhang weisen die Nationalismusforscher Özkırımlı und Sofos (op. cit.,

Ein weiterer bedeutender Katalysator gesellschaftlich-politischer Umwälzungen war die Intensivierung von politischen Reformanstrengungen, um auf absehbare Zeit eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu erwirken, nachdem die verstärkten EG- Beitrittsversuche der Türkei aus der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vorerst scheiterten. Durch die offizielle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei im Jahre 1999 und die schrittweisen Reformbemühungen der seit 2002 amtierenden AKP-Regierung erhielten die in den 1980er und 1990er Jahren allmählich einsetzenden demokratischen Transformationen (anfänglich) einen weiteren Auftrieb. Mit dem damit einhergehenden national-, ethnizitäts- und identitätspolitischen Paradigmenwechsel¹¹³, konkreten rechtlichen und politischen Änderungen und einer schrittweise vollzogenen Entmachtung der kemalistischen Militär- und Zivilbürokratie einhergehend, kam es in diesem Rahmen zu weiteren umfassenden Verbesserungen der politisch-gesellschaftlichen Situation von ethnischen Gruppen.¹¹⁴ Im Gegensatz zu den 1990er Jahren profitierten davon jetzt auch nichtsunnitische bzw. nichtmuslimische Gruppen unabhängig von ihrem Rechtsstatus, wengleich diese Verbesserungen nur einen begrenzten Umfang aufwiesen bzw. die bestehenden Diskriminierungen lediglich abmilderten. Nichtsdestotrotz kann aus heutiger Perspektive festgestellt werden, dass das ethnopolitische Homogenisierungsdogma mittlerweile weitgehend ausgehebelt wurde bzw. im 21. Jh. nochmals einem besonders gravierenden Erosionsprozess ausgesetzt war, obwohl das (kemalistische) Nationalismus prinzip noch eine, wenn auch abgeschwächte politisch-gesellschaftliche Relevanz in der Türkei aufweist. Somit ist dieser Erosionsprozess auch heute noch nicht vollständig abgeschlossen, wobei der türkische Nationalismus (wenn auch nicht mehr ausschließlich unter kemalistischer Prägung) an sich weiterhin einen wichtigen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert innehat. Nicht zuletzt unter dem Einfluss der erneuten aktuellen Eskalation des Kurdenkonflikts erfährt der türkische Nationalismus in den 2010er Jahren dabei wieder einen von der AKP strategisch politisch forcierten, stetigen Aufwind.

Letztlich schafften insbesondere die vorstufenartigen Entwicklungen der 1980er und 1990er Jahre, die wiederum auf den Entwicklungen der 1950er bis 1970er Jahre aufbauten, umfassende und unverzichtbare Grundvoraussetzungen, auf denen die weiteren politisch-gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesse aufbauten. Als besonders indikativ für diese Prozesse erwiesen sich dabei die konkreten ethnopolitischen Lockerungen bzw. die zunehmende Erosion des kemalistischen ethnopolitischen Homogenisierungsdogmas, die im 21. Jh. in einen endgültigen ethnopolitischen Paradigmenwechsel gipfelten. Ferner zeigt die Genese der partiellen Liberalisierungsprozesse im 20. Jh., dass die Transformationen in der Türkei im 21. Jh. zu einem nicht unwesentlichen Teil auf innergesellschaftliche Impulse, Aktivitäten, Dynamiken und Bedürfnisse nach mehr demokratischer Liberalisierung aufbauen und durch die EU-Beitrittsverhandlungen später

S. 177) der ab Anfang der 1990er Jahre offiziell verlauteten Anerkennung der kurdischen Realität sogar lediglich einen rhetorischen Charakter zu.

¹¹³ In Anlehnung an osmanische Traditionen und unter Abschwächung der Prinzipien des Laizismus und Nationalismus wurde dabei wieder stärker die religiöse und weniger die ethnische Zugehörigkeit akzentuiert

¹¹⁴ Die allmähliche Verbesserung der rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für offene ethnische Entfaltungen und die öffentliche Thematisierung und Erforschung multiethnischer Aspekte (einhergehend mit dem Rückgang willkürlicher behördlicher Behinderungsmaßnahmen) führte im 21. Jh. zu einer noch deutlicheren Zunahme von Vereins-, Verbands- und Stiftungsgründungen, facettenreichen öffentlichen Aktivitäten und ihrer Breitenwirkung, Publikationen und (akademischen) Studien, der gesellschaftlich-politischen Akzeptanz von Multiethnizität in der Türkei sowie staatlichen Fördermaßnahmen, wovon in erster Linie (nach wie vor) die sunnitischen Gruppen profitierten.

zwar katalysiert aber nicht initiiert wurden. Hierbei vollzogen sich diese ambivalenten Entwicklungsprozesse und die damit verbundenen Erscheinungen seinerzeit jedoch auch weiterhin vor dem Hintergrund autoritärer politischer Bedingungen und politisch-gesellschaftlicher, z.T. gewalttätig ausgetragener Spannungen und Konflikte in der Türkei und wurden demzufolge auch mehrfach von Rückschlägen und schleppenden Weiterentwicklungen begleitet.

In diesem Zusammenhang muss letztlich auch betont werden, dass es sich bei den phasenweisen, relativen Liberalisierungserscheinungen von den 1950er bis 1990er Jahre mehr oder weniger um beschränkte und instabile Demokratisierungsansätze im Vergleich zum heutigen normativen Verständnis von einem politisch liberalen, demokratischen Parlamentarismus oder gar zum Gedanken eines demokratischen Sozialismus handelte, den viele linksorientierte ethnokulturelle Akteure politisch favorisierten.

Auch das verdeutlicht sich am Beispiel der Entwicklung der ethnokulturellen Situation ethnisch nichttürkischer Gruppen, die immer wieder Schwankungen und widersprüchlichen Gegebenheiten ausgesetzt war. Hierbei zeigt sich ein Wechselspiel aus Verbesserungen, mangelnder Bereitschaft zur Lösung bestehender Unzulänglichkeiten und politischen Rückschlägen einerseits und einer Politik der Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter ethnisch-religiöser Gruppen oder Akteure innerhalb einzelner Gruppen andererseits. In diesem Kontext erwies sich das Verhältnis bestimmter Gruppen oder Akteure zu den jeweiligen Regierungen und die unbeständigen politischen Interessenlagen dieser als ausschlaggebend (was ebenso heute der Fall ist, s.u.). Die Ambivalenz der Situation und Entwicklungen im 20. Jh. zeigte sich ferner auch daran, dass die nichtmuslimischen bzw. nichtsunnitischen Gruppen (stellenweise aber auch einige ethnische Gemeinschaften mit sunnitischen Hintergrund) trotz bestimmter Liberalisierungserscheinungen (von einigen Ausnahmen abgesehen) konsequent Gegenstand autoritärer Verfolgungsmaßnahmen waren und von ethnopolitischen Lockerungen i.d.R. kaum profitierten.

Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden, dass die ethnopolitische Homogenisierungspolitik trotz der großen Relevanz des kemalistischen Nationalismus prinzipiell in der zweiten Hälfte des 20. Jh. von den meisten Regierungen nicht konsequent durchgesetzt wurde. Letztlich schufen bestimmte gesellschaftliche und politische Gegebenheiten in der Phase der Mehrparteienherrschaft bestimmte Möglichkeiten und Nischen, in denen sich eine mehr oder weniger offene und eingeschränkte Entfaltung ethnokultureller Gruppen (sub-)ethnisch nicht (Türkei-)türkischen Hintergrunds vollziehen konnte. In diesem Zusammenhang ist unter der Bezeichnung von einer „ethnopolitischen Lockerung“ jedoch weniger eine politisch und rechtlich manifestierte Liberalisierung im Kontrast zum kemalistischen Nationalismus prinzipiell zu verstehen. Hierbei handelt es sich eher um eine begrenzte Gewährung, Akzeptanz, Duldung aber auch Kontrolle und Kanalisierung bestimmter offener multiethnischer Entfaltungsmöglichkeiten, die im Rahmen allgemeiner Liberalisierungstendenzen und -prozesse, orts-, zeit-, situations- und gruppenabhängig möglich waren und i.d.R. keinen offenen ethnopolitischen oder antikemalistischen Charakter hatten. Die beschränkten Möglichkeiten offener Entfaltungen unterlagen dabei jedoch großen Rechtsunsicherheiten, die z.B. durch widersprüchliche und konträre, sich gegenseitig neutralisierende Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen zustande kamen. Ebenso inkonsequent und willkürlich erwiesen dabei auch die staatlichen Reaktionen auf derartige Organisationsformen, die kontext- und situationsabhängig einem Wechselspiel aus Duldung (s.o.) oder Bekämpfung ausgesetzt sein konnten. Dabei muss jedoch kontext- und situationsbedingt zwischen den Interessen und Verfahrensweisen der

kemalistischen Zivil- und Militärbürokratie einerseits und den jeweiligen Regierungen andererseits unterschieden werden, die z.T. in einem konträren Verhältnis zueinander stehen konnten. Die Möglichkeiten einer ethnokulturellen Entfaltung waren oftmals besonders von der Stärke, Aufmerksamkeit, Konsequenz und den politischen Interessen der kemalistischen Zivil- und Militärbürokratie abhängig, die sich im Verlaufe der Jahrzehnte als schwankend erwiesen.

In nicht wenigen Fällen bleibt es bis zu den 1980er Jahren zudem daneben unklar, ob die organisatorischen Entfaltungsmöglichkeiten unter dem Schutzmantel einer nahen ethnischen Verwandtschaft mit dem Türkei-Türkentum oder der offiziellen Suggestion einer eigentlich türkischen Herkunft bestimmter Gruppen möglich waren oder es sich dabei um eine partielle ethnopolitische Toleranz seitens des Staates gegenüber bestimmten sunnitischen, politisch loyalen Gruppen handelte. Hierbei lassen sich durchaus fließende Grenzen erkennen.

Nichtsdestotrotz handelt es sich letztlich bei den bereits Ende des 20. Jh. vollzogenen Veränderungen und ihren Erscheinungen einerseits um Zwischenergebnisse der allmählichen Aufweichung staatsideologischer kemalistischer Paradigmen und um Indikatoren, die den anfänglichen Weg der Türkei zu gesellschaftlichen und politischen Liberalisierungen ab Mitte des 20. Jh. widerspiegeln. Andererseits fungierten sie kontextabhängig auch wiederum als Katalysatoren der Transformationsprozesse des 21. Jh.

Neben den ethnopolitischen Liberalisierungen lassen sich in diesem Kontext auch einige andere politische Prozesse, Erscheinungen, Merkmale und Ideologien erkennen, die heute von zahlreichen politischen, medialen und wissenschaftlichen Beobachtern der Ära Erdoğan als Spezifikum zugeschrieben werden, aber sowohl ansatzweise z.T. bereits in den 1950er Jahren (unter Regierungschef Menderes) als auch in schon intensiverer Ausprägung in den 1980er und 1990er Jahren (hauptsächlich unter Regierungschef Özal) zu beobachten waren.¹¹⁵ Das betrifft z.B.: 1.) den Versuch, die türkische Wirtschaft nach wirtschaftlich neoliberalen Prämissen (und nicht primär gemäß des kemalistischen Etatismus) auszurichten, 2.) die enge programmatische Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen (Neo-) Liberalismus unter dem Beibehaltung autoritärer und nationalistischer Politikelemente; 3.) die Stärkung des Stellenwertes des Islam in Politik und Gesellschaft einhergehend mit der allmählichen Herausprägung eines politischen Neosmanismus- bzw. Reislamisierungskonzepts; 4.) die begrenzte Abschwächung bestimmter kemalistischer Prinzipien, z.B. Laizismus, Nationalismus und Etatismus sowie die Erwirkung partieller, politisch-sozialer Liberalisierungsprozesse innerhalb des kemalistischen Lagers (insbesondere unter Özal und Erdoğan); 5.) die nach außen hin artikulierte Absicht (bzw. der temporäre Versuch unter Menderes), das internationale Image der Türkei durch eine verbesserte Minderheitenpolitik zu erwirken; 6.) die katalytische Auswirkung der politischen Annäherung an das westliche Staatensystem auf die politische Relevanz relativer, demokratischer und liberaler Politikansätze in der Türkei; 7.) die Tatsache, dass in allerster Linie bzw. nahezu ausschließlich ethnische Gruppen mit sunnitischer Ausrichtung Nutznießer partieller ethnopolitischer Liberalisierungen waren oder sind (wobei sich die Situation nichtsunнитischer ethnischer und religiöser Gruppierungen unter Erdoğan im Vergleich zu allen anderen türkischen Vorgängerregierungen trotz zahlreicher nachwievor bestehender Probleme wesentlich stärker verbessert hat) und 8.) die Versuche der Regierungen, die Kurdenproblematik durch Eingeständnisse politisch zu lösen, die sich jedoch oftmals nicht als konsequent,

¹¹⁵ Vgl. Giesel (d), op. cit., S. 5, 39; Giesel (g), op. cit.

effektiv und glaubwürdig erwiesen haben und nach einer relativen Ruhephase letztlich immer wieder erneut in einer verstärkten Eskalation mündeten¹¹⁶.

Hierbei erweist es sich als offensichtlich, dass die Politik Erdoğan's an bestimmte, schon früher hervortretende politisch-soziale Prämissen, Entwicklungen und Regierungsprogrammatiken der zweiten Hälfte - insbesondere jedoch der beiden letzten Jahrzehnte - des 20.Jh. anknüpfte, diese weiter ausgestaltete und festigte, wobei in diesem Zusammenhang trotz zwischenzeitlicher temporärer Stagnation in mehrerer Hinsicht eine programmatische Linie zwischen Menderes, Özal und Erdoğan erkennbar ist. Dabei zeigt sich, dass sich der Kemalismus (bzw. einige seiner wichtigen Kernelemente) trotz seines ursprünglich weitgehenden Implementierungserfolges politisch und gesellschaftlich langfristig letztlich nicht so stark verankern bzw. stabilisieren konnte, um sich auch unter den innenpolitischen und globalen Bedingungen des 21. Jh. als eine durch die Mehrheit der Volksmassen legitimierte Ideologie zu behaupten. Das lässt sich unter anderem auf die im Laufe der Jahrzehnte immer wieder hartnäckig unternommenen Versuche der kemalistischen Zivil- und Militärbürokratie zurückzuführen, ihn in seiner Reinform zu bewahren oder wiederzubeleben und zu verteidigen, ohne ihn in Reaktion auf die Herausforderungen historisch-politischer und gesellschaftlicher Veränderungen den jeweiligen veränderten Bedingen wirksam zeitgemäß anzupassen bzw. ihn zu liberalisieren, modernisieren und demokratisch weiterzuentwickeln. Hierbei ignorierte und bekämpfte er auch verschiedene, in großen Teilen der Bevölkerung tief verankerte Bedürfnisse wie eine stärkere Demokratisierung (im Kontrast zum autoritären Politikverständnis des Kemalismus), einen offeneren Umgang mit der multiethnischen Verfasstheit der Türkei (im Kontrast zum Nationalismus prinzip) oder eine öffentliche Steigerung der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung des Islam (im Kontrast zum Laizismus). Dadurch hat sich der Kemalismus im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jh. letztlich selbst schrittweise geschwächt und entsprach immer weniger den gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen zahlreicher türkischer Staatsbürger, die zunehmend andere und z.T. konträre politisch-gesellschaftliche Paradigmen als Alternative bevorzugt haben. Schließlich waren die oben geschilderten Bedürfnisse, insbesondere jedoch die Bedeutung des Islams bei großen Teilen der Bevölkerung so tief verankert, dass der Kemalismus diese trotz seines „allmächtigen“ Autoritarismus, seiner Entschlossenheit, Erfolge und insgesamt hohen Wertschätzung durch die türkische Bevölkerung in der Praxis langfristig nicht ausmerzen konnte. Spätestens in den 1990er Jahren zeigte sich in Anbetracht der neuen innenpolitischen und globalen Entwicklung die Krise des Kemalismus immer offener. Nicht zuletzt in diesem Kontext wurde auch der Kemalismus von liberalisierenden Transformationsprozessen erfasst, die jedoch nicht erst durch die neuen politischen Herausforderungen und Gegebenheiten des beginnenden 21. Jh. in Gang gesetzt worden sind, die letztlich schrittweise zu einer relativen Marginalisierung des Kemalismus in der türken Politik und Gesellschaft führten. Dabei lässt sich ein aktuell z.T. ein Rollenwechsel zwischen einem großen Teilspektrum der Kemalisten einerseits und der AKP-Regierung andererseits feststellen. So wird aus dem kemalistischen Lager heute die Zunahme des autoritären Politikstils der AKP sowie die Rücknahme und die Aushebelung bestimmter demokratischer Prinzipien kritisiert, die die AKP wiederum in den ersten Regierungsjahren gegen den Widerstand und Autoritarismus seitens einflussreicher elitärer Teile des politisch an sich heterogenen kemalistischen Spektrums schrittweise

¹¹⁶ In diesem Zusammenhang weisen die Nationalismus forscher Özkırmılı und Sofos (op. cit., S. 177) der ab Anfang der 1990er Jahre offiziell verlauteten Anerkennung der kurdischen Realität sogar lediglich einen rhetorischen Charakter zu. Der Zeit.

implementieren konnte. Dazu zählen auch bedeutende, weiterführende ethnopolitische Liberalisierungen und eine gesellschaftlich-politische Marginalisierung des kemalistischen ethnopolitischen Homogenisierungsprinzips, was im Gegensatz zu anderen, wieder rückgängig gemachten politischen Liberalisierungsmaßnahmen bis heute jedoch noch weitgehenden Bestand hat.

Betrachtet man die bisherigen politischen Entwicklungen sowie Prämissen der heutigen türkischen AKP-Regierung, kann davon ausgegangen werden, dass sich in ethnopolitischer Hinsicht die Stellung der meisten ethnisch nichttürkischen Gruppen mit sunnitischen Hintergrund in Zukunft nicht verändern wird odertendenziell sogar noch weiter verbessern könnte. Doch trotz der langfristig erwirkten Verbesserungen bestehen hierbei nach wie vor auch einige Probleme und Hindernisse bzw. bleiben die Möglichkeiten einer freien ethnokulturellen Entfaltung stellenweise eingeschränkt (z.B. aus rechtlichen, politischen und finanziellen Gründen). Des Weiteren darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die nach wie vor wirksamen, wenngleich nicht mehr politisch rigide forcierten aber gesellschaftlich dynamischen türkischen Assimilationsprozesse trotz der vielfältigen ethnic-revival-Prozesse langfristig eine stärkere Breitenwirkung entfalten werden, sodass die Intensität ethnischer Diversitäten in der Türkei vermutlich allmählich weiter abnehmen wird.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Situation der nichtmuslimischen Gruppen bzw. Minderheiten sowie der Kurden gibt es ambivalente Indikatoren und Tendenzen, die einerseits auf die Möglichkeiten weiterer, wenngleich auch schleppender Verbesserungen (insbesondere für Teile der nichtmuslimischen Minderheiten), andererseits aber wieder auf die Gefahr ausbleibender Erfolge und/oder einer Verschlechterung hinweisen (z.B. im Falle der Kurden).

Die infolge der Wahlen von 2015 eingesetzte weitere Verschärfung der innenpolitischen Situation (einschließlich der erneuten Eskalation des Kurdenkonflikts), die Intensivierung des autoritären Politikstils einschließlich der weiteren Einschränkungen von Menschenrechten und Pressefreiheit im Jahre 2016 und die daraus resultierenden aktuellen Unsicherheiten lassen auch den Umfang und die konkrete Richtung zukünftiger ethnopolitischer Weiterentwicklungen nunmehr noch offener erscheinen als in den Jahren zuvor. Nichtsdestotrotz zeichnen sich anhand heutiger Begebenheiten und unter Rückgriff auf Erfahrungen aus der Vergangenheit auch zukünftige prognostische Entwicklungslinien ab.

Die Politik der AKP geht einerseits grundsätzlich immer stärker in eine Richtung, in der die ethnische Frage an sich weniger Bedeutung hat, sondern die religiöse Zugehörigkeit zum (sunnitischen) Islam. Andererseits werden zukünftig wohl auch die Beziehungen und der Loyalitätsgrad der Akteure und Eliten der einzelnen Gruppen unabhängig ihrer religiösen und ethnischen Zugehörigkeit zur AKP-Regierung mehr als je zuvor eine wichtige Rolle spielen. Von deren Gunst profitieren in erster Linie die ethnisch nichttürkischen Gruppen sunnitischen Hintergrunds, deren Vertreter sich mehrheitlich regierungsloyal verhalten, wohin Gruppen mit mehrheitlichem oder vollständigem sunnitischen Hintergrund wie die Kurden, deren Akteure und Intellektuelle überwiegend eine regierungskritische Haltung einnehmen von einer gleichbleibenden oder zunehmenden Verschlechterung ihrer Situation ausgehen müssen.¹¹⁷ Vorteile, wenn auch nicht in dem

¹¹⁷In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass auch ein Teil der Akteure aus den Reihen anderer sunnitischer, nichttürkischer und nichtkurdischer Gruppen (z.B. der Tscherkessen, Lasen u.a.) auf Konfrontationskurs zur staatlichen Ethnopolitik gehen und für ihre Ethnie (ähnlich wie viele kurdische politische Akteure) z.B. einen anerkannten Minderheitenstatus, verbesserte rechtliche und gesetzliche

gleichberechtigtem Maße wie bei sunnitischen Gruppen, werden wiederum auch nichtsunnitischen Gruppen bzw. Minderheiten zugutekommen, deren Vertreter sich offen regierungsloyal verhalten. Seitens der AKP-Politik kommen hierbei historisch-religiöse Gründe (Orientierung an das osmanische *millet*-Konzept) und politisch strategische Motivationen (bessere Kontrollmöglichkeiten der Gruppen durch die Bindung der nichtmuslimischen Eliten an die Regierung und der Schaffung dementsprechender Abhängigkeitsverhältnisse, Versuche einer Verbesserung des politischen Images im Ausland etc.) zum Tragen. In diesem Kontext muss aber auch in Betracht gezogen werden, dass viele ethnische und ethnoreligiöse Gruppen in ihren sozialen und politischen Attitüden (auch gerade gegenüber der AKP) gruppenintern gespalten sind und es daher – von bestimmten Ausnahmen abgesehen- voraussichtlich auch nicht zur kollektiven Bevorzugung oder Benachteiligung von ganzen Gruppen kommen wird, sondern zur Verschärfung gruppeninterner Spaltungen und Konflikte zugunsten der politischen Interessen der Regierung. Des Weiteren kann es aufgrund außenpolitischer Ereignisse und ebenso infolge innenpolitischer Stimmungen und kurzfristiger wahltaktischer Erwägungen auch immer wieder zu aktuell unvorhersehbaren kurzfristigen Maßnahmen in der türkischen Ethno- und Minderheitenpolitik kommen, die sich nachteilig auf ethnisch-religiöse Gruppen auswirken können, die direkt oder indirekt mit den betreffenden außenpolitischen und innenpolitischen Geschehnissen und Interessen in Verbindung stehen. Des Weiteren bleibt auch abzuwarten, welche Folgen eine von der EU zeitnah in Aussicht gestellte Visafreiheit für türkische Staatsbürger im Falle ihrer Einführung haben wird. Diese könnte unter ungünstigen Umständen und der weiteren Durchführung innenpolitischer Druckmaßnahmen seitens der türkischen Regierung zu größeren und nachhaltigeren Ausreisewellen von Angehörigen ethnischer und ethnoreligiöser Gruppen (z.B. Kurden und Nichtmuslime)sowie auch von Anhängern politischer Ausrichtungen in die EU führen, die in einem problematischen Verhältnis zur Regierung und Mehrheitsgesellschaft in der Türkei stehen. Somit könnte sich die Visaerleichterung zu einem (von der EU unbeabsichtigten) strategischen Hilfsinstrument für die AKP-Regierung im Rahmen der Durchsetzung ihrer innen- und ethnopolitischen Interessen entwickeln.

Sowohl diese aktuellen Entwicklungen als auch die hier ausführlich dargelegten, jahrzehntelangen politisch-historischen Prozesse und Erscheinungen des 20. Jh. spiegeln letztlich anschaulich die gesellschaftlichen und politischen Vielfältigkeiten, Widersprüchlichkeiten, Instabilitäten und Polarisierung in der Türkei wieder, die die soziale und politische Atmosphäre des Landes seit der Entstehungsphase bis heute prägen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben dabei gezeigt, dass letztlich nicht die (sub-) ethnische Heterogenität einen primären Hauptgefährdungsfaktor für die staatliche Stabilität und Integrität der Türkei darstellt wie es der nationalistische Kemalismus befürchtete, sondern die grundsätzlich stark ausgeprägten, sozialen und politischen Fragmentierungen und Polarisierungen im Land, die unter bestimmten Bedingungen immer wieder in Form massenhafter gewalttätiger Ausbrüche zum Vorschein kamen. Diese latente und akute Gefahr hat besonders die Militärjunta von 1980-1983 durch eine Verstärkung einer autoritären bis absolutistischen nationalistischen

Schutz- und Entfaltungsgarantien, eine aktive staatliche Unterstützung bei der Schaffung, Gewährleistung und Verbesserung der ethnokulturellen und ethnosprachlichen Pflege und Entfaltung (z.B. Schaffung von eigenen Schulen oder die Einführung nichttürkisch ethnosprachlichen Unterrichts an staatlichen Schulen) u.v.a. fordern. Diese Positionen entsprechen oftmals jedoch nicht unbedingt den Empfindungen und Bedürfnissen der Mehrheit der Angehörigen der jeweiligen ethnischen Gruppen.

Solidarisierungsideologie versucht, zu bannen. Dieser Versuch ist aber wiederum gerade an der kulturellen, sozialen und politischen Diversität der türkischen Gesellschaft gescheitert. Um ein höchstmögliches Maß an Stabilität zu schaffen, bedarf es einem besonderen Geschick, die gesellschaftliche und politische Balance zwischen den verschiedenen Gruppen und ihren Interessen herzustellen. Dabei ist es gerade wichtig, die Gruppen, die sich in sozialer Hinsicht als Minderheiten fühlen, so in das Staats- und Gesellschaftswesen zu integrieren und ihnen auch den Zugang zu dortigen sozialen Ressourcen zu gewähren, sodass sie sich auch selbst mit dem Staat und seiner Gesellschaft identifizieren können.

LITERATUR

- Akin, Aydın, Megreller ve Lazlar Özdes mi, Benzer mi?, in: Çvneburu 29 ,1998.
- Altan, Mehmet, Türkiye'nin bütün sorunu politik devletten liberal devlete geçememesidir, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara 1993.
- Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989.
- Anschütz, Helga, Christliche Gruppen in der Türkei, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989.
- Aytekin, N.,1990'larda Türkiye'de Gürcü Kimliği'nin Yeniden İnşası Süreci ve Gürcü 'Entellektueller', in: Çvneburu 38, 2000.
- Balcı, Bayram, Gibt es Platz für den Islam im christlichen Georgien von Michail Saaakaschwili?, 30.8.2005, www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=71, (28.05.2016).
- Belge, Murat, Sosyalizm, Türkiye ve Gelecek, Istanbul 1989.
- Benbassa, Esther / Rodrigue, Aron, The Jews of the Balkans: the Judeo-Spanish community. 15th to 20th centuries, Oxford 1995.
- Benninghaus, Rüdiger (a), Zur Herkunft und Identität der Hemşinli, in : Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989.
- Benninghaus, Rüdiger (b), The Laz: An Example of Multiple Identification, in : Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989.
- Bruinessen, Martin M. van, The Ethnic Identity of the Kurds, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden 1989.
- Cengiz, Günay, Geschichte der Türkei, Von den Anfängen der Moderne bis heute, Wien u.a., 2012.
- Çağlar, Gazi, Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im Osmanischen Reich, Frankfurt am Main 2000.
- Çandar, Cengiz, Özal'ın cenaze töreni kemalizmin cenaze törenine benziyordu, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. Cumhuriyet Tartışmaları, Ankara 1993.
- Çiloğlu, Fahrettin / Özkalkan, Rüya, DedaEna. Gürcüce Okuma-Yazma Kitabı, Istanbul 1995.
- Dink, Hrant / Cumhuriyet Hafta, Ermenilerin Yeni Haftalık Gazetesi: Agos, in: Cumhuriyet Hafta Nr. 16 vom 12.04.1994.
- Emel Kırım Vakfı (Hg.), Emel Dergisi Arşivi, www.emelvakfi.org/arsiv.asp, abgerufen am (15.04.2016).
- Feurstein, Wolfgang, Mingrelisch, Lazisch, Swanisch. Alte Sprachen und Kulturen der Kolchis vor dem baldigen Untergang, in: Hewitt, George (Hg.), Caucasian Perspectives, Unterschleissheim b. München 1992.
- Gezgin, Ulaş Başar, "That Was When I realized I was Georgian!". Republican and Post-Republican Responses to New Georgian Nationalism (PhD Proposal), 11 Dezember 2007, http://ulas.teori.org/index.php?option=com_content&task=view&id=640&Itemid=44, (28.05.2016).
- Giesel, Christoph (a), Facetten von Multiethnizität und Multireligiosität in der Türkei. Historische Entwicklungslinien und aktuelle Bedingungen im Rahmen politisch-gesellschaftlicher Transformationen, in: Leisse, Olaf (Hg.), Die Türkei im Wandel – Innen- und außenpolitische Dynamiken, Baden-Baden 2013.

- Giesel, Christoph (b), Status and Situation of the Jews in Turkey. Historical Lines of Development and contemporary Circumstances in the Context of socio-political Transformations, in: *Elektronik Siyaset Bilimi Araştırmaları Dergisi / Electronic Journal of Political Science Studies* Nr. 9, Vol. 5/2, Juni 2014, S. 1-32, www.esbadergisi.com/images/sayi9/jews_in_turkey_giesel.pdf, (28.05.2016).
- Giesel, Christoph (c), Status and Situation of the Jews in Turkey: Historical Lines of Development and contemporary Circumstances in the Context of socio-political Transformations, in: Bali, Rıfat N. / Mallet, Laurent-Olivier (Hg.), *Turkish Jews in Contemporary Turkey*, Istanbul 2015.
- Giesel, Christoph (d) 'Genese und Erosion des ethno-politischen Homogenisierungsdogmas sowie offene Entfaltungsmöglichkeiten ethnischer Gruppen im Rahmen politisch-gesellschaftlicher Liberalisierungsansätze in der Türkei im 20. Jh. (Teil 1: 1919-1980)' in: *Elektronik Siyaset Bilimi Araştırmaları Dergisi / Electronic Journal of Political Science Studies* 11 (Vol. 6, Nr. 2), S. 1-44, www.esbadergisi.com/images/sayi11/aufsatz_giesel_esba_1_teil_2015.pdf, (23.04.2016).
- Giesel, Christoph (e), Die muslimischen Georgier in der Türkei zwischen Assimilation und „ethnarevival“ – Ein allgemeiner Überblick, in: Reineck, Natia / Rieger, Ute (Hg.), *Kaukasiologie heute. Festschrift für Prof. Heinz Fähnrich*, Greiz 2016.
- Giesel, Christoph (f), The Bosniaks in Turkey between Assimilation and Ethnic Revival – Developments of Historical, Social and Political Conditions, Experiences and Attitudes since the Migration from the Balkans until Today, in: Kahl, Thede / Nechiți, Ioana (Hg.), *Ethnic and Linguistic Diversity in Southeast Europe and the Caucasus*, Wien 2016.
- Giesel, Christoph (g), The Erosion of the Kemalist Dogma of Ethno-Political Homogeneity in the Context of Partial Socio-political Liberalisation Processes in Turkey in the second Half of the 20th Century, in: Freyberg-Inan, Annette / Bardakçı, Mehmet / Lisse, Olaf (Hg.), *Growing Together, Growing Apart. Turkey and the European Union Today*, Baden-Baden 2016.
- Gottschlich, Jürgen, Pressefreiheit in der Türkei. Erkaufte Freundschaften, *taz* online-Ausgabe, 03.05.2016, taz.de/Pressefreiheit-in-der-Tuerkei/!5299190.
- Göle, Nilüfer, Liberal yanılğı, in: *Türkiye Günlüğü* 24/1993.
- Güleryüz, Naim Avigdor, *The Turkish Jews. 700 Years of Togetherness*, Istanbul 2009.
- Halvaşı, Pridon, Bana mı Öğretiyorlar Acaralıların Kim Olduğunu?!, in: *Çveneburi* 19-21, 1993.
- Hoffmann, Judith, *Aufstieg und Wandeldes politischen Islaminder Türkei*, Berlin, 2003.
- Johansen, Ulla, Die Esten in Anatolien, in: Andrews, Peter Alford / Benninghaus, Rüdiger, *Ethnic Groups in the Republic of Turkey*, Wiesbaden 1989.
- Kaya, Ayhan, Political Participation Strategies of the Circassian Diaspora in Turkey, in: *Mediterranean Politics* 9:2, 2004.
- Kreiser, Klaus / Neumann, Christoph K., *Kleine Geschichte der Türkei*, Stuttgart, 2003.
- Magnarella, Paul J., *The peasant venture: tradition, migration, and change among Georgian peasants in Turkey*, Cambridge Mass. (USA) 1979.
- Mert, Nuray, Sivil toplum Tartışmaları, in: *Tuplum bilim*, Nr. 8 / Juni 1998.
- Özal, Turgut, 3. İzmir İktisat Kongresindeki konuşmaları, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. *Cumhuriyet Tartışmaları*, Ankara 1993.
- Özdemir, Hikmet, Fatih Sultan Mehmet İstanbul'unda da sivil toplum olduğunu iddia ediyorum, in: Sever, Metin / Dizdar, Cem (Hg.), 2. *Cumhuriyet Tartışmaları*, Ankara 1993.
- Özkırmı, Umut / Sofos, Spyros A., *Tormented by History: Nationalism in Greece and Turkey*, London 2008.

Steinbach, Udo, Die Türkei im 20. Jahrhundert, Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach 1996.

Rumpf, Christian, Minderheiten in der Türkei und die Frage nach ihrem rechtlichen Schutz, in: Zeitschrift für Türkeistudien 2/1993.

Scheiterbauer, Tanja, Islam, Islamismus und Geschlechter der Türkei: Perspektiven der sozialen Bewegungsforschung, Wiesbaden 2014.

Scholl-Latour, Peter, Allahs Schatten über Atatürk. Die Türkei in der Zerreißprobe, München 2001.

Shichor, Yitzhak, Virtual Transnationalism: Uygur Communities In Europe and the Quest for Eastern Turkestan Independence, in: Allievi, Stefano/Nielsen, Jørgen S. (Hg.), Muslim Networks and Transnational Communities in and Across Europe, Leiden / Boston 2003.

ZfT (Zentrum für Türkeistudien), Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland, Münster 1998.